atom

Okt./Nov. 88
4,– DM · Nr. 23

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder

Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw.. In Heft 3/88 hatten wir auch einen Schwerpunkt zur kommunalen Dritte-Welt-Politik.

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 42.- DM.

Redaktion und Vertrieb:

AKP
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

LIES MAL WIDER

DAS VERDUMMUNGSGEBOT!

die tageszeitung

WO ANDERE SCHWEIGEN

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.

An taz-Abo, Wattstr. 12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ **für 4 Wochen - DM 25,-**
☐ **für 8 Wochen - DM 50,-**

ohne automatische Verlängerung

Besteller: (Name, Vorname, Straße, Nr., PLZ, Ort):

.....

.....

.....

Datum, Unterschrift: .....

Empfänger: (falls nicht identisch)
(Name, Vorname, Straße, Nr, PLZ, Ort):

.....

.....

.....

[ ] V-Scheck liegt bei [ ] Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65. Davon habe ich Kenntnis genommen. 768

Unterschrift: .....

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung. **Herausgeber:** Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:

atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen

atom, c/o Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel. 04131/63315

V.i.S.d.bgl.P.:

Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Die Redaktion sendet letzte sehnsüchtige Grüße an Mexiko-Maxen.

Bestellbedingungen:

Diese Ausgabe kostet 4,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,– Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
G. Garbers, Posenerstr. 22, 2121 Reppenstedt

Bitte **keine Post** mehr an die alte Adresse des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie schicken. Das Büro in der Reinhäuser Landstraße 24 ist aufgelöst!

Spendenkonto:

Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 4098-304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:

Dies ist die **atom** Nr. 23.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 63
atommüllzeitung Nr. 49

Druck: Steidl, Göttingen
Titelfoto: Anti-Atom-Törn '88. PAN-Foto (Klaus Koch)

Redaktionsschluß für die nächste atom: 30. Oktober 1988

Inhalt

Schwerpunkt 1: WAAckersdorf

Die Anhörung zum Genehmigungsverfahren wurde von den Betreibern als Farce inzseniert. Hat die intensive Teilnahme daran der Anti-AKW-Bewegung geschadet?

Aufruf zu den Herbstaktionen 5
Erörterungstermin: Farce mit Folgen 7
Wackers Dorf-Chronik 10

Aktionskonferenz im November 12
Atomtransporte-Blockade 14
Gorleben: Genehmigung erteilt 18

Schwerpunkt 2: Brokdorf

Die SPD möchte doch so gerne abschalten und ist froh, daß sie nicht muß.

Manöver des Atomministers Jansen 24
Interview mit Brokdorf-Blockierern 28
Die Studie der GIW-Gutachter 32

Standorte: Euregio-Konferenz, Infokarawane
HTR-Modul-Treffen 35

Internationales:
Laßt das Uran in der Erde! (Kanada) 42
Japan, Brasilien und Polen 46

Schwerpunkt 3: Startbahn-Schüsse

Ist, wer bei Verhören aussagt, ein/e Verräter/in?

Staatliche Abrechnung und Verräterdiskussion 55
Stand des Verfahrens 56
Brief von Andreas Eichler 57
Zur Verratsdiskussion 58
Wenn die Vernunft schläft,
erwachen die Ungeheuer 62

Brief aus Schweden

Kommentar zu "atom" Sommer '88 (S. 21) und zum Kalender '88 (S. 15)

Liebe Freunde,
Ich bin begeistert, daß "atom" soviel über Transporte geschrieben hat. Neulich habe ich mit Sabine Roisch in Hannover gesprochen und ihr versprochen, einen Bericht über den Import nach Schweden von Kernabfall zusammenzustellen. Der Bericht kommt bald.
Weshalb ich heute schreibe: Da sind zwei kleine Fehler auf Seite 21 in "atom": 1. Die ausgebrannten MOX-Brennelemente werden zunächst in CLAB (Centrallager für ausgebrannte Brennelemente) bei Oskarshamn **naß** *gelagert, also* **nicht "trocken".** *Erst in etwa 30 Jahren werden sie nach der sog. KBS-Methode verbuddelt. Dann erst kann man von einer trockenen Lagerung sprechen. In Kürze werdet Ihr eine Broschüre auf Englisch bekommen, die von einer "Abfallgruppe" in unserer Organisation zusammengestellt und ins Englische übersetzt worden ist. 2.* **Asea-Atom** *ist* **nicht mehr staatlich,** *sondern schon seit etlichen Jahren* **privat.** *Jetzt heißt die Firma ABB (Asea-Brown-Boveri) und Percy Barnevik, der Chef, schmeißt die Leute in Mannheim raus. ABB ist eine ganz rücksichtslose Bande! Ich wohne in Västeras, wo Percy zuerst sein Unwesen trieb.*
Kalender 88, Seite 15: *CLAB hat* **keine** *Überkapazität. In den 70er Jahren träumte man von 25 AKWs in Schweden, aber schon bei der Volksabstimmung 1980 hatte man sich auf 12 geeinigt (davon waren einige 1980 erst auf dem Papier fertig). CLAB ist erst später entstanden, und es ist nur für die ca. 7000 Tonnen schwedischen hochaktiven Abfalls gedacht. In kürze soll eine zweite Ausbauetappe beginnen. Das mit der Überkapazität hängt mit* **AMOS** *zusammen, von denen noch nicht einmal unsere eigenen Leute etwas wissen. AMOS ist ein Teil von Studsvik Nuclear. 1986 hatte man 110 Behälter mittelaktiven Abfall hereinnehmen wollen von Deutschland zur Lagerung für 10-15 Jahre, weil in AMOS genug Platz ist. Das Lager umfaßt 6000-8000m³ und ist nur zu einem kleinen Teil ausgenutzt. Bei einem Besuch vor einem Jahr sagte man mir, daß die schwedischen AKWs ihren mittelaktiven Abfall z.Z. lieber selbst zwischenlagern (in Studsvik = AMOS, da soll es übrigens auch eine Konditionierungsanlage geben). Komischerweise wird die Bevölkerung in der letzten Zeit nicht von AMOS unterrichtet. Die 110 Behälter durften da nicht gelagert werden — die Regierung hatte im Dezember 1986 dazu "nein" gesagt, das erste Mal übrigens, daß man zu einem Ansuchen der Kernkraftfirma "nein" gesagt hatte. Da ich aber sehr mißtrauisch bin, bin ich überzeugt, daß da doch der überflüssige Platz ausgenutzt wird, aber das werden wir genausowenig erfahren, wie Ihr zu erfahren bekommt, was denn wohl im ALKEM-Bunker so liegt.*
Nein, der Grund, warum wir die MOX-Brennelemente hereinbekommen haben und im Oktober den Rest hereinbekommen werden, ist ganz einfach, daß unsere sog. KBS-3-Methode nur für direkte Lagerung vorgesehen ist. Man wußte nicht, was man mit dem Plutonium (ca. 450 kg) machen sollte, genausowenig, wie man weiß, was mit dem Plutonium geschehen soll, das ab 1992 in Sellafield in THORP II aus den 139 Tonnen hochaktivem Abfall (= 1000-1300 kg Plutonium) aus Schweden geschehen soll. Das wird wohl wieder verscherbelt. Für die ca. 24 Tonnen MOX-Abfall soll der schwedische Staat (oder wer?) ungefähr 300 000 Millionen DM bekommen haben, doch das ist alles "Geschäftsgeheimnis", und wir haben das nur indirekt durch Vergleich mit verschiedenen Berichten herausbekommen. Es wurde auch einmal von einem Journalisten von der Dagens Nyheter behauptet, aber außer mir hatte sich keiner mit ihm in Verbindung gesetzt, um zu fragen, woher er das wußte. Wir sind ganz einfach zu wenig Aktive hier.
Also bis bald! — Macht weiter so!
Viele liebe Grüße, Ingeborg Kleinhans, Box 150 31, 720 15 Västeras, 21/555 46

Neue Vertriebsstrukturen in der Anti-AKW-Bewegung

Wie Ihr in der letzten **atom** lesen konntet, hat der Göttinger AK gegen Atomenergie seinen Vertrieb von Infomaterial aus der Anti-AKW-Bewegung in diesem Sommer eingestellt. Da aber der Vertrieb der Infomaterialien für die Arbeit der Initiativen von größter Bedeutung ist, da wir weiterhin so viele Menschen wie möglich mit den in unseren Bewegungen erarbeiteten Materialien erreichen wollen, haben wir uns mit den Leuten aus Göttingen zusammengesetzt und überlegt, wie weiterhin die Versorgung der Initiativen und einzelnen Menschen mit Infomaterial zu gewährleisten ist:

1. Ein Vertrieb von Infomaterial soll bundesweit weiter existieren, obwohl wir uns eine stärkere Dezentralisierung wünschen. Daher werden auch zwei Gruppen die Funktion der GöttingerInnen übernehmen, leider haben weitere Gruppen abgesagt.

2. Ein Vertrieb hat nur dann Sinn, wenn dort aktuelle Materialien von den Initiativen verschickt werden. D.h. daß wir die Versandliste stark überarbeitet haben und im wesentlichen das aktuellste Material auf Lager haben.

3. Politisch hat sich die Anti-AKW-Bewegung von einer reinen Ein-Punkt-Bewegung weiterentwickelt. Dies muß sich sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit als auch im Vertrieb niederschlagen. Wir vertreiben also auch Infomaterial aus anderen politischen Bereichen wie gegen Kriminalisierung, gegen Militär(technologie), gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, gegen Frauenunterdrückung und Patriarchat, Materialien gegen die Ausplünderung der Menschen in anderen Kontinenten etc..

4. Finanzieren muß sich das ganze wie bisher aus den Erlösen. Eventuelle Überschüsse werden für weitere Investitionen in die Infrastruktur der autonomen Bewegungen verwendet (Überschüsse sind allerdings nicht zu erwarten, dafür sind die Kosten zu hoch).

Also die Adressen sind:

Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
4400 Münster
Tel. 0251-521112, nachmittags

Umweltzentrum
Elffbuchenstr. 18
3500 Kassel
Tel. 0561-775307

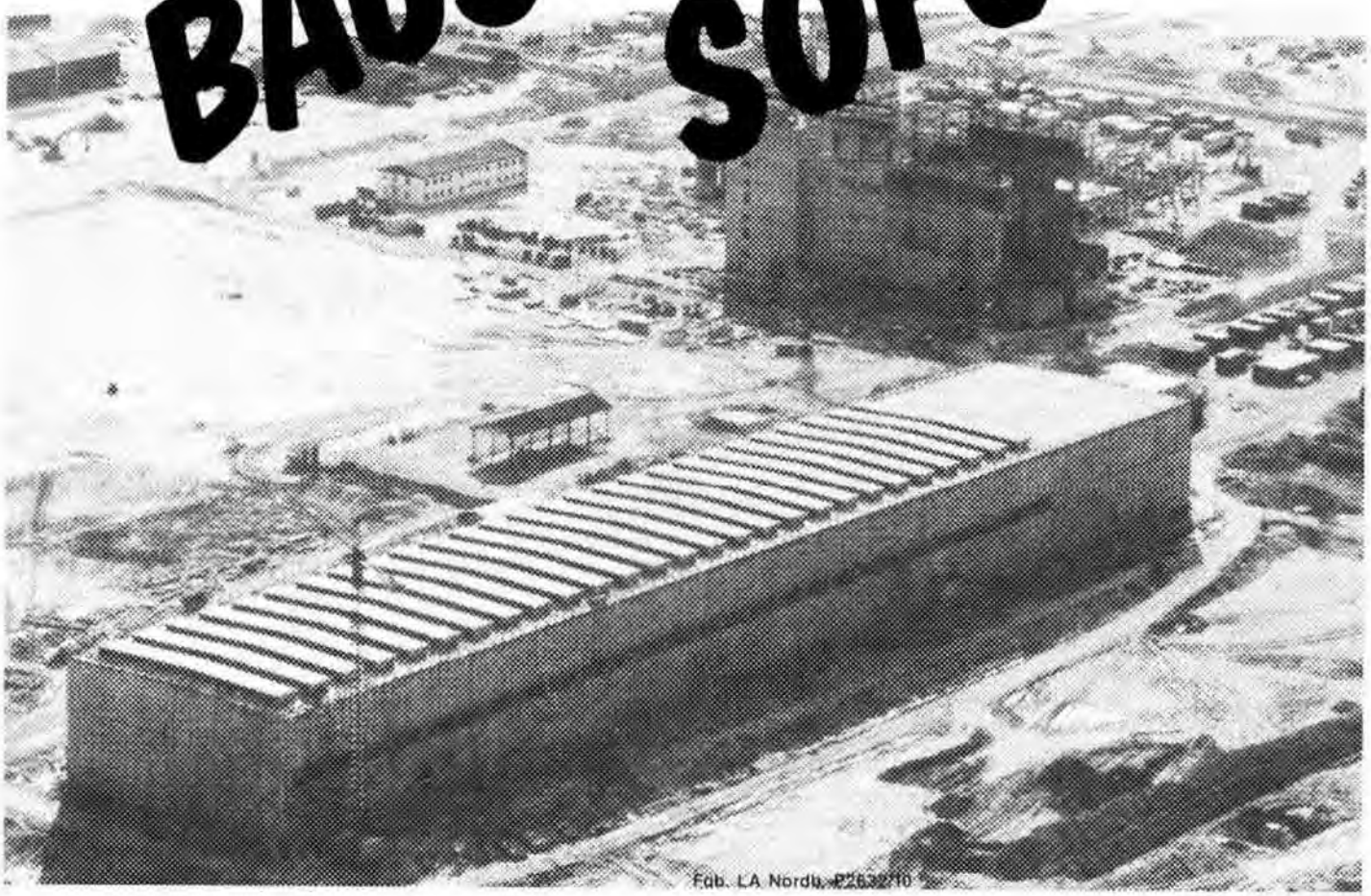
In Münster kann bereits eine Materialienliste bestellt werden.

Weiterhin wollen wir noch darauf hinweisen, daß ihr an vielen Orten bereits Infomaterial aus Infoläden und Büros der Anti-AKW-Bewegung beziehen könnt. Bitte informiert euch über die Adressen im neuen Anti-AKW-Kalender.

Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA, die Bayerische Anti-AKW-Bewegung, die Bayerische Friedensbewegung rufen auf zu den

HERBSTAKTIONEN '88 GEGEN DEN ATOMSTAAT

WAA-BAUSTOPP SOFORT!



Dezentrale Aktionen und Veranstaltungen Oktober '88

Zum Abschluß: **15.10.'88 Großaktionstag** Wackersdorf Volksfestplatz

11 Uhr: Auftaktkundgebung — anschließend geschlossene Demonstration entlang des Baugeländes — ohne Aufenthalt zurück zur Abschlußkundgebung mit Kulturfest.

Veranstalter: Koordinationskreis Herbstaktionen '88 gegen die WAA und das Atomprogramm, Klosterstr. 2, 8460 Schwandorf
Tel. 0 94 31 / 10 29.
Spendenkonto: SK E. Wellnhofer, Stadtsparkasse Schwandorf, Kto.Nr. 380 566 745
Ermittlungsausschuß: 0 94 34 / 33 68

V.i.S.d.P.: Erna Wellnhofer, Waldgasse 9, 8460 Schwandorf

Eigendruck im Selbstverlag

Busabfahrt:

Ort:

Zeit:

Aufruf zu Herbstaktionen gegen die WAA

Sofortiger Baustopp der WAA - Keine Atommüllhalde der Nation in der Oberpfalz!

Das Ziel der Atommafia, an der Spitze die DWK und die »Bayer. Staatspartei« CSU, den Widerstand gegen die WAA zu brechen, haben sie nicht erreicht. Die Ablehnungsfront gegen die Plutoniumfabrik ist breit wie nie zuvor. Trotzdem baut die Bayer. Staatsregierung weiter an einem WAAhnsinnsprojekt, das wirtschaftlich unsinnig, die Entsorgungsprobleme nur vergrössert und auf die lange Bank schiebt. Warum versucht die Atomlobby gegen den erbitterten Widerstand einer ganzen Region, ohne atomrechtliche Baugenehmigung, mit der Brechstange eine Monsteranlage durchzusetzen, mit unübersehbaren ökologischen und sozialen Folgelasten? Einer immer grösseren Öffentlichkeit wird klar:Die WAA soll wegen der ungelösten Endlagerfrage als Entsorgungsnachweis herhalten, der juristischen Voraussetzung für den Betrieb der laufenden AKWs. Das fast fertige Brennelementeeingangslager soll zudem ab 1989/90 die Oberpfalz zur Atommüllhalde der Nation machen, weil bereits jetzt Zwischenlagerkapazitäten erschöpft sind und auf unabsehbare Zeit kein Endlager in Sicht ist. Gleichzeitig ermöglicht die WAA den Zugriff auf den Bombenrohstoff Plutonium in grossen Mengen.

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

Eine WAA gibt bereits im Normalbetrieb riesige Mengen radioaktiver Strahlung über Luft und Abwasser an die Umwelt ab. Das wichtige Trinkwasserreservoir der Bodenwöhrer Senke wäre akut gefährdet. Dabei ist die Gesundheitsgefährdung durch laufende Atomanlagen mittlerweile unbestritten (Berichte zu Leukämie-Erkrankungen aus Sellafield, Harrisburg etc.). Die Ergebnisse von Langzeituntersuchungen japanischer Atombombenopfer von 1945 haben die Fragwürdigkeit von Grenzwerten eindrucksvoll bestätigt. Es gibt keine ungefährliche Strahlendosis!

Keine militärische Nutzung der Atomenergie! Keine bundesdeutsche Atombombe!

Die skandalösen Vorgänge der Transnuklear-Nukem-Affären, die nur die Spitze des Eisbergs im atomaren Alltag einer kriminellen Vereinigung darstellen, haben sichtbar gemacht: Es gibt keine Trennung ziviler von militärischer Nutzung der Kernenergie. Vielmehr war der Wunsch nach einer deutschen Atombombe die entscheidende Triebfeder des BRD-Atomprogramms. Zivile Nutzung war immer schon ein Deckmantel für militärische Zwecke. Die eingestrichenen Milliardenprofite sind eine willkommene Zugabe. Nicht zufällig ist die Auslaufzeit des Atomwaffensperrvertrages 1995 identisch mit dem vorgesehenen Betriebsbeginn der WAA. Die geplante deutsch-französische Atompartnerschaft ist Teil der politischen Rahmenbedingungen für eine öffentliche Hinnahme bundesdeutscher Kernwaffen. Wir unterstützen deshalb die Bestrebungen für eine Aufnahme des Atomwaffenverzichts in das Grundgesetz.

Verbot von Atomexporten jeglicher Art in Drittländer!

Das Verfahren zur Wiederaufbereitung von Brennelementen in einer zivilen Aufbereitungsanlage, wie sie die WAA Wackersdorf darstellt, soll der deutschen Atomindustrie Milliardenaufträge bringen. Durch eine erfolgreiche Großpilotanlage kann sich die Atomlobby des Interesses sämtlicher Machthaber sicher sein, die vom Bau eigener Kernwaffen träumen. Schon jetzt wird technisches Know-How und Material an Drittländer verkauft, welche die Bombenproduktion anstreben bzw. sie bereits verwirklicht haben (Israel, Südafrika, Pakistan, Argentinien, Brasilien). Für ihre atomaren Träume waren die Regierungen dieser Länder bereit, sich zusätzlich ungeheuer zu verschulden. Jetzt müssen diese Schulden unter dem Diktat des IWF auf Kosten der Ärmsten zurückbezahlt werden. Wir fordern deshalb ein Verbot dieser Exporte. Die Ausplünderung grosser Uranvorkommen ist die Kehrseite der Medaille. Sie unterwirft die Menschen übelsten Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen und erhält in Namibia dem rassistischen südafrikanischen Regime die Macht.

Maxhütte ja-WAA nein!

Die von Krisen geschüttelte Oberpfalz ist auf Arbeitsplätze dringend angewiesen. Doch statt dafür etwas zu tun, ist die Bayer. Staatsregierung nicht einmal bereit, der Maxhütte beispielsweise 400 Mio.DM zur Verfügung zu stellen, um die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Damit wird Druck auf Menschen ausgeübt, die gesundheitsgefährdende WAA zu akzeptieren, für die Milliarden an Steuergeldern vergeudet werden. Der Bau der WAA ist kein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Region!

Keine Kriminalisierung politischer und sozialer Bewegungen – Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

Die Ereignisse in der Oberpfalz im Zusammenhang mit dem Bau der WAA zeigen auch: Der Atomstaat wird Wirklichkeit. Der radioaktive Zerfall der Grundrechte im Gefolge ständig zunehmender Staatsgewalt bringt eine soziale Polarisierung zwischen einer Machtelite und dem Großteil der Bevölkerung. Wachsender Widerstand wird mit Ausnahmezustands-Vollmachten verfolgt und kriminalisiert. Viele Grundrechte werden einfach ausgehebelt. Willkürliche Verhaftungen, Demonstrationsverbote, Räumung von Versammlungen, Hausdurchsuchungen, werden mit brutaler Gewalt in Bürgerkriegsmanier durchgezogen. Die Staatsgewalt schreckte nicht einmal vor dem Einsatz international geächteter CN-und CS-Gase zurück. Jüngste Beispiele dieser Entwicklung: Der Einsatz der Bundeswehr im Zusammenhang mit Anti-WAA-Demonstrationen und die beabsichtigte Einführung von zweiwöchiger Vorbeugehaft für unliebsame Protestbewegungen.

Wir können die WAA verhindern!

Die WAA Wackersdorf mit Schlüsselfunktion im zivil-militärischen Atomprogramm können wir noch verhindern. Kein technisches Großprojekt sah sich jemals einer derart heftigen und vielfältigen Gegenwehr ausgesetzt. Machen wir uns aber nichts vor, auf dem Rechtsweg allein ist dies nicht zu schaffen. Die Interessen, die hinter dem Bau der WAA stehen, sind so stark, daß wir uns auf die Unabhängigkeit der Gerichte nicht verlassen können. Die massenhaften Einwendungen gegen die Atomfabrik und der Ablauf des Erörterungstermins waren eine schallende Ohrfeige für ihre Befürworter. Das skandalöse Verhalten der Vertreter der Bayer. Staatsregierung zeigt aber auch, daß juristischer Widerstand zwar nötig ist, aber auf keinen Fall ausreicht, um die Inbetriebnahme der WAA zu verhindern. Die Weiterentwicklung praktischer Widerstandsformen im Alltag ist nötig, um eine lebendige Widerstandskultur zu erhalten und Perspektiven entwickeln zu können.

Herbstaktionen 88 gegen die WAA und das Atomprogramm!

Wir rufen deshalb alle AtomkraftgegnerInnen, gerade die Menschen, welche sich an der Einwendungskampagne mit 880.000 Neinstimmen zur WAA beteiligt haben, auf, ihren Protest praktisch zu zeigen und sich an den Herbstaktionen zu beteiligen.
Dezentrale Aktivitäten und Veranstaltungen im Vorfeld des gemeinsamen Großaktionstages am 15.10.1988 in Wackersdorf sollten inhaltliche Auseinandersetzungen mit der WAA und dem Atomprogramm zum Thema haben und sich mit weiterführenden Widerstandsformen, auch im Hinblick auf die anstehenden Atommülltransporte, beschäftigen.Gemeinsam vom einheimischen und auswärtigen WAA-Widerstand gestaltete Aktionstage 88 sollen Organisationsstrukturen verbessern, vermittelbar und konstruktiv sein. Keinesfalls dürfen sie sich gegen die Bevölkerung richten oder die Konfrontation mit der Polizei suchen.
Während des gemeinsamen Großaktionstages wollen wir geschlossen zeigen, daß die Aufhebung demokratischer Grundrechte wie Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit im Verbund mit einem faktischen Ausnahmezustand in der Oberpfalz von uns nicht hingenommen wird. Gründliche Vorbereitung und Umsetzung eines kompakten Gesamtkonzepts (Kurze Auftaktkundgebung-, nachfolgender geschlossener Demonstrationszug zum Baugelände-ohne Aufenthalt Rückkehr zur Abschlußkundgebung mit Kulturfest) sollen Übergriffe von aussen, wie im Herbst 1987, verhindern.

Wir können die WAA und das Atomprogramm zum Kippen bringen!
Beteiligt Euch massenhaft an den Herbstaktionen 88 gegen die WAA und den Atomstaat!

Erörterungstermin zur WAA in Neunburg:

Eine Farce mit Folgen

Der zweite WAA-Erörterungstermin ist zu Ende, die Zeit der Superlative ist vorbei. 881.000 haben ihre Einwendungen gegen di zweite atomare Teilerrichtungsgenehmigung für das bislang teuerste Projekt bundesdeutscher Atomgeschichte eingereicht. 180 Stunden lang wurde an 23 Verhandlungstagen in der Stadthalle des Oberpfälzer Städtchens Neunburg vorm Wald erörtert – noch nie zuvor hatte der formale Akt der Öffentlichkeitsbeteiligung in einem Genehmigungsverfahren so lange gedauert. Noch nie zuvor, so der Vertreter der Oberpfälzer Bürgerinitiativen, des Bund Naturschutz Bayern und Stadt und Land Salzburg, Rechtsanwalt Wolfgang Baumann, wurde ein Erörterungstermin so intensiv angegangen. Mehr als ein halbes Jahr hatten sich überwiegend Oberpfälzer und österreicher Bürgerinitiativen ausschließlich damit beschäftigt, Einwendungen gegen das Jahrhundertbauwerk im Taxöldener Forst zu sammeln und sich zusammen mit ihren Anwälten und Sachbeiständen auf die Zeit in Neunburg vorzubereiten. Sie haben sich – wie alle von Anfang zu wissen vorgaben – auf eine Farce eingelassen.

Zugegeben, die Argumente gegen die WAA sind, besser als jemals zuvor, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die DWK hat sich gründlich blamiert und amit ihr auch die Genehmigungsbehörde, die hochdotierten „objektiven" Gutachter und „sachverständigen" Beörden. Die Rechts- und Sachbeistände haben es hervorragend verstanden, die Schwachstellen der WAA aufzudecken, den Filz zwischen Errichter, Betreiber und Genehmiger offenzulegen. Es wurde ihnen auch leicht gemacht von einem bayerischen Umweltministerium, das es von Anfang an darauf angelegt hatte, den Ablauf des Erörterungstermins zur Machtfrage hochzustilisieren. Es war auch richtig, Energien zu investieren. Es war aber falsch, sich ausschließlich darauf zu konzentrieren und Hoffnungen in eine Sache zu setzen, die man ja als Farce schon entlarvt hat. Was wäre gewesen, wenn das Umweltministerium nicht so plump die Einwender vor den Kopf gestoßen hätte, was wäre gewesen, wenn die Betreiber ihrerseits hochkarätige Experten ins Rennen geschickt hätten, die nicht schon bei einfachen Fragen passen mußten?

In den Bürgerinitiativen sah man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Es wurde verdrängt, daß das bayerische Umweltministerium von Anfang an die Auseinandersetzung mit den 881.000 Einwendungenals „formalen Schritt" heruntergeredet hatte. Es war plötzlich vergessen, daß man es mit einer Genehmigungsbehörde zu tun hat, die seit Jahren millionenschwere Werbefeldzüge für die WAA führt. Es war vergessen, daß ab 15. August die Neunburger Stadthalle wegen des Volksfestes nicht mehr zur Verfügung steht und deswegen spätestens dann der Termin beendet sein würde. Die WAA-Einwenderseite hat sich auf eine Farce eingelassen und vergessen, daß sie es mit einer Farce zu tun hat.
Die EinwenderInnen haben auf die vermeintliche Unabhängigkeit der Behörden, Objektivität der Kontrollinstanzen und ein rechtsstaatlich einwandfreies Genehmigungsverfahren wider besseres Wissen gehofft. Durch die Vorgabe, den Erörterungstermin auf jeden Fall durchzuziehen und nicht demonstrativ auszuziehen, haben die EinwenderInnen zusätzlich an Handlungsspielraum verloren. Sie haben vergessen, eine Schmerzgrenze zu setzen, ab der es nichts mehr zu erörtern gibt. Sie haben es sich gefallen lassen, daß von Anfang an klar war, daß alle Befangenheitsanträge abgelehnt werden, daß der Hauptgutachter der WAA sich mit der Genehmigungsbehörde auf einen Verhaltenskodex geeinigt hat und die DWK erklärt, sie wolle in Zukunft nur noch Anworten schriftlich zu Protokoll geben. Da sie das Spiel mitspielen wollten, mußten sie mitansehen, wie der Verhandlungsleiter rigoros in die Themenliste eingreift und die Tagesordnung sich nach den Abflugterminen der DWK-Jets richtet. Mit ihrer Vorgabe ohne Schmerzgrenze, wurde das Verhalten der EinwenderInnen kalkulierbar. Die DWK verstand es gut, dies als Druckmittel einzusetzen und so zeitweise die Tagesordnung und das Geschehen in der Stadthalle durch in den Raum gestellte Drohungen nach Abbruch bzw. Unterbrechung des Termins zu diktieren.

Kein Wunder, daß wider besseres Wissen genährte Hoffnungen in sich zusammenstürzten, als das Umweltministerium am 12. August die Notbremse zog und „rechtsstaatlich" nach der atomrechtlichen Verfahrensordnung den Termin für beendet erklärte. Wie beim allsonntäglichen Waldspaziergang zum Bauzaun, bei dem sie mit dem scheinbar unaufhörlichen Baufortschritt konfrontiert werden, haben die Beteiligten beim Abbruch die Ohnmacht verspürt, mit der sie dem Atomstaat gegenüberstehen. Entsprechend groß ist derzeit die Katerstimmung in der Region.

„Jetzt schnell umschwenken" fordert in dieser Situation Erna Wellnhofer vom Vorstand der BI Schwandorf, weg vom juristischen Widerstand, hin zu Aktionen gegen die WAA, hin zu Aufklärungs- und Informationsarbeit in der ganzen Bundesrepublik – weg von den Gerichtssälen und Stadthallen hinaus auf die Straße. Sie sieht in dem am 15. Oktober anstehenden Großaktionstag gegen die WAA ein Ventil für den Frust aus dem Erörterungstermin und eine Chance, sich wieder anderen Widerstandsformen zuzuwenden.

Ob das Umschwenken so leicht zu vollziehen ist, oder ob durch Neunburg letztendlich sich die Gewichte in der Oberpfalz zugunsten des juristischen Widerstandes verschoben haben, wird sich am 15. Oktober und in der Zeit danach zeigen. So fehlte z.B. schon jetzt die Zeit, Lust und vor allem die Energie der WAA-Aktivisten, sich ausreichend auf einen heißen Herbst gegen die WAA vorzubereiten. Übrig geblieben ist ein Marsch zum Bauzaun und ein anschließendes Kulturfest. Auf der Strecke geblieben sind Formen von konkreten Behinderungsaktionen, die in den letzten beiden Jahren fester Bestandteil der Aktionstage gewesen waren. Bernd Siegler, Nürnberg

Die Ohnmacht der Argumente

Überblick über 23 WAA-Erörterungstage · 150 von 881.000 EinwenderInnen kamen zu Wort

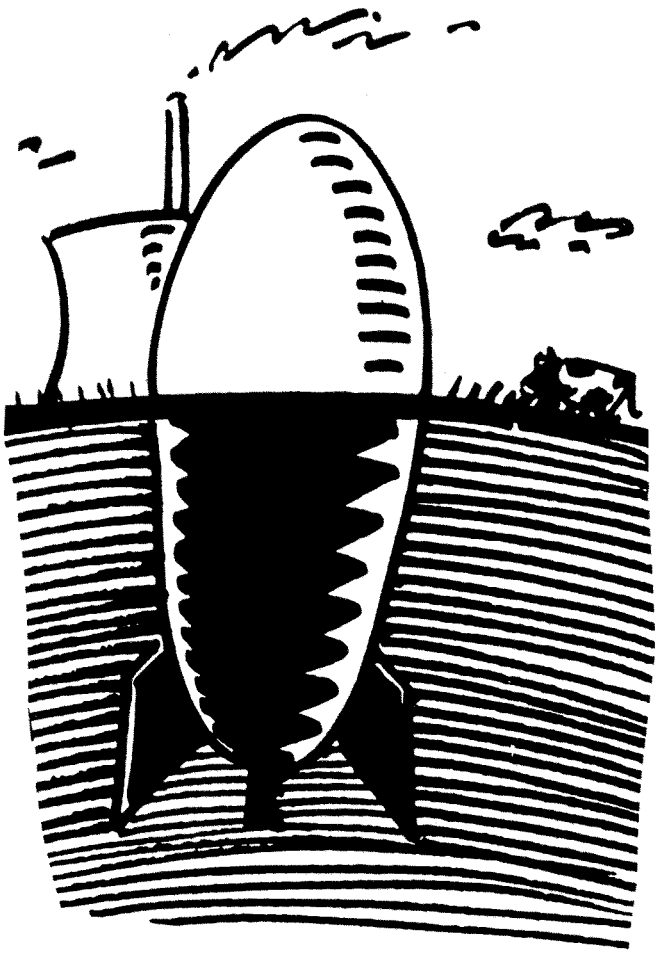
Bernd Siegler (taz, 15.8.88)

Als der Erörterungstermin am 11. Juli in der überfüllten Neunburger Stadthalle begann, rechneten die WAA-Gegner mit mindestens acht Wochen tiefschürfender Diskussion über die Grundlagen der zweiten atomaren Teilerrichtungsgenehmigung (TEG), die noch in diesem Jahr erteilt wersen soll. Die WAA-Genehmigungsbehörde war da etwas vorsichtiger. Sie hatte die Neunburger Stadthalle für 25.000 DM nur einschließlich bis letzten Freitag angemietet.

Schon am ersten Tag drohte Verhandlungsleiter Rudolf Mauker, Ministerialrat im Umweltministerium, aufgrund anhaltender Tumulte mit dem Abbruch des Termins. Nur mit Mühe konnte die Einwenderseite die aufgebrachten WAA-Gegner im Saal beruhigen, deren Ziel es war, öffentlichkeitswirksam auf die Schwachstellen im WAA-Konzept hinzuweisen und die Verfilzung zwischen Genehmigungsbehörde, offiziellen Gutachtern und WAA-Betreiber- bzw. Errichtungsfirmen aufzudecken. Damit sollte gerichtsverwertbares Material für die nächsten anstehenden Instanzen im juristischen Kampf gegen die WAA gesammelt werden.

Der ersten Punktsieg gelang den Vertretern der 881.000 Einwender bereits am ersten Tag, als sie die Anklageschrift der Hanauer Staatsanwaltschaft vom 17. 10. 86 zitierten, wonach „erhebliche Zweifel an der Objektivität des TÜV Bayern als Gutachter" aufgekommen seien. Nach einer Absprache aus dem Jahr 1983 zwischen dem Umweltministeriums und dem TÜV zum ersten Erörterungstermin, hat der TÜV sogenannte „Goldene Regeln" verfaßt.

Darin finden sich Ratschläge wie zum Beispiel der Genehmigungsbehörde und anderen Gutachtern nicht zu widersprechen



oder bei sogenannte risikobehafteten Fragen „Tricks des Zeitgewinns durch Rückfragen, Präzisierung der Fragestellung und ausweichendes Antworten" anzuwenden. Rechtsanwalt Sailer aus München nannte daraufhin den TÜV eine „konspirative Einrichtung zum Durchdrücken der WAA", verlor jedoch mit seinen Anträgen auf Ausschluß des TÜV ebenso wie mit seinen Befangenheitsanträgen gegen Mauker in allen Instanzen.

Immer wieder kamen bei der Erörterung neue Details aus dem Atomfilz ans Tageslicht. Mauker sitzt im Aufsichtsrat der „Gesellschaft für Reaktorsicherheit GmbH" und im Präsidium des „Kerntechnischen Ausschusses", Ministerialdirigent Dr. Vogl, zuständig im Umweltministerium für Kernenergie und Strahlenschutz, im Aufsichtsrat des TÜV. Jürgen Wilhelm, vom Umweltministerium als unabhängiger Gutachter für die WAA-Jodfilter beauftragt, ist selbst Erfinder dieser Filter und Mitglied der Kernforschungsanlage Karlsruhe und der Reaktorsicherheitskommission.

Obwohl sich sowohl Gutacher als auch die DWK bis auf wenige Ausnahmen strikt an die „Goldenen Regeln" hielten und in kritischen Phasen immer wieder verfahrensmäßige Schützenhilfe durch das Umweltministerium erhielten, gelangen den Einwendern weitere Erfolge. Nicht sehr werbewirksam titelte die örtliche Presse „Die DWK mit dem Rükken zur Wand" oder „DWK am Rand einer Blamage".

Insbesondere bei der Sachdiskussion zum Thema kamen Ministerium, DWK und Gutachter in arge Bedrängnis. Prof. Jürgen Bruggey vom Augsburger Institut Geotec sowie Prof. Armin Weiß, Landtagsabgeordnete der Grünen, erschütterten mit Hilfe von Satellitenfotos die von der DWK vertretene Auffassung, wonach die wassertrennenden geologischen Schichten unterhalb der WAA ruhend, undurchlässig und keine Verbindung zur sogenannten Bodenwöhrer Senke hätten. Aufgrund der Bedeutung des Grundwasservorkommens als Trinkwasserspeicher für die gesamte Oberpfalz ist dies nicht nur ein entscheidender Punkt für alle WAA-Gegnern, sondern vor allem für die umliegenden Gemeinden ein zentraler Kritikpunkt.

Es rächte sich, daß der DWK-Gutachter durch Abwesenheit glänzte und die Betreiberfirma dafür den Bauingenieur Borsrtzky ins Rennen schickte. Der war dem Hagel von bohrenden Fragen nicht gewachsen und gab schließlich zu, daß es tektonische Bewegungen im Untergrund der Bodenwöhrer Senke gegeben habe. Die DWK versuchte mit Mauern zu retten was zu retten war. Sie weigerte sich die Tagesbohrprotokolle herauszugeben und die Baustelle zu besichtigen. Doch am Ende war klar, so Weiß, daß es „keine heile Unterwelt von Wakkersdorf gibt".

Sowohl die Genehmigungsbehörde als auch das Geologische Landesamt als Gutachter haben das seit 1977 bekannte Satellitenmaterial offensichtlich absichtlich unter den Tisch fallen lassen. Aus dem Material geht zusätzlich hervor, daß sämtliche Bohrungen in der Weise angesetzt worden sind, daß die tektonischen Störungen umgangen werden konnten. Rechtsanwalt Baumann verlangte

daraufhin, die DWK wegen „Unzuverlässigkeit aus dem Verfahren auszuschließen".

Die Macht der Verhandlungsführung versuchte das Umweltministerium ab dem Ende der dritten Erörterungswoche einzusetzen, um den entstandenen Flurschaden zu begrenzen, der durch die Diskussion für die WAA-Betreiberseite entstanden war. Als „Akt der Zensur" geißelten die Eiwender Maukers Eingriff in die Tagesordnung am 27. Juli. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zum Strahlenschutz insbesondere zur Gefährlichkeit von Niedrigstrahlung, Fragen zur Wirtschaftlichkeit der WAA und deren psychosomatische und gesellschaftliche Auswirkungen hätten in Neunburg ebensowenig zu suchen, wie die Erörterung des Restrisikos, beschied der Verhandlungsleiter.

Zur gleichen Zeit versuchte die DWK die Notbremse zu ziehen. Antworten auf Einzeleinwender wolle man nur noch schriftlich zu den Akten geben. Darüberhinus wolle die DWK selbst entscheiden, auf welche Fragen sie antworten will und auf welche nicht. DWK-Delegationsleiter Ludwig Harms beklagte den Psychoterror in dem „fast schon inquisitorischen Verfahren" in Neunburg. In der Stadthalle würde „ein Politspektakel gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie" abgezogen.

Auch eine neuerliche rigide Tagesordnung von Mauker, die zum Beispiel für die Themen „Sicherheit der Anlage" und „Auswirkugnen der Anlage auf die Umgebung" nur jeweils zwei Tage vorsah, bewahrte die DWK nicht vor weiteren Blamagen. Es kam ans Tageslicht, daß die WAA-Betreiber mit veralteten Rechensystemen das in die WAA einzubringende Radioaktivitätsinventar ermitteln will. Gerald Kirchner, Physiker an der Uni Bremen, folgerte daraus, daß „sämtliche DWK-Daten zum Normalbetrieb und auch zum Störfall schlichtweg falsch" sind. Außer der DWK, so Kirchner, sei ihm kein Betrieb mehr bekannt, der mit dieser veralteten Methode arbeitet. Er sprach der DWK ab, das „nötige Know how zum Betreiben der Anlage" zu besitzen.

Bernhard Fischer vom Öko-Institut Darmstadt kritisierte, daß es noch keine technische Möglichkeit zur kontinuierlichen Überwachung des Jodausstoßes gebe. Jod 129 hat immerhin eine Halbwertzeit von 16 Millionen Jahren.

Zusammen mit seinem Öko-Insitutskollegen Sailer nahm Fischer das Brennelementebereitstellungslager aufs Korn, das ihrer Meinung nicht als Durchgangsstation, sondern eher als zusätzliches Zwischenlager dienen soll. In diesem Punkt habe sogar der TÜV-Vertreter gegen die „goldene Regel verstoßen" und dem Umweltministerium sowie der DWK widersprechen, als diese eine Lagerung in sogenannten Transportbehältern bis zu drei Monaten für zulässig und tolerabel erklärt hatten. Baumann bezeichnete das Bereitstellungslager daraufhin als „Bermuda-Dreick für Atommüll".

Zuvor hatte Fischer gefordert, die Endlagerfähigkeit des in der WAA anfallenden Atommüls in sogenannten Glaskokillen noch einmal durch unabhängige Gutachter zu prüfen und nicht, wie es das Umweltministerium vorsah, durch die Physikalisch-technische Bundesanstalt in Braunschweig. Als Antragsteller habe die PTB selbst ein gewichtiges Interesse am Bau des Endlagers in Gorleben.

Einen Tag bevor Mauker am 5. August wegen Krankheit aus dem Erörterungstermin ausschied, hatten die Einwender gefordert, daß die Schadstoffvorbelastung in der Umgebung der WAA bei der Genehmigung der Anlage mitzuberücksichtigen sei. Der Physiker Eckhart Krüger sprach „von einem einmaligen Schadstoff-Cocktail" nicht nur aus der konventionellen Vorbelastung zum Beispiel durch das Schwandorfer Müllkraftwerk oder das Bayernwerk, sondern auch durch Tschernobyl und andere kerntechnische Anlagen in und außerhalb der BRD.

DWK und Umweltministerium wiesen das auch dann noch zurück, als am 9. August das Verwaltungsgericht in Regensburg zwar den Abriß des Atommeilers in Niederaichbach genehmigte, jedoch die Berücksichtigung der Vorbelastung durch Tschernobyl bzw. AKWs im In- und Ausland für atomrechtliche Verfahren zur generellen Notwendigkeit erklärt hatte. Daraufhin bezeichnete ein Vertreter der Stadt Landshut das ganze Erörterungsverfahren als „rechtswidrig".

Einen Tag vor ihrem abrupten Ende entpuppte sich die Anhörung, wie von den WAA-Gegnern schon von Beginn an vermutet, letztendlich als Farce. Bernhard Fischer vom Öko-Institut legte ein Schreiben vor, wonach der Siemens-Unternehmensbereich KWU bei der Duisburger Standard-Kessel-Gesellschaft bereits eine Frischdampferzeugeranlage im Wert von 5,2 Millionen geordert hatte, obwohl diese Anlage Bestandteil der erst in Neunburg zur erörternden 2. TEG ist. Siemens erhielt die Auftragsbestätigung am 13. Juli, zwei Tage nach Beginn der Erörterung.

So war es höchste Zeit für das Umweltministerium in Neunburg am Freitag um 14.03 Uhr den Schlußstrich zu ziehen, zumal noch vor der Mittagspause die Herren der DWK an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen wurden. Freda Meißner-Blau, Nationalrätin der Österreicher Grünen, hatte sich tief entsetzt darüber gezeigt, daß „die Bundesrepublik als Nachfolgestaat jenes Staatsgebildes, das den blutigsten Krieg in der Menschheitsgeschichte entfacht hat, nach Plutonium greift". „Weshalb sonst wird diese WAA errichtet", fragte sie die Betreiberfirma. Daraufhin zogen die DWK-Vertreter geschlossen aus dem Saal.

Nach 23 Erörterungstagen kamen in Neunburg lediglich 150 der 881.000 Einwender zu Wort. Diejenigen, die nicht zu Wort gekommen sind, können, so Verhandlungsleiter Basse, innerhalb eines Monats ihre Bedenken gegen die WAA schriftlich beim Ministerium begründen. Das sollten die 880.850 auch tun.

Liebe LeserInnen,

leider wurden beim Lay-out dieses Artikels (S. 8 und 9) einige Text-Schnipsel vertauscht. Damit Ihr Euch in dem Dschungel zurechtfindet, haben wir die beiden Seiten nochmal richtig zusammengebaut und als Einlegeblatt nachgedruckt. So sorry, die atomis

Nach langer Zeit mal wieder, dafür aber etwas anders, Wacker's Dorfchronik mit dem Geschehen rund um die WAA. Diesmal vom **Sommerloch**.
Wie selbst lesefauleren atom-KäuferInnen bekannt sein dürfte, konzentrierten sich die Aktivitäten für/wider die WAA auf die Anhörung zur 2. Teilerrichtungsgenehmigung. Näheres dazu an anderer Stelle.
Ansonsten gibt es wenig erfreuliches zu berichten. Jedenfalls hatten mal wieder jene 400 „kritischen Juristen" recht, die Ende April (so lange gab's keine Chronik mehr!) in der Oberpfalz die **„Schwandorfer Erklärung"** verabschiedeten. Darin warnen sie vor dem „radioaktiven Zerfall der Grundrechte" und davor, daß sich industrielle Großprojekte ihr eigenes Recht schaffen.

***

Wohl war. Auch die folgenden Monate lieferten den Beweis dafür. Beispiele gibt's reichlich. Das schlimmste begann schon im Februar. Da sprachen einige graue Herren beim Einwohnermeldeamt der Oberpfälzer Gemeinde Bruck vor und wollten, kraft ihres **verfassungsschützerischen Amtes**, die Kartei durchsehen. Sie taten's auch und fotografierten per Polaroid diverse Paßfotos. Zufällerweise lauter Mitglieder der örtlichen Anti-WAA-Initiative. Im Mai kam die Sache raus und verursachte viel Wirbel. Das bayerische Innenministerium ging wie immer in die Offensive, hielt alles für rechtens und erklärte, derlei Schnüffelei würde „selbstverständlich fortgesetzt". Das wurde sie denn auch, sowohl in Bruck wie auch in anderen Oberpfälzer Gemeinden.

***

Bayerisches Landrecht, sollte mensch meinen. Ich glaube aber kaum, daß die Sache anders aussähe, wenn die WAA in Nordrhein-Westfalen gebaut würde. Trotzdem: daß einem Menschen viermal der Prozeß gemacht wird, weil auf seinem Auto ein höchst harmloses, angeblich staatsverunglimpfendes Anti-WAA-Plakat hängt (es zeigt Soldaten mit ABC-Masken) oder daß gar ein Auto komplett beschlagnahmt wird, weil daran der allseits beliebte Aufkleber **„Widerstand braucht Phantasie"** babbt, sind schon fast wieder Kuriosa. Beides passierte in der Oberpfalz, Sommer 88.
Auch, daß mittlerweile selbst die harm- und zahnlosesten Aufzüge zum Baugelände verboten werden, weil sich ja Chaoten und schlimmere Leute darunter mischen könnten, treibt wilde Blüten. Als einige honorige UmweltschützerInnen mit dem BUND an der Spitze zum Tschernobyl-Tag **Kränze** am Bauzaun niederlegen wollten, wurde das verboten. Wegen der Gefahr, daß die Kränze angezündelt werden könnten.
Demselben BUND wurde übrigens behördlicherseits untersagt, auf seinem Grundstück am Franziskus-Marterl, also im Schatten des Baugeländes, eine kleine **Kapelle** zu errichten. Wegen der Landschaftsverschandelung.
Ist kein Witz.

***

Auch **Holger Strohm** mußte lernen, daß in Bayern einiges anders ist. Seit Jahren ist in seinem Buch, das ja alle bestimmt gelesen haben, die Behauptung festgeschrieben, im AKW Brunsbüttel seien geistig Behinderte zu Putzarbeiten eingesetzt worden. Als er 1986 dies in Schwandorf bei einer Veranstaltung beiläufig wiederholte, wurde daraus eine Straftat: Verleumdung. Zwei Jahre lang wurde ermittelt, dann kam ein Bußgeld: 30 Tagessätze à 50 DM. Strohm legte Widerspruch ein, im Juni 88 kam es zum Prozeß, bei dem Strohm darüber hinaus von einigen merkwürdigen Fahndungsaktionen gegen sich berichtete. Die Sache ist noch in der Schwebe.

***

Ernst will die bayerische Justiz, auf sanften Druck der Landesregierung, jetzt auch mit diversen **Disziplinarverfahren** machen. Im April wurde ein entsprechender Antrag beim Regensburger Verwaltungsgericht gegen den Schwandorfer Landrat Schuirer eingereicht. Ihm werden einige Äußerungen vorgeworfen, z.B.: „Das ist Terror" (zur Hüttendorfräumung) oder: „Strauß hat bei seinen Besuchen in Chile und Südafrika gelernt", die ja wohl nur die Wahrheit bezeugen. Aber die ist nicht gefragt.
Gleiches gilt für die derzeit schwebenden Diszi-Verfahren gegen den Amberger Richter Helmut Wilhelm (wegen eines Artikels in der taz) und gegen den katholischen Geistlichen und Oberstudienrat Leo Feichtmeier, einem eher konservativen WAA-Gegner. Im Mai und Juni gab es einige Solidaritätsveranstaltungen für diese drei.

***

Weniger sichtbare Solidarität gab es für weniger Prominente, die von härteren **Strafprozessen** betroffen waren. Im April kassierte ein 25jähriger Arbeiter neun Monate auf Bewährung. Angeblich hatte er bei einer Aktion am Tschernobyl-Tag '87 einem Polizisten eine Bierflasche in den Rücken geworfen. Die Zeugen polizeilicherseits waren wie immer höchst glaubwürdig. Einer hatte die Flasche aus 80 Metern Entfernung fliegen

„...Name und Programm der action directe..."

„... Die Aktionsgruppe versteht unter gewaltfreien Aktionen nicht einmalige Aktionen, sondern eine zielgerichtete politische Einflußnahme mit Hilfe aufeinander aufbauender Aktionsformen. Hierunter wird verstanden der Protest, Demos, Flugblätter, Nichtzusammenarbeit, Verzicht auf Titel und Ehrenämter und auch das bewußte Überschreiten von Gesetzen, Streiks und Boykotte als Form des zivilen Ungehorsams. Es wird betont, daß die gewaltfreien Aktionen ihre Gegner nicht verletzten sollen...
Die Aktionsgruppe nimmt (in ihren Aktionen) von vornherein Gesetzesverstöße wie z.B. Nötigung, Hausfriedensbruch und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz ausdrücklich billigend in Kauf. Schwerwiegende Gesetzesverstöße scheinen demnach nicht ausgeschlossen; der Weg von 'Gewalt gegen Sachen' fand sein Ende bislang stets auch in der Gewalt gegen Personen...
Offen bleibt neben dieser unverhüllten Propaganda für politisch motivierte Gewalt, ob die Bejahung der 'direkten Aktion' von Namen und Programm der französischen Terrororganisation 'action directe' abgeleitet wurde oder umgekehrt die anarchistische 'direkte Aktion' zu Namen und Programm erhoben wurde..."

Aus einer Verfügung des Schwandorfer Oberregierungsrat Haberland, mit der die Übergabe des „Bayerischen Friedenspreises 1987" an die Nürnberger Gewaltfreie Aktionsgruppe „Sandkörner" am WAA-Bauzaun verboten wurde. (Der Preis wird alljährlich von der DFG/VK verliehen). Es sei, so Haberland, davon auszugehen, daß es bei der für den 26.6.88 geplanten Übergabe zu Gesetzesverstößen käme (womöglich terroristischen?). Schließlich haben die Sandkörner im Sommer '86 die Zufahrtswege zur WAA für 2 Stunden blokkiert, indem sie sich dort anketteten.

sehen, ein anderer aus einem Meter. Einig waren sich alle, daß der Angeklagte der Werfer war. Das Gericht sah das auch so.
Auch der **§ 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung)** wurde mal wieder bemüht. In einem kleinen Initiativen-Blättchen namens „Schwandner Allgemeine" hatte ein Artikel über den Zusammenhang von RAF und WAA-Widerstand gestanden. Ein RAF-kritischer Artikel, der größenteils aus dem SPIEGEL zusammengeschnippelt war. Egal, dachte sich die Staatsanwaltschaft, machen wir einen netten Prozeß. Der lief im Juni und endete (so das Gericht) ausnahmsweise mit einer Einstellung wegen Geringfügigkeit. Die Angeklagten distanzierten sich im Prozeß mehrmals von der RAF, haben die Zeitung inzwischen eingestellt und überhaupt waren es ja keine Auswärtigen. Aber insgesamt 7.000 Geldbuße müssen sie blechen.

Daß hingegen Polizeibeamte für gewisse Knüppeleinsätze gerichtlich belangt würden, hat mensch bislang noch nicht gehört. Immerhin, nachdem es nach den letztjährigen Herbstaktionen **24 Anzeigen gegen Polizisten**, namentlich die Berliner Knüppelgarde, gab, hat sich zur allseitigen Beruhigung eine Sonderkommission gebildet, die nunmehr ermittelt. Gut möglich, daß diese Ermittlungen in Wahrheit Vorwand für ganz andere Fischzüge sind: Ende Juli wurden durch die Sonderkommission bei der gutbürgerlichen Mittelbayerischen Zeitung Fotos samt Negative beschlagnahmt, auf denen Szenen von der Demo am 10.10.87 festgehalten waren. Inzwischen jedenfalls wurden in 20 der 24 Fälle die Akten schon geschlossen. Ob es im übrigen zu Anklagen kommt, steht dahin und in Bayern auch offenbar im Ermessen der Polizei selber.
Und die macht nun mal nichts falsch. Diverse **Klagen wegen des CS-Gas-Einsatzes** Ostern '86 wurden im Mai endgültig vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgewiesen. Das Protokoll der Genfer Konferenz von 1925, das solchen Gas-Einsatz verbietet, gilt nämlich nach Ansicht der Richter „nur im Krieg zwischen Staaten", nicht aber „im innerstaatlichen Einsatz". Da zählen sie nicht, die Giftgasopfer von Ostern '86 (1 Toter, 72 Verletzte, zum Teil Dauerschäden).

***

Viel gibt es also von der bayerischen Staatsgewalt, wenig von **Widerstandaktionen** zu berichten. Die größte lief zu Ostern, mit über 2000 TeilnehmerInnen. Zoff gab's keinen, dafür 68 vorübergehenden Festnahmen. Ähnliches gilt für die Pfingstaktionen, die im übrigen von diversen Brandstiftungen begleitet waren.
Die **Sonntagsspaziergänge** laufen weiter, manchmal mit internationaler Beteiligung. Einige Japaner übrigens mußten im Mai ihr Transparent mit der Aufschrift „Für eine Welt ohne nukleare Bedrohung" wieder einrollen. Begründung der Polizei: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.
Womit wir wieder beim bayerischen Landrecht wären. Das gilt, wie gesagt, nicht nur für Bayern. Auch das Berliner Bundesverwaltungsgericht ist ihm verbunden. In der Klage gegen die **1. Teilerrichtungsgenehmigung** verwies es die Angelegenheit zur erneuten Behandlung an den bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurück, der diese

Foto: Joker

TEG kassiert hatte (weil ihm für die ersten baulichen Anlagen der WAA einfache Baugenehmigungen ausreichend erschienen waren). Logische Folge des Berliner Urteils wäre zumindest ein vorübergehender Baustopp gewesen. Nicht so in diesem Fall. Damit's weitergeht, wurde sofortige Vollziehbarkeit der TEG angeordnet.
Um die juristische Verwirrung komplett zu machen, hat am 25. August das Landratsamt Schwandorf eine **Baugenehmigung für das Hauptprozeßgebäude der WAA** abgelehnt. Nachdem nämlich nach dem Aufheben der 1. TEG auch der WAA-Bebauungsplan kassiert worden war, wollte die DWK mit einzelnen Baugenehmigungen weiterarbeiten (und tat es auch). Das Landratsamt, derzeit Kieselstein im Getriebe der WAA-**Planer, stellte sich an diesem Punkt quer und bemängelte fehlende wasserrechtliche Planungsunterlagen. Nun muß die DWK die Unterlagen nachreichen oder klagen.**

***

Die Juristerei um die WAA ist ein Ding für sich; kaum jemand steigt durch, und wenn's mal erklärt wird, hört keiner hin. Lassen wir das also. Schließen wir unser WAA-Sommerloch mit Merkwürdigkeiten am Rande.
Die **Jungen Liberalen** der FDP sind seit Mai 88 gegen die WAA. Die **Oberpfälzer Jäger**, von der BI angeschrieben, hingegen nicht. Sie halten die Verseuchung ihres Wildbrets für reine Panikmache. Die **Touristen** werden gegen die WAA sein, fürchtet eine Studie des Landratsamtes und errechnet 200 Mio. DM jährliche Verluste in diesem Bereich.
Dabei ist doch wirklich alles ganz anders. Die DWK hats nochmal erklärt, auf einem Entsorgungssymposium im Mai: **„Wiederaufarbeitung ist Recycling im besten Sinne."** Na also.

Anti-WAA-Erklärung von DDR-Gruppen der Offenen Arbeit und der Kirche von unten

Seit Jahren versucht die Atom-Mafia das WAAhnsinnsprojekt in der Oberpfalz mit totalitären Mitteln durchzudrücken. Weil wir dieses Projekt auch ablehnen, solidarisieren wir uns mit Eurem Widerstand gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage. Das breite soziale Spektrum der Anti-WAA-Bewegung macht deutlich, daß dieses Projekt von mehr und mehr Menschen bekämpft wird.
Die Zerstörungen durch Atomunfälle, Plutoniumerzeugung, schleichende Verseuchung durch AKW's und WAA's sind keine Naturkatastrophen, sondern von Verbrecherbanden kalkulierter Mord an den Wurzeln des Lebens. In diesem atomaren Teufels-Kreislauf ist Wackersdorf *das* Beispiel für den praktizierenden Atom-Staat.
Wir fordern:
- sofortiger weltweiter Ausstieg aus der zivilitärischen Atom-Nutzung
- sofortiger Baustopp für WAAckersdorf (nicht zuletzt wegen der militärischen Nutzbarkeit)
- Wiederherstellung eines Klimas zur gesellschaftlichen Entscheidungsfindung (gegen Beschnüffelung und Kriminalisierung wie durch die Terrorismusparagraphen; Berücksichtigung der über 880.000 Einzel-Einwendungen im Erörterungsverfahren).

Laßt Euch nicht von Strauß verTRETEN – selbst herrscht das Volk in seinen Räten.

Hirschluch, den 16. Juli 1988

Zum Herbsttreffen der Nach-Tschernobyl-Initiativen und der Atommüll-Standortkonferenzen

Programmablauf für den 4./5./6. November

Liebe Freundinnen und Freunde!
Am 10./11.9. fand die Vorbereitung für das Herbsttreffen der Nach-Tschernobyl-Initiativen und der Atommüll-Standortkonferenzen statt. Wir waren ca. 30 Leute aus dem gesamten Bundesgebiet. Es wurde für die Konferenz 4./5./6. November folgendes Programm beschlossen:

Freitag, 4.11.88
»Vom zivilisierten Ungehorsam zur praktischen Verantwortung«. Eine Veranstaltung der »Nürnberger Mütter gegen Atomkraft« mit Michael Kortländer vom IPF München. Wir wollen an diesem Abend über unseren Umgang mit Bedrohungssituationen aus psychologischer Sicht diskutieren, speziell im Hinblick auf die kommenden Atommülltransporte. Wir werden auch untersuchen, welchen Anteil Frauen in unserer Gesellschaft an der Erhaltung lebensbedrohender Technologien und Politik haben.
Ort: Heilig-Geist-Saal, Hans Sachs Platz
Zeit: 20.00 Uhr.
Die Vranstaltung ist öffentlich. An diesem Abend wird im Foyer des Saales die Zentrale für die Bettenvergabe und die Anmeldung sein.

Samstag, 5.11.88

8.30 Uhr	Beginn der Konferenz
9.00 Uhr	Begrüßung
9.30 Uhr bis 12.00 Uhr	Podiumsdiskussion. Thema: »Verhindern wir die Atommülltransporte!!« Eingeladen werden Eisenbahnergewerkschafter/innen, Hafenarbeiter, Ärzte/Ärztinnen von IPPNW, Dritte Welt Gruppen bzw. Gesellschaft für bedrohte Völker, Umweltschutzverbände

VertreterInnen der bundesweiten Atommülltransporte-AG sollen den Anfang machen und darstellen, warum wir gegen Atommülltransporte aktiv geworden sind (Gefahrenpotential, Entsorgungslüge). Wir wollen auch kurz skizzieren, welche Aktionen wir uns für die Zukunft vorstellen. Sollte es noch keine Castor-Transporte ins Wendland gegeben haben, nutzen wir die Konferenz zur Mobilisierung. Das Hauptanliegen der Veranstaltung ist, bündnispolitische Perspektiven abklären zu können und Einschätzungen dieser Gruppen zu den Atommülltransporten zu erfahren und diskutieren. An dieser Stelle geht es nicht um eine konkrete Aktionsplanung (die gehört in die AG), deshalb wollten wir die Presse (ausschließlich für die Dauer der Podiumsdiskussion!) zulassen. Fototermin ist in der Zeit von 9.30 bis 10.00 Uhr.

12.00 Uhr	Vorstellung und Einteilung der AG's

AG 1:Umgang mit Bedrohungssituationen. Kontakt: Barbara Geier-Häckh, 85 N 1, Lange Gasse 8, 0911/551141
AG 2: Wie politisch ist die Arbeit und die Wirkung eines unabhängigen Meßnetzes auf örtlicher und bundesweiter Ebene? Kontakt: Ingrid Gürtler, Fenitzerplatz 4, 85 N 20, 0911/538663
AG 3: Die Verharmlosung der Gefahr von radioaktiver Niedrigstrahlung. Kontakt: Ingrid Gürtler, s.o.
AG 4: Atommülltransporte. Kontakt: BUU Laden, Hohenesch, 2 HH.., 040/3906274 oder 040/3906167
AG 5: Verfassungswidrigkeiten der (friedl.) Nutzung der Atomenergie. Kontakt: Traute Kirsch, Buchholz, 0527/1377
AG 6: Militärische Nutzung der Atomenergie. Kontakt: RadiAktiv, Rotenburger Straße 106, 85 N 70
AG 7: WAA Widerstand. Kontakt: Regine Metz, München 60, Weinbergerstr. 35, 089/887893
AG 8: Kriminalisierung/Versammlungsverbote. Kontakt: Anti-Atombüro, Holzstr. 2, 8 München 50, 089/2608550 Mo/Do 16.-19.00 Uhr
AG 9: HTR Modul. Kontakt: BIU, Stephanusstr. 25, 3 Hannover
AG 10: Entsorgungspleite. Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Konrad e.V., Bleckenstedterstr. 24, 3920 Salzgitter-Bleckenstedt, 05341/67992
AG 11: Gift- und Atomtransporte in die Dritte Welt/Uranabbau. Kontakt: Renate Domnick, Hansaplatz 5, 2 HH 1, 040/243480
AG 12: Energie-Wende auf kommunaler Ebene. Kontakt: Ernst Hartmann, Rottendorferstr. 21, 8708 Gerbrunn, 0931/700858
Weitere Vorschläge: Nachbereitung IWF, Herbstaktionen WAA
Solltet Ihr ein Konzept für weitere AG's haben, schickt eine kurze Darstellung bis zum 30.9.88 und sagt, wer die AG leitet, an »Nürnberger Mütter gegen Atomkraft«, Kuno, Wurzelbauerstr. 35, 85 N 11, 0911/581011, Mo/Mi 9-11.00 Uhr.

13.00 Uhr	Essen
14.00 Uhr bis 18.00 Uhr	AG's
19.00 Uhr	Abendbrot
20.00 Uhr	Treffen der Verantwortlichen zur Auswertung der AG's
21.00 Uhr	Fest (zum Hotten...) in der »Desi«

Sonntag, 6.11.88

8.00 Uhr	Frühstück (Brote schmieren für die Fahrt!!)
9.00 Uhr	Pressegruppe darf schon mal arbeiten. Vorbereitung für den Nachmittag.
9.30 Uhr	Abschlußplenum
14.00 Uhr	Pressekonferenz

Für die gesamte Dauer der Konferenz steht uns die Jugendherberge in Nürnberg zur Verfügung! 85 N 1, Burg 1. Ü/F 17 Deutsche Mark.
Anmeldung: Ab sofort (und das möglichst bald und definitiv!). KUNO, Wurzelbauerstr. 35, 85 N 11, 0911/581011, Mo/Mi. Und denkt an Bettwäsche. Natürlich wird auch bei dieser Konferenz ein Tagungsgeld erhoben. Bei der Ankunft. Und diesmal bezahlt Ihr doch wohl alle, oder? Wie hoch es sein wird, steht noch nicht fest. Den Reader zur Konferenz gibt's denn auch erst bei Bezahlung des Tagungsgeldes.
Für die Vorbereitungsgruppe: Wolfgang Ehmke.

Geschirr, Kristall, Fliesen?

Klaus Stark

Getarnter Atomtransport bei Neckerwestheim blockiert:

Wer dem Lastzug am 19. Juli 88 auf seiner langen Autobahnfahrt von Hanau bis zur Ausfahrt Mundelsheim kurz hinter Heilbronn begegnete, der dachte sich sicherlich gar nichts dabei. *"Geschirr - Kristall - Fliesen - Sanitärkeramik"* stand auf der grauen Plane. Und darüber in grossen Buchstaben der Name des saarländischen Porzellanfabrikanten Villeroy und Boch. Nur dem Fachmann mochten die sechs weißen Schildchen hinten und seitlich auffallen.
Zwei Kilometer vor seinem Ziel, dem Atomkraftwerk Neckarwestheim, war an diesem Dienstag die Fahrt des geheimnisvollen, geheimen Transporters erst einmal zu Ende.
MitgliederInnen des Aktionsbündnisses "Strom ohne Atom" sprangen aus ihren Verstecken, stoppten den Laster mit einem quer über die Straße gespannten Transparent und setzten sich direkt vor die Motorhaube auf die Fahrbahn. Blitzschnell flogen die verhüllenden Planen nach oben — und da glänzten sie silbrig in der Nachmittagssonne, die Behälter mit den Symbolen der Hanauer Firma Reaktor-Brennelement-Union: Frische, unbestrahlte Brennelemente für den zweiten Neckerwestheim Reaktorblock, der noch diesen Herbst in Betrieb gehen soll. Offensichtlich, das konnte jede/r sehen, kein Keramik.

In den Tagen zuvor hatten die AtomgegnerInnen aus dem Stuttgarter, Tübinger, Heilbronner und Ludwigsburger Raum die verdächtigen Lastzüge mehrmals bis zu RBU nach Hanau verfolgt und dort auch das Einladen der Brennelemente fotografiert. Am Blockadetag funktionierte die generalstabsmäßig geplante Organisation dann her-

Klaus Stark

vorragend: AtomgegnerInnen registrierten die Abfahrt in Hanau, begleiteten den LKW auf den Autobahn, ließen ihn bis zur Blockadestelle nicht aus den Augen.
Selbst die massenhaft und wie üblich viel zu früh auf der Bildfläche erschienen Leute von Presse, Radio und Fernsehen erregten beim sonst so wachsamen Werkschutz und bei der Polizei keinen Verdacht. Arglos fuhr der LKW in die Falle. Fahrer und Beifahrerin hatten anscheinen Order, sich bei Behinderungen in der Fahrerkabine zu verschanzen und nur über Autotelefon Meldung zu machen. Da die Polizei recht spät eintraf, konnten die (nicht gesicherten) Planen problemlos hochgeschlagen und der wahre Inhalt enttarnt werden.
Als die Staatsgewalt sich tröpfchenweise einmischte, beschränkte die sich zunächst auf Verkehrsregelung. Es dauerte über zwei Stunden, bis sich die Polizei stark genug fühlte, um im Namen des umstrittenen Nötigungsparapraphen mit Räumung zu drohen. Soweit ließen es die BlockererInnen aber erst gar nicht kommen: Nach der zweiten Aufforderung, die *"unangemeldete Versammlung" auf dem Asphalt zu beenden, standen sie freiwillig auf und begleiteten den im ersten Gang gemächlich dahinzockelnden Laster mit ihren Transparenten zum Haupttor. Das kostete ihn noch einmal gut eine halbe Stunde.*
Die GKN-Betreiber wurden von der Aktion offensichtlich eiskalt überrascht. Jürgen Klooz, Leiter der GKN-Öffentlichkeitsarbeit, der eher zufällig, "wegen des Aufruhrs" vorbeikam, konnte zunächst weder zur Anzahl der Brennelemente, zur Häufigkeit der Transporte noch dazu, warum sie nicht offen erfolgen, Angaben machen.
Um so hektischer die Reaktionen in den Tagen danach: Pressesprecher Uwe Mundt trat im Lokalblatt, der "Heilbronner Stimme", eine üble Leserbriefkampagne los, in der von *"Wegelagerern"* und *"Straßenfallen"* die Rede war. Seine größte Sorge galt, sinnigerweise, den *"unbeteiligten Autofahrern"*, die *"zu Umwegen und damit zu Energiemehrverbrauch genötigt"* worden seien.
Und auch Hans-Hugo Braumann, bei Villeroy und Boch zuständig für Pressearbeit, zeigte sich von den Enthüllungen auf der Neckarwestheimer Landstraße äußerst peinlich berührt. Zwar könne seine Firma der verantwortlichen Spedition, mit der sie lediglich einen Werbevertrag abgeschlossen habe, nicht vorschreiben, was die in ihren Lastzügen befördere. Andererseits, meinte er, sei es natürlich auch nicht im Firmeninteresse, daß durch die Enttarnung der Porzellanhersteller, bei dessen Namen man an einen *"gedeckten Tisch"*, an ein *"frisches Bad"* denken solle, nun in die Nähe von *"Widerwärtigem und Ekelerregendem"* gerückt worden sei.

Klaus Stark

Näheres zu den Transporten

Etwa 5 - 6 Wochen lang (letzte Juni- bis erste Augustwoche) wurden werktäglich frische Brennelemente (insgesamt 193) für den Reaktorblock Neckarwestheim II angefahren. Dies geschah in hellblauen Lastzügen der Spedition Siegfried Schloter aus Mainaschaff bei Aschaffenburg — bis zur Blockade am 19.7.88 ohne Begleitung von Sicherheitsfahrzeugen und unter Planen mit der Aufschrift: *"Geschirr - Kristall - Fliesen - Sanitärkeramik"* und dem Firmennamen *"Villeroy & Boch"*.
Pro Ladung befanden sich in Laster und Anhänger insgesamt 8 (bei Reaktor-Brennelement-Union in Hanau hergestellte) Brennelemente in vier, etwa 6 Meter langen, silbrigglänzenden Stahlbehältern. Aufschriften z.B.:*"Fissile Radioactive Material, Typ A, Sicherheitsklasse II"*; *"Brutto: 3600 mx. kag, Tara: 1800 kg"*; *"RBU Nr. 3/019 Typ III"*; "Dieser Gegenstand ist auf nicht festhaftende Kontamination geprüft worden"
Der Lastzug war außen durch insgesamt 6 weiße, handtellergroße, leicht zu übersehende Schildchen mit dem bekannten Propellersymbol und dem englischen Wörtchen *"radioactive"* markiert. An den vier Behältern selbst steckten (durch Planen verdeckt) weiter Kennzeichnungen:*"Inhalt: Uran-235, Aktivität max. 2,54 Curie"*. Diese Schilder waren möglicherweise falsch, da sie gemäß "Sicherheitsklasse II" nur zwei, statt der tatsächlichen drei senkrechten roten Balken hätten aufweisen dürfen.
Üblicherweise fuhren die Transporte morgens gegen 8 Uhr (leer) von der Spedition Schloter in Mainaschaff nach Hanau zu RBU, wo das Beladen der Laster mit Brennelementen z.T. von außerhalb des Zauns aus beobachtet werden konnt. Gegen 13 Uhr verließen sie das Firmengelände und fuhren über die Autobahnen A 3 (bis Würzburg) und A 81 bis zur Abfahrt Mundelsheim bzw. Ilsfeld, von dort auf kürzestem Weg zum GKN. Ankunft etwa gegen 15.30 Uhr. Das Abladen der Brennelemente führte offensichtlich ein schwerer, fünfachsiger Autokran der Firma Wiesbauer durch. Regelmäßig nach Ankunft des Transports fuhr dieser Kran ins AKW ein und verließ es ca. zwei Stunden später wieder. Der Transport der Brennelemente in die Reaktorkuppel, mittels des großen Krans über der Materialschleuse, konnte jeweils von außen sehr gut eingesehen werden.
Am 20.7.88 erfolgten die Transporte unter neutralen Planen ohne Aufschrift und mit massiver Begleitung von (z.T. zivilen) Polizeifahrzeugen. Um mögliche Aktionen zu behindern, wurden dabei die Autobahnabfahrten willkürlich gewechselt (von der Ausfahrt Ilsfeld aus führt die Fahrtroute mitten durch die Ortschaften Ilsfeld und Neckarwestheim).

Auf Beobachtung vor dem AKW

Der Tip kam von Arbeitern aus dem GKN. Wir saßen schon zwei Wochen lang in Wechselschichten (auf'm / im VW-Bus) vorm Kraftwerk und schrieben alles auf, was wir durchs Fernglas sahen: Transporter, Werkschutz, Zugmaschinen. Eine richtige "Lastertypologie" hatten wir inzwischen entwickelt.

Freitag, kurz nach Feierabend, rauschte plötzlich ein PKW vor , hielt vor unserem Bus, der Beifahrer kurbelte die Scheibe runter. Und die Arbeiter im PKW sagten uns gschwind das, was wir selber mit unserem Sitzen, Gaffen und Aufschreiben nie rausgefunden hätten: Daß die Transporte, auf die wir warteten, schon lange liefen, an unserer Nase vorbei. Und daß sie noch vier Wochen andauerten, bis 8.8.88, sagten sie. In Villeroy - und - Boch - LKW's. Wir waren platt. Während unserer "Dauerpräsenz" (s.o.) hatten wir zwar sehr unterschiedliche Erfahrungen mit den Arbeitern gemacht. Aber daß "soviel drin ist", hätten wir kaum vermutet.
Relativ ansprechbar waren die jungen Typen in den mittleren Chargen. Konstrukteure, die sowas wie ein "ökologisches Gewissen" hatten, und ähnliche Kragenweiten kamen z.B. in ihrer Mittagspause vorbei, um kurz mit uns zu reden. Am besten drauf waren aber diejenigen, die als Leiharbeiter in GKN II arbeiteten. Ihnen fehlte dieses Facharbeiter-Ethos, die *"Ideologie der Partizipation"* (*"Atomfamilie"*) völlig.

Unter uns gab's, weil wir eine sehr heterogenen Gruppen waren, jeweils vor den Aktionen viel zu lange und zu wenig effiziente Diskussionen. Jedesmal waren wieder "neue Leute" dabei — mit neuen Vorstellungen. So stritten wir um unwichtige Punkte — während der Transport von RBU längst auf dem Weg war.

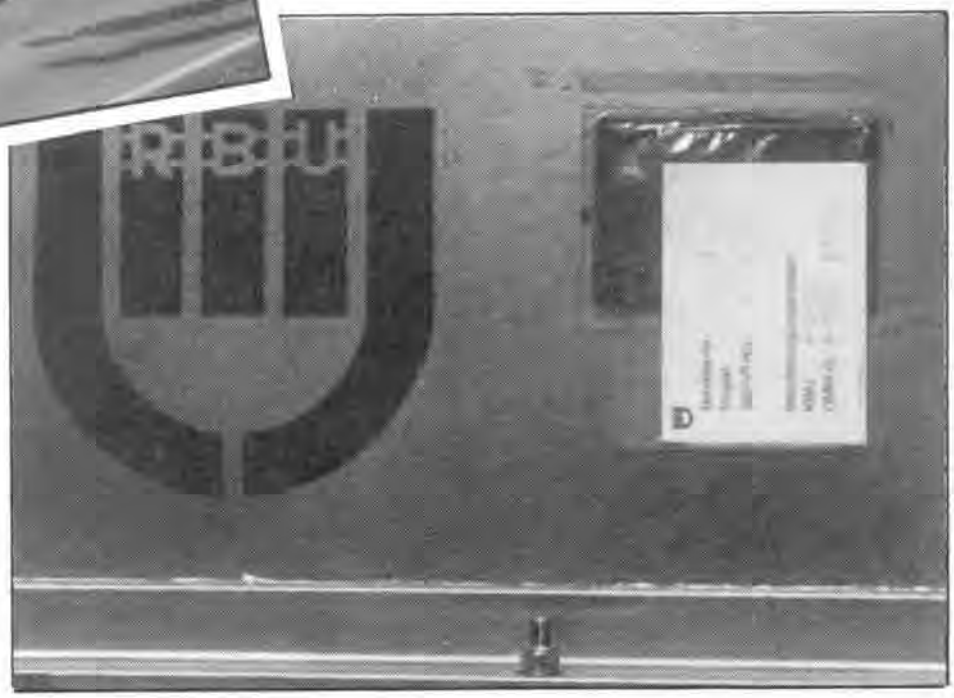
Unser Dilettantismus wurde dann offensichtlich, als wir unter erschwerten Bedingungen (s.o.) den Transport stoppen wollten. Einige wußten z.B. nicht, was sie tun sollten, hatten aber während der nervigen Diskussion vorher den Mund nicht aufgemacht (ihre Fragen wären wichtig gewesen!). Groteske Szenen, die uns noch plastisch vor Augen sind: Kochend vor Wut mußten wir zugucken, wie die Transporte einliefen. Wir lernen daraus!

Scharmützel am Rande: Am 28.8.88 wollten wir zusammen mit IUHLern in Hanau den BE-Transport am Firmengelände von RBZ abpas-

Für Edmund, der den Transport am 26.7. mit seinem PKW ausgebremst hat und daraufhin von der Polizei rücksichtslos aus dem Auto gezerrt und wegen Nötigung angezeigt wurde. Und für Tobias aus Tübingen. Der schrieb einen Leserbrief im "Schwäbischen Tagblatt", in dem er mehr oder weniger deutlich zu Blockadeaktionen aufrief. Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren.

Fazit: Die Aktion ist nur gelungen durch das Überraschungsmoment. Ein zweites Mal an gleicher Stelle ist sie nicht oder nur zu einem hohen Preis zu wiederholen. Muß ja so sein. Sobald sie eine ursprünglich schwache Stelle im System zur Front ausgebaut haben, haben wir keine Chance mehr.
Wenn wir aber unsere Logistik, unsere Phantasie und Spontanität und verbindlichere Strukturen in eine wechselseitige Beziehung zuein-

Klaus Stark



Wie es nach der Blockade weiterging

Der 19. Juli 88 war'n Tag für uns. Er hieß:*"Weitermachen. Jetzt ist alles möglich"*. Insgesamt viermal haben wir danach versucht, den Transport zum Stehen zu bringen. Aber es hat kein einziges Mal mehr funktioniert (und wir haben jedesmal lang gebraucht, um uns zu reproduzieren).'

Die Polizeipräsenz war ab dem 20.7. beachtlich. Spätestens ab 15 Uhr (um halb vier liefen die Transporte immer ein) konnte im großen Umkreis niemand mehr unbemerkt oder ohne Personenkontrolle herumlaufen. Keines unserer Fahrzeuge hatte mehr eine Chance: Fahrzeug- und Personenkontrolle, Warndreieck? Verbandkasten? pi? pa? po?, es dauerte ewig.

startenden Jeep (Werkschutz/Degussa) auf die Kühlerhaube genommen und 20 Meter mitgeschleift. Was der Degussa-Sprecherin Jurenda am wichtigsten war:*"Der Werkschutzmann war nicht im Dienst, es ist Privatsache des Angestellten"*.

Für zwei Aktivisten haben die Aktionen in Neckarwestheim strafrechtliche Konsequenzen.

ander stellen, dann sind wir die richtige tödliche Mischung für die Bestie, die wir bekämpfen.
Aus symbolischen Protesten und "bloß schönen" Aktionen muß effizienter Widerstand werden.

Julie und Klaus

Nun wird's ernst:

Atomschiff Sigyn lädt in Ostfriesland!

Die Sigyn hatte mit Kurs BRD in Schweden abgelegt, der Alarm war ausgelöst, AKW und Hafen rund um die Uhr bewacht — dann winkte die niedersächsische Landesregierung Anfang Juni 88 ab.

"Wir möchten die Brennelemente nicht hier haben", so ein Regierungssprecher. Eine Umschlaggenehmigung werde für den Hafen Emden nicht erteilt, da gebe es *"erhebliche Vorbehalte"*. Wie in BI-Kreisen geargwöhnt, waren die Verlautbarungen der Landesregierung ein taktisches Manöver, um die frsichgekührte schleswig-holsteinische Landesregierung zum Offenbarungseid gegenüber der Atomgemeinde zu zwingen. Als absehbar war, daß Kiel so kurz nach Hanau-Affäre und Wahl das Versprechen an die BürgerInnen — keine MOX-Transporte über den Hafen Lübeck — nicht über Bord werfen würde, wurden Strauß und Töpfer bei Albrecht vorstellig: Die Landesregierung solle sich nicht so zieren und den Weg für eine Verschiffung der noch ausstehenden Mischoxid-(MOX)Brennelement-Transporte nach Schweden freimachen.

Niedersachsen nutzte die Sommerpause, um im Kabinett ohne größeres öffentliches Aufsehen zu beschließen, *"den Umschlag* (der abgebrannten Brennelemente) *über niedersächsische Häfen zu gestatten"*. Als mögliche Umschlagplätze wurden dabei neben dem Hafen Emden Wilhelmshaven, Cuxhaven und die militärisch genutzten Anlagen in Nordenham in Betracht gezogen. Vor Erteilung einer Genehmigung müsse aus *"hafenspezifischer und polizeilicher Sicht"* geprüft werden, welcher Hafen sich am besten eigne. Vorgelegt wurden bislang Gutachten der Bezirksregierung Oldenburg, die sich allein mit polizeilichen Gesichtspunkten der Häfen Emden und Wilhelmshaven beschäftigen, sprich mit der Frage, wo die Transporte am besten gegen *"Störer"* gesichert werden können. Nach Punkten vorne liegt Wilhelmshaven, da hier die Schleuse im Gegensatz zu Emden nicht besetzt werden kann. Emden hat noch einen weiteren Nachteil aufzuweisen — die Bahnstrecke zwischen Leer und Emden ist lediglich eingleisig und damit leicht zu blockieren. Aus Nordenham war die Anfrage der Landesregierung bereits vorher eine Absage erteilt worden: In dem zum Stinnes-Konzern gehörenden Privathafen fehlen *"die technischen Voraussetzungen"*.

Ruchbar war die MOX-Verschiffung über Ostfriesland geworden, als im Mai d.J. die VEBA-Tochter Emder Verkehrsgesellschaft (EVAG) die Verschiffung der Brennelemente nach Schweden bei der Bezirksregierung beantragte.

Parallel dazu wrude bekannt, daß bei der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) ein Antrag der GNS für den Transport vorlag und im AKW Kahl drei beladene Bundesbahnwaggons abfahrbereit auf den Gleisen standen.

Der erste MOX-Transport über — welchen ostfriesischen Hafen auch immer — ist für Ende September/Anfang Oktober zu erwarten, mindestens vier weitere werden folgen.

Sollte es in der von Arbeitslosigkeit gebeutelten Region und überregional nicht gelingen für die ersten Transporte einen breiten Widerstand zu organisieren, dürfte die Atommafia einen neuen Atommüllhafen haben. Denn für Emden droht darüberhinaus die Verschiffung aller Atommülltransporte zur Wiederaufarbeitung in Sellafield / Windscale.

Neben den Transporten nach Schweden hat die GNS den Transport abgebrannter Brennelemente nach Großbritannien beantragt. Im Frühjahr nächsten Jahres wird in Emden die erste bundesdeutsche Eisenbahn-Güterfähre nach England eingerichtet. Ohne das riskante Umladen mit schweren Kränen könnten die Castor-Behälter über die roll on — roll off-Anlage der Cuxhavener Elbe-Humber-Roline (EHRO) auf DB-Güterwaggons direkt vom Gleis auf das Schiff rollen. Der Zielhafen der Fähre, Immingham, verfügt über direkte Gleis- und Straßenverbindung zur WAA Sellafield. Die EHRO verfügt bereits über Erfahrungen mit Atomtransporten. Sie hat mehrfach Uranhexafluorid über Cuxhaven verschifft.

Am 7.1.88 erteilte die PTB ihr die Genehmigung zum Umschlag von *"Atommaterial auf dem Seewege"*, Antragsteller war seinerzeit die RBU Hanau.

Kontaktadresse in Emden:

Gisela Khan, Heinrich-Nanningstr. 40, 2970 Emden

Atomminister präsentiert Handgetöpfertes:

Genehmigung für Brennelementeeinlagerung erteilt!

Anläßlich der Jahrestagung Kerntechnik gab die Atomlobby Töpfer ihre Beschwerden mit auf den Weg. Der Bund habe *»im Jahre 1975 die gesetzliche Verpflichtung übernommen«* ein Entsorgungskonzept zu verwirklichen. *»Heute schreiben wir das Jahr 1988, und das einzige, was seither verwirklicht wurde, ist die Schließung der Asse aus pseudojuristischen Gründen.«* (atw 6/88)

Nun will Töpfer der Atomgemeinde Vollzug zumindest für die »nationale Entsorgung« abgebrannter Brennelemente melden. Fünf Jahre nach der Fertigstellung des Zwischenlagers Gorleben ordnete die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) nach einem Besuch Töpfers Anfang September die *»sofortige Vollziehung der Aufbewahrungsgenehmigung für 1.500 t abgebrannter Brennelemente«* an. Begründet wird der Sofortvollzug mit dem politischen Willen der Regierung, den Interessen der Betreiberfirma BLG und der Energieversorgungsunternehmen. Folge der Anordnung ist, daß ab sofort hochradioaktive Brennstäbe ins Zwischenlager Gorleben rollen können.

Schon einmal waren abgebrannte Brennelemente in Castor-Behältern auf dem Weg nach Gorleben gewesen. Ende Januar 1985 hatte die PTB auf Antrag der Betreiber des AKW Stade die sofortige Vollziehung der Einlagerung angeordnet. 12 Brennelemente in drei Behältern wurden von Stade auf die Reise geschickt. Während sich der Transport auf der Autobahn befand, erreichten Kläger aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg vor dem OVG Lüneburg die Aufhebung des Sorfortvollzuges — die Brennelemente mußten ins Kernforschungszentrum Karlsruhe umgeleitet werden.

Das wegweisende und überraschende Urteil dafür, daß mehr als 3 Jahre nach der ersten Antragstellung für die Einlagerung das Zwischenlager noch immer leer steht, hatte im März 1985 das Verwaltungsgericht (VG) Stade gesprochen. Die Stader Kammer stellte zum einen fest, daß es für die externe (außerhalb von Kraftwerken durchgeführte) Zwischenlagerung gar keine Rechtsgrundlage gibt.

Es forderte in seinem Urteil eine »spezialgesetzliche Regelung für die Errichtung und für den Betrieb des Zwischenlagers«.

In der 4. Novelle zum Atomgesetz 1976 waren für die Entsorgung die §§ 9a-c eingeführt worden. Das Lager in Gorleben war aber nach § 6 Atomgesetz (ATG) genehmigt worden. Dieser Paragraph regelt die Aufbewahrung von Kernbrennstoffen, war aber eindeutig auf nicht bestrahlte Kernbrennstoffe bezogen. Im Gegensatz zu § 9 ATG schreibt § 6 keine Öffentlichkeitsbeteiligung vor — was man für das Zwischenlager Gorleben eben auch vermeiden wollte. Darüberhinaus bezweifelte das Gericht, »ob zum Ende des Einlagerungszeitraumes tatsächlich eine WAA oder ein Endlager realisiert werden können« — sprich ob mit Ablauf der Aufbewahrungsgenehmigung im Jahre 2023 die »Entsorgung« des Zwischenlagers gewährleistet ist oder ob es zum oberirdischen Endlager wird. Als casus knacksus stellt sich jetzt die dritte Anmerkung des VG heraus. Es stellte seinerzeit fest, daß keine Schadensvorsorge nach dem neue-

Dieses Foto und die Bilder auf den folgenden zwei Seiten sind von PAN Foto.
Am 21.1.88 blockierten rund 100 Landwirte aus der Gegend um Gorleben das Zwischenlager für Atommüll mit über 30 Treckern. Sie verlangten Auskunft darüber, was mit den aufgeblähten Fässern in der Lagerhalle geschehen soll. Die Fässer sind von der Staatsanwaltschaft Lüneburg beschlagnahmt (Trans-Nuklear-Skandal).

sten Stand von Wissenschaft und Technik getroffen sei und monierte, daß für undichte oder anderweitige defekte Castor-Behälter keine Reperaturmöglichkeit vorgesehen sei.

Nach wie vor gültig sind alle drei Teile der Urteilsbegründung. Lediglich dem letzten Punkt, der fehlenden Reperaturmöglichkeit, will Töpfer jetzt mit billiger Täuschung abhelfen. Da bis zur Fertigstellung der geplanten Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben keine »Heiße Zelle« für die Behebung von Störfällen bei Castor-Behältern vorhanden ist, sollen die undichten oder möglicherweise sogar kritisch gewordenen Behälter quer durch die BRD zu den Lieferanten-AKW's zurückgekarrt werden.

Vor der versammelten Atomgemeinde auf der Jahrestagung in Travemünde hatte Töpfer zugesagt, den Sofortvollzug zu erteilen, wenn für die Hälfte der AKW's der Antrag auf Rücknahme defekter Castor-Behälter gestellt sei, die anscheinend dann vor Ort repariert werden sollten. Töpfer bekniete die anwesenden Atomis, diese Anträge unverzüglich zu stellen. Voraussetzung für derartige Reparaturen an den Behältern mit den heißen, stark strahlenden Brennelementen ist jedoch eine »heiße Zelle«, über die z.Z. nur das AKW Stade in seinem Zwischenlager verfügt. Töpfers Sprachrohr Meister nannte der »TAZ« jedoch 13 AKW's, die angeblich über die Reparaturgenehmigung verfügen. In den entsprechenden AKW's selbst war davon jedoch nichts bekannt. Ein Sprecher des REW erklärte, die Behälter könnten in *»jeder kerntechnischen Anlage repariert werden«*, gesonderte Anträge oder Genehmigungen seien dazu nicht nötig, diese seien in den Betriebgenehmigungen enthalten! Im vom Meister genannten AKW Phillipsburg war weder von einem entsprechenden Antrag noch der angeblich vorliegenden Genehmigung etwas bekannt.

Ein Sprecher des bayrischen Umweltministeriums erklärte der TAZ völlig ratlos, derartige Anträge seien in seinem Ministerium nie bearbeitet worden. Castor-Reparaturen in AKW's halte er darüberhinaus für völlig ausgeschlossen, dies gehe nur den Hersteller etwas an. (TAZ v. 8.9.88). Verwirrung also allerortens über Töpfers vollmundige Genehmigungsakrobatik. Daß sich in der Bundesregierung niemand für den Verbleib störfallgeschädigter Castors interessiert, zeigt die »Nebenbestimmung 24« der PTB-Genehmigung, die die externe Reparaturmöglichkeit fordert. Festgestellt wird einerseits, die Forderung könne *»derzeit nur von einem Kernkraftwerk mit externem Zwischenlagerbedarf eingehalten werden«*, gemeint ist das AKW Stade. Weiterhin wird festgelegt, daß die *»Nebenbestimmung 24 genehmigungsrechtlich von der Mehrzahl der AKW's erfüllt«* werde — um eine Lösung des Rätsels sollte mensch sich gar nicht erst bemühen.

Die BI Lüchow-Dannenberg hat zunächst Rechtsmittel gegen den Sofortvollzug eingelegt und Widerstand auf der Straße angekündigt. Die Entscheidung des Gerichtes, die Ende September/Anfang Oktober erwartet wird, will auch die PTB abwarten, ehe sie die Brennelemente auf die Reise schickt.

Doch die Chancen, daß die Trecker zunächst noch im Hof bleiben können, stehen nicht schlecht. Die Atomgemeinde hat sich momentan mit Anträgen und Genehmigungen vergaloppiert, aus dem vorgesehenen großen Wurf der Mafia könnte vor Gericht ein kleiner Schmiß nach hinten werden. Der PTB für die Einlagerung der Castor-Behälter gilt für die gesamte Kapazität des Zwischenlagers, ca. 1.500 t. Gleichzeitig hat die PTB einen Antrag auf Einlagerung hochradioaktiver Glaskokillen in eben jenem Lager angenommen und positiven Entscheid signalisiert. Die in den Glaskokillen eingeschlossenen hochradioaktiven Abfälle sind bei der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher Brennelemente im franz. La Hague angefallen und werden ab 1993 in die BRD zurückgeliefert. Bislang gibt es dafür noch keinen genehmigten Lagerort. Aus internen Dokumenten der DWK geht hervor, daß 4/5 des Zwischenlagers, 1.200 t, für die Zwischenlagerung von HTR-Brennelementen und Glaskokillen benötigt wird. Nun sollen die Glaskokillen nicht zusätzlich zu den Castor-Behältern eingelagert werden. Der Weg wird vielmehr folgender sein: Man genehmigt zunächst die Einlagerung der abgebrannten Brennelemente — begründet mit Entsorgungsproblemen — und stellt dann zügig die Stellplätze für die intern vorgesehenen 300 t voll. Anschließend wird für die Einlagerung der Glaskokillen grünes Licht gegeben. Zuständig soll hierfür auch der Allroundparagraph 6 ATG sein (zur Erinnerung: zuständig für die Lagerung von Kernbrennstoffen) — obwohl selbst die PTB Probleme sieht, zu erklären, in welcher Form die endlagerfähig konditionierten Kokillen noch zu Brennstoff recykelt werden sollen. Doch wie gehabt, man möchte beim behördeninternen Genehmigungsverfahren bleiben und die BürgerInnen draußen lassen. Sollte die von der vorliegenden Genehmigung abweichende Strahlenbelastung und die Änderung des radioaktiven Inventars durch die geänderte Nutzung des Zwischenlagers vor Gericht nicht sauber durchgehen, kann man nach Schaffung vollendeter Tatsachen dann ein neues Genehmigungsverfahren für die übrigen 1.200 t riskieren.

Soweit die Spekulationen der Atomgemeinde. Doch wie immer wird der Kampf nicht isoliert im Gerichtssaal entschieden, bedeutsam dürfte allemal sein, was sich jetzt auf Lüchow-Dannenbergs Straßen tut.

... mehr als die Summe der Teile

Bis vor kurzem schienen die Strukturen weitgehend tot: die Ortsgruppen, ehemals die Standbeine der BI Lüchow-Dannenberg, hatten ihre Arbeit bis auf wenige Aktivitäten eingestellt. Der Erweiterte Vorstand blieb zwar arbeitsfähig, aber: was tun mit karteigeführten Mitgliedern, die zwar gelegentlich beteuern, daß sie schon "da" sein würden, wenn es drauf ankäme, die aber sonst kaum ansprechbar sind.

Unter diesen Voraussetzungen war die Idee, 300 Lüchow-DannenbergerInnen und mehr für die öffentliche Ankündigung einer Straftat gewinnen zu wollen, weiß Gott ein Wagnis!

Aber die Schwäche des Konzeptes, die Aktion öffentlich zu diskutieren und anzukündigen, hat sich inzwischen wie erhofft als seine Stärke erwiesen: Von den vielen Lüchow-DannenberInnen, die die Situation während der Wendlandblockade und am Tag X als zu anonym und unübersichtlich empfunden hatten und damals mit ihrer Wut im Bauch allein blieben, sind inzwischen eine ganze Reihe wieder "in die Puschen" gekommen.

Auf zwei großen Treffen innerhalb von drei Wochen diskutierten jeweils über hundert Menschen das vorgeschlagenen Konzept. Dreihundert und mehr Leute haben jetzt öffentlich mit ihrer Unterschrift bekundet, daß sie sich kommenden CASTOR-Transporten in den Weg stellen werden. Die "Mund zu Mund" — wiederbelebten Ortsgruppen, die Initiative 60 (die "Grauen Panther des Widerstandes"), die Bäuerliche Notgemeinschaft und eine Frauen-Gruppe treffen sich seitdem regelmäßig und bereiten die Aktion vor. Andere politische Gruppen und Verbände diskutieren die Form ihrer Beteiligung.

Hatte für die BI anfangs im Vordergrund gestanden, die Idee bekannt zu machen und genügend Unterschriften für einen öffentlichkeitswirksamen Start zu gewinnen, so richtet sich im Moment alle Kraft auf die Arbeit in und mit den Gruppen: Jede/r Teilnehmer/in, jede Gruppe soll sich sicher sein, das er/sie selbst und die anderen dasselbe wollen. Als Ziel ganz easy formuliert, erfordert es in der Praxis aber eine neue Runde an Gesprächen und Diskussionen.

Die BI setzt darauf, die Basis des Widerstandes wieder zu verbreitern. Auch wenn das nur zentimeterweise geschieht, so haben doch alle Aktiven den Eindruck, daß sich etwas bewegt — daß in den letzten Wochen aus dem "eingetragen Verein" wieder ein Stück "Bewegung" geworden ist.

Wie weit die Kraft reichen wird?

Die 300-Leute-Aktion wurde bewußt vom Landkreis für den Landkreis geplant. Das das nicht der einzige Widerstand gegen die CASTOR-Transporte sein kann und darf, ist allen Beteiligten selbstverständlich. Die Kraft, etwas zu verhindern, war schon immer die Kraft aller. Und das Ganze war schon immer mehr als die Summe der Teile.

Peter Bauhaus (Pressesprecher BI Lüchow-Dannenberg)

BI stellt Antrag auf Aufhebung des Castor-Sofortvollzuges

Presseerklärung vom 8. September 88:

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. hat am Donnerstag durch ihren Anwalt Reiner Geulen/Berlin beim Verwaltungsgericht Stade, Kammer Lüneburg, einen Antrag auf Aufhebung der sofortigen Vollziehbarkeit gestellt. Damit soll die aufschiebende Wirkung eines früheren BI-Einspruchs gegen die 1983 erteilte CASTOR-Einlagerungsgenehmigung wieder hergestellt werden.

Die Möglichkeiten, die Einlagerung von hochradioaktiven Müll juristisch zu verhindern, beurteilt die Bürgerinitiative aber skeptisch. Viele Gerichtsentscheidungen der Vergangenheit haben bewiesen, daß der von Politik und Atomindustrie beschworene "Entsorgungsnotstand" bestehendes Recht für seine Zwecke zurechtbiegen konnte.

Nach wie vor gibt es keine Entsorgung!

Es gibt nur den täglichen Aufschub der nächsten Katastrophe. In Gorleben sollen die ungelösten Probleme der Atompolitik hinter Grünanlagen versteckt werden, radioaktives Material, das ganz Europa unbewohnbar machen kann, soll unser nächster Nachbar werden. Und Politiker und Atomindustrie raten uns, wegzusehen und die tödliche Gefahr zu vergessen.

Wir stellen uns quer!

Wir werden uns der Diktatur des sogenannten Restrisikos nicht unterwerfen! Wir nehmen unser Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in Anspruch und verweigern dem Atomstaat den Gehorsam!

Nach den Katastrophen der Vergangenheit ist es höchste Zeit für einen mutigen, entschiedenen Schritt:

Wenn die CASTOR-Transporte nach Lüchow-Dannenberg rollen, werden wir uns ihnen gemeinsam mit anderen Gruppen der Region in den Weg stellen.

Wir kündigen unseren Widerstand öffentlich an, wir planen ihn in aller Öffentlichkeit und wir hoffen auf den Schutz der Öffentlichkeit!

Wir wissen uns im Recht!

Der nachfolgende Aufruf-Text ist die Grundlage für das von der BI Lüchow-Dannenberg entworfene "300 - Leute - Konzept" und soll als Anzeige in der örtlichen Elbe-Jeetzel-Zeitung erscheinen.

Dokument:

Castor — Die hochradioaktive Gefahr

Es gibt keine Entsorgung.
Es gibt nur den täglichen Aufschub der nächsten Katastrope. Das Castor-Zwischenlager gaukelt Entsorgung vor: die tödliche Gefahr soll hinter Grünanlagen verschwinden. Radioaktives Material, das ganz Europa unbewohnbar machen kann, soll unser nächster Nachbar werden. Und Politiker und Atomindustrie raten uns, nicht hinzusehen und zu vergessen. Aber die Luft, die zur Kühlung durch die Lagerhallen geführt wird, ist unsere Atemluft! Und wir alle haben erfahren, daß Mensch und Technik versagen können!
Wir werden uns der Diktatur des Restrisikos nicht unterworfen!
Wir wollen die nächste Katastrophe nicht abwarten. Wir nehmen unser Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in Ansprech und verweigern dem Atomstaat den Gehorsam. Wir werden dem Beispiel der Bürger von Lübeck folgen; Wir werden den Atommüll nicht durchlassen!

Wir stellen uns quer!

Unter diesem Motto hat eine Gruppe von Lüchow-Dannenbergern ein Konzept erarbeitet, das die CASTOR-Transporte und die Einlagerung von hoch-radioaktivem Müll verhindern wird. Damit am Tag des Transportes niemand mit seinem Mut oder mit seiner Angst alleine dasteht, soll die geplante Aktion nur dann stattfinden, wenn sich wenigstens 300 Leute daran beteiligen. Alle Teilnehmer haben das Konzept gemeinsam diskutiert und ihre "Mittäterschaft" verbindlich zugesagt. Dann weiß jeder genau, was der Einzelne und was alle gemeinsam tun werden. Wir wissen das moralische Recht auf unserer Seite. Deshalb haben wir die Aktion in aller Öffentlichkeit diskutiert. Wir werden sie offen vorbereiten und durchführen — das vermeidet Mißverständnisse und gibt uns den Schutz der Öffentlichkeit.

Das 300 - Leute - Konzept

Dreihundert ist die Mindestzahl der "Mittäter" — je mehr wir werden desto besser!
Nach Bekanntwerden eines bevorstehenden Transports wird Alarm ausgelöst — so frühzeitig, daß jede/r Teilnehmer/in ungehindert zum vereinbarten Treffpunkt gelangen kann. Alle Teilnehmer/innen haben Sitzgelegenheiten, Decken und Verpflegung mitgebracht und richten sich auf der Straße ein. Eine Umleitung sorgt dafür, daß der Normalverkehr ungehindert weiterfließen kann — für den Castor ist ein Durchkommen ohne polizeiliche Methoden unmöglich. Parallel zur Aktion werden die Öffentlichkeit und die Medien verständigt. Ein Kultur-Programm sorgt dafür, daß die ernste Sache nicht trostlos wird.
Jede Freu, jeder Mann — alle, die mit uns einer Meinung sind, daß es höchste Zeit ist für einen mutigen entschiedenen Schritt, sollten sich anschließen. Wir wollen uns die Zeit nehmen, mit jeder/m ausführlich zu reden — auch über unsere Ängste. Teil des Konzepts ist es, die Angst gemeinsam zu überwinden! Auch UnterstützerInnenwerden gebraucht für die Versorgung, das Verteilen von Flugblättern usw..
Achten Sie auf Anzeigen der örtlichen Castor-Gruppen. (...)

Endlager

Käpt'n Nuß

Staatsanwaltschaft: Das Todesopfer ist der Täter

Bei dem Unglück waren ein Bergmann getötet und fünf weitere verletzt worden, als ein von ihnen montierter Stützring den Druck des unterirdischen Gesteins nicht mehr standhielt. Dieser Stützring wurde in panikartiker Eile von der DBE in den Schacht eingesetzt, nachdem literweise Wasser und Schlamm eingebrochen waren und sich die Schachtwand um mehrere Zentimeter verschob.

Ausgerechnet der Bergmann, der am 17. Mai 1987 bei den Arbeiten im Endlagerschacht Gorleben von einem Stützring erschlagen worden war, soll durch das Weglassen einer Innenschweißnaht seinen Tod selbst verschuldet haben.

Zu diesem Ergebnis gelangte die Lüneburger Staatsanwaltschaft, in ihrem Zwischenbericht zum eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung (durch die BI Lüchw-Dannenberg beantragt worden). Damit scheint das gegen die Aufsichtsbehörde, dem Celler Bergamt und die Deutsche Gesellschaft für Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), laufende Verfahren kurz vor seiner Einstellung stehen.

Das Fazit der Lüneburger Staatsanwaltschaft lautet: Der Stützringeinbau hätte bei ordnungsgemäßer Ausführung nach der Konstrukionszeichnung nicht versagt. Die Ringe hätten sich vielmehr den auf sie einwirkenden Belastungen entsprechend plastisch verformt und wären in der Lage gewesen, hohe Kräfte zu tragen, teilte die Staatsanwaltschaft mit. *"Daß der herabgefallenen Stützring Nr. 20 sich nicht wie erwartet verformt hat, sondern gebrochen ist, lag an einer fehlerfaht ausgeführten Segmentverbindung"*, ermittelte die Behörde.

Weiter heißt es in der Mitteilung der Staatsanwaltschaft: *"Im Gegensatz zur Konstruktionszeichnung und zur werkseitigen Anbringung der Kopfplatte durch Rundumverschweißung wurde auf Anweisung des bei dem Unglück verletzten Maschinenobersteigers bei den (meisten) Paßstellen die Kopfplatte nur außen herum geschweißt"*.

Als *"unfaßbar und den Tatsachen nicht angemessen"*, sowie *"hanebüchen an den Interessen der Atomindustrie orientiert"* bezeichnete Hannes Kempmann (MdL/Grüne) die Erklärung der Lüneburger Staatsanwaltschaft. Hannes Kempmann weiter: *"Was kann es für die Atomindustrie und ihre Helfer in der Landesregierung Praktischeres geben, als wenn der einzige, der sich nicht mehr wehren kann, das Todesopfer selbst, schuld an diesem Unfall ist?"*

Ergebnis der Anhörung im Mai in Hannover war — so daß Fazit der Grünen — daß die geologischen Verhältnisse falsch beurteilt und wichtige Untersuchungen, die Aufschluß über die Festigkeit des Gesteins geben konnten, nicht durchgeführt worden waren.

Nach dem Unglück hatte die BI Lüchow-Dannenberg umfangreiche interne Dokumente der DBE vorgelegt, aus denen hervorging, daß eine falsche Einschätzung der geologischen Bedingungen zu dem Unglück führte. Schon 1982 hat der Bochumer Professor Jessberger festgestellt, daß der für die Bohrungen künstlich tief gefrorene Schacht nicht die notwendigen Gefriertemperaturen aufwies. Salzhaltige warme Wassermassen hatten offenbar für gefährliche Erd- und Gesteinsbewegungen gesorgt.

Am Unglückstag ging der DBE ein erneutes Gutachten mit ähnlichen Warnungen zu, das die Firma jedoch füglich unter Verschluß hielt. Auch eine im August 1987 einberufene zweitägige Experten-Sitzung des nieders. Umweltauschusses kam mehrheitlich zu dem Schluß, daß das Unglück hätte verhindert werden können, wenn die verantwortlichen auf die Gutachten gehört und die Arbeiten im Gorlebener Schacht gestoppt hätten.

Daß jedoch das Endlager zügig weitergebaut wird, dokumentiert die Arbeitsgemeinschaft Schächte Gorleben (ASG) im Juli 88 durch die Bestellung von neuen Profilringen, die Schacht I beim Weiterteufen die nötige Festigkeit gegen die ungleichförmigen, starken Drücke im unteren tertiären Ton und — das ist neu — auch im Gipshut verleihen sollen.

Ursprünglich war geplant gewesen, diese Bestellung erst dann aufzugeben, wenn das Bergamt Celle die Betriebspläne für das Weiterteufen zugelassen hat. Doch die (voraussichtlich) abgeschlossenen Erörterungen zwischen Antragstellern und dem Bergamt haben bei der DBE den Eindruck erweckt, daß das geplante Ausbaukonzept wie vorgelegt genehmigt werden dürfte.

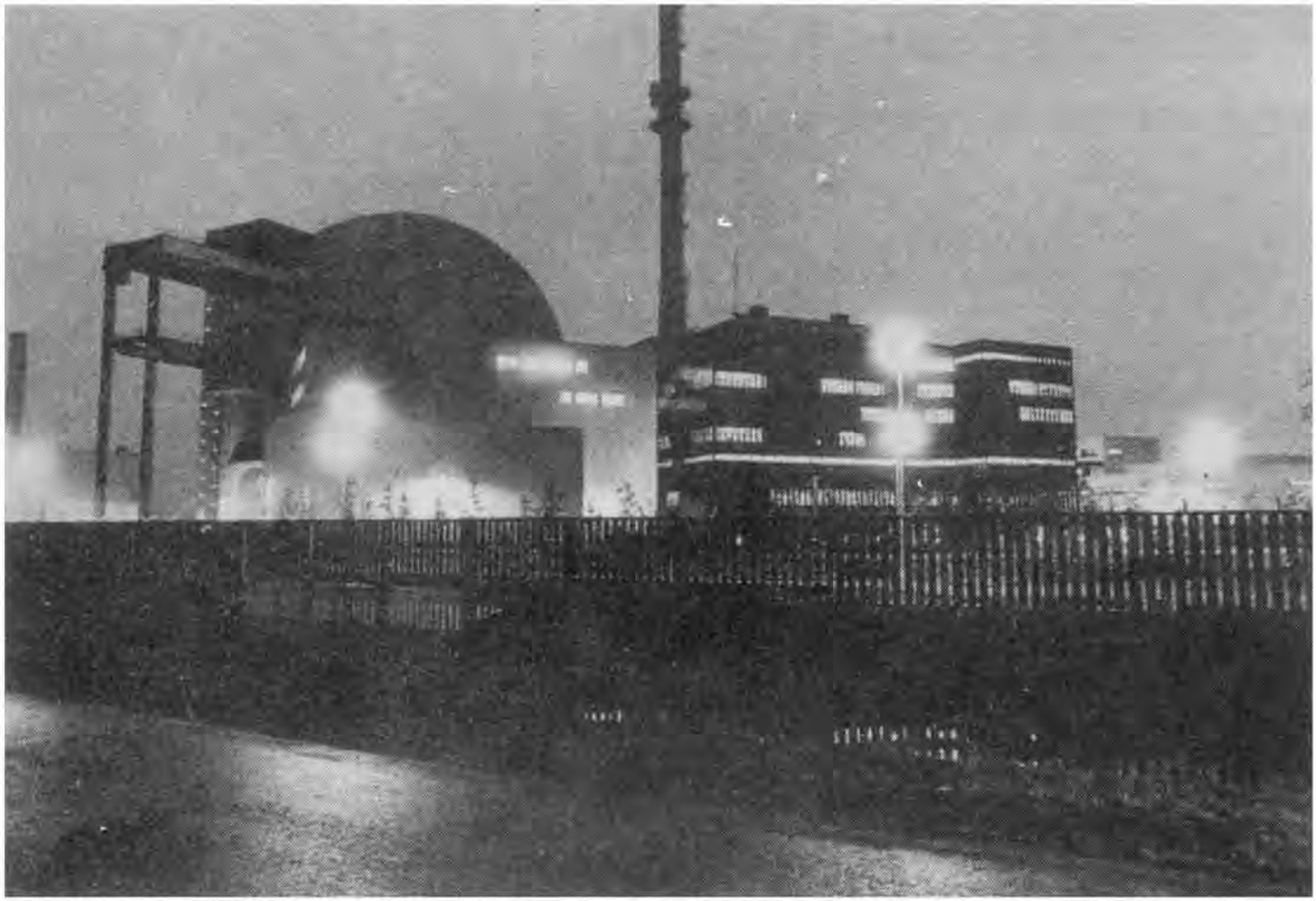
Und mit Zustimmung der Physikalisch - Technischen - Bundesanstalt (PTB) in der Hinterhand signalisierte die DBE der ASG: Ihr dürft bestellen.

"Zulassungshöffig" heißt die neue Vokabel, die die Erwartungen der DBE in den erwarteten Bescheid des Bergamtes zu den Betriebsplänen beschreibt.

Neuanfang im Brokdorf- Widerstand?

Brokdorf sorgt wieder für Wirbel. Den ganzen Juli stand der Atomreaktor still. Die Brennelemente wurden gewechselt. Am 16. August 88 war die Ruhe vorbei. Die Entscheidung des schleswig-holsteinische Atomministers Jansen, dem AKW die Betriebsgenehmigung nach dem Wechsel der Brennelemente nicht zu erteilen, sorgte für Schlagzeilen.
10 Tage später war alles vorbei. Brokdorf lief wieder. Der Streit und die Diskussion allerdings, begann erst.
Jan Hinrichsen, Brokdorf-Kläger, hatte die schleswig-holsteinische Landesregierung bereits im Juli aufgefordert, den Wechsel der Brennelemente im Atommeiler Brokdorf für eine Verweigerung der Wiederinbetriebnahme zu nutzen. Hinrichsen dachte dabei allerdings an eine ernsthafte Stillegung mit allen gewichtigen Argumenten, die dafür zur Verfügung stehen. Die Enttäuschung muß groß sein. Wir versuchen eine Einschätzung zum "Manöver des Atomministers Jansen".
Erfahrungen mit Jansen haben mittlerweile auch die Brokdorf -BlockiererInnen sammeln können. Sie, die seit über 2 Jahren beharrlich an jedem 6. im Monat die Zufahrten zum AKW blockieren, wurden von ihm aufgefordert ihre Aktionen einzustellen. Große Enttäuschung auch hier.
Desweiteren drucken wir in gekürzter Fassung die Stellungnahme von Erika Romberg (energiepolitische Sprecherin der GAL-Frauenfraktion) zum DIW-Ausstiegsgutachten ab. Erika Romberg analysiert das vom Hamburger Senat in Auftrag gegebene Gutachten und jüngste Paradebeispiel sozialdemokratischer Gutachterpolitik detailliert und fachlich kompetent als "Gefälligkeitsstudie für die HEW".
In Sachen Brokdorf kommt es zur nächsten Probe aufs Exempel am 21. Septemer 88. Im Februar hatte eine Wasserstoffexplosion den Atommeiler lahmgelegt. Der Störfall hätte zum Kernschmelzunfall eskalieren können. Kläger Hinrichsen legte eine Klage zur Aussetzung der Betriebsgenehmigung für Brokdorf ein. Am 21. September wird vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg über die Klage entschieden. Beklagter: das Land Schleswig-Holstein. Darüber zu berichten, ist für diese Ausgabe der atom leider zu spät. Wir sind gespannt, wie eine "ausstiegswilliger" Atomminister Jansen damit umgeht!

Brokdorf — Das Manöver des Atomministers Jansen



Am 16. August 88 verweigerte die schleswig-holsteinische Landesregierung nach dem Brennelemente-Wechsel die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brokdorf. Der Reaktor lag wegen des Austausches von einem Drittel der 193 Brennelemente bereits seit dem 1. Juli 88 still.

Genau 10 Tage konnte über den Einstieg in den Ausstieg spekuliert werden. Am 29. August 88 ging Brokdorf wieder in Betrieb. Töpfer erteilte die Weisung und die Landesregierung fügte sich.

Wie ist dieses Manöver um Brokdorf zu bewerten? Ist Jansen der strahlende Sieger, weil Töpfer *"den schwarzen Peter"* hat, wie die taz schreibt? Oder hat Jansen kapituliert?

Wie steht es um die Glaubwürdigkeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung nach dem Brokdorf-Manöver? Besser denn je, wie von der taz angepriesen? Oder ist sie endgültig verspielt und es wird Zeit sich verstärkt auf die eigenen Kräfte zu besinnen?

10 Tage: Eine Landesregierung bittet sich fügen zu dürfen

Wie die taz schreibt, kam die Entscheidung Jansens das Wiederanfahren von Brokdorf zu verweigern, *"wie ein Blitz aus heiterem Himmel"* (taz, 18.8.88). Jansen sozusagen als Blitz schleudernder Stillegungsgott.

Das galt allerdings nur für die Öffentlichkeit. Über die Entscheidung, die vor der Öffentlichkeit bis zuletzt geheim gehalten wurde, war Töpfer von Jansen lange informiert. Bereits am 12. August 88 hatte Jansen diesem seine Absicht in einem Brief angekündigt (Faz, 18.8.88). Und nicht nur das. Brav und untertänigst erbat er in diesem Brief bereits im Vorwege seiner Entscheidung eine *"bundesaufsichtliche Stellungnahme bzw. Weisung"* (Faz, 18.8.88).

So werden Prioritäten gesetzt! Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte es offensichtlich eiliger die Weistung Töpfers zu erhalten, als die Wiederinbetriebnahme Brokdorfs zu verbieten.

Begründet wurde die Verweigerung der Wiederinbetriebnahme mit Sicherheitsbedenken aufgrund von Mängeln, die beim Brennelementwechsel zutage getreten waren. Im Konkreten handelte es sich um den Bruch eines Zentrierstiftes, der die Brennstäbe korrekt ausrichtet, mehrere beschädigten Abstandshaltern und einer verschwundenen Niederhaltefeder (Faz, 24.8.88). Diese Begründung ist mager. Brokdorf hat beiweiten mehr Mängel, die hätten angeführt werden müssen, wäre es ernsthaft um eine Stillegung gegangen.

So ist mit der Auslegung des AKW Brokdorf nach dem Konzept der Basissicherheit der vollständige Abriss der Hauptkühlmittelleitung nicht mehr abgesichert. Die Frischdampfleitungen zwischen Reaktorgebäude und Maschinenhaus sind nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert und die Störanfälligkeit der Notstromdiesel ist eklatant.

Erinnert sei auch an den jüngsten Störfall im Februar dieses Jahres mit der Leckage im Kühlsystem des Generators. Hätte hier statt der Schaltkästen das gesamte Maschinenhaus Feuer gefangen, wäre auf einem Schlag der gesamte Sekundärkreislauf ausgefallen, mit der Folge eines Super-Gaus, dem Kernschmelzunfall (vgl. aom Sommer 88).

Alles das wird von Jansen nicht mit angeführt. Er beschränkt sich auf den Bruch von Zentrierstiften und setzt sich damit von Betreiberseite dem Vorwurf der Überreaktion, dem Vorwurf *"Kleinigkeiten"* übermäßig aufzubauschen, aus. Damit sei nicht in Frage gestellt, daß auch der Bruch von Zentrierstiften als Sicherheitsrisiko zu werten ist. Bei der Veränderung der Lage der Brennstäbe in den Brennelementen, wie sie durch den Bruch von Zentrierstiften verursacht werden können, kann es infolge von Überhitzungen zu Beschädigungen der Brennstäbe kommen, wodurch in erheibichen Maße das Kühlwasser radioaktiv verseucht werden würde. Darüberhinaus kann, so der Dipl.-Physiker Christian Küppers vom Darmstädter Öko-Institut gegenüber dem Flensburger Avis, bei starker Verschiebung der Brennstäbe eine mit der Überhitzung herbeigeführte Schnellabschaltung unter Umständen nicht einwandfrei funktionieren (Fl. Avis, 27.8.88).

Am 23. August 88 lag schließlich die "bundesaufsichtliche Stellungnahme" in Kiel vor. So eifrig die schleswig-holsteinische Landesregierung mit Engholm und Jansen Bundesreaktionen erbeten hatten, so prompt wurden sie bedient. Die Sicherheitsbedenken der Landesregierung wurden wie erwartet verworfen. Der Hamburger Morgenpost sagte Töpfer, er habe dem schleswig-holsteinischen Sozialminister Günther Jansen mitgeteilt, *"daß die von Jansen als sicherheitsrelevant dargestellten Probleme keine Begründung dafür darstellten, diesen Reaktor nicht in Betrieb zu nehmen"* (HA, 23.8.88). Für ihn habe es *"einen so klar abgesteckten Fall wie diesen noch nie gegeben"* (taz, 24.8.88).

Die Landesregierung blieb bei ihrer Auffassung. Das sollte zwar eine Selbstverständlichkeit sein — eine Meinung zu haben hat mit Konfliktbereitschaft schließlich noch nicht viel zu tun — aber Sozialdemokraten erwarten, daß ihnen auch das schon hoch angerechnet wird. Großtönend wurde auf einer Materialprüfung bestanden. *"Die Prüfung müsse vor dem Wiederanfahren abgeschlossen sein. Sie solle nicht, wie es Töpfer und der Betreiber Preußenelektra vorschlugen, beim laufenden Betrieb oder beim nächsten Brennelementwechsel erfolgen"* (Faz, 24.8.88) verkündete Jansen Festigkeit demonstrierend. Gleichzeitig wurde Aktivität vorgetäuscht. Noch am Abend stattet er dem Technischen Überwachungsverein Norddeutschland (TÜV) in Hamburg einen Besuch ab, um sich über Einzelheiten der Materialprüfung zu informieren. *"technisch ist dies möglich"* lautete die Antwort des TÜV-Hauptabteilungsleiters Werkstoff-, Energietechnik und Umweltschutz Dipl.-Ing. Ulrich Kaun, *"und relativ schnell ist es auch zu machen"* (HA, 24.8.88).

Das mag zwar nicht so gut gepaßt haben. Ein abschlägiger Bescheid wäre dienlicher gewesen und hätte dem Bild des einsamen Kämpfers mehr entsprochen, aber die Grenzen in Jansens Handlungsrahmen waren sowieso längst abgesteckt.

Bereits am 18. August 88 — nicht einmal die "bundesaufsichtliche Stellungnahme" war zu der Zeit eingetroffen — resonierte Engholm, er *"rechne damit, daß Minister Töpfer in etwa einer Woche die Weisung zum Wiederanfahren von Brokdorf gebe"* und gab gleich mit zu Protokoll *"Schleswig-Holstein werden sich vermutlich nicht widersetzen"*(Faz, 19.8.88).

Zwischenzeitlich, sozusagen zur Abrundung des Polit-Theaters, und um auch die Erwartungen des Publikums an ein richtiges politisches Tauziehen in dieser Richtung zu befriedigen, drohte die Preußenelektra nochmal mit Schadensersatzansprüchen in Millionen-Höhe. Ihr Einnahmeausfall belaufe sich immerhin auf 300.000 Mark pro Tag, verkündete sie.

Dann war es soweit. Ganz wie von Engholm eine Woche zuvor *"prophezeit"*, kam am 26. August 88 die Weisung aus Bonn. *"Weil Sicherheitsbedenken nicht bestünden teilte Töpfer mit, erteile er eine Weisung. Eine Verweigerung der Zustimmung wäre rechtswidrig"* (Faz, 27.8.88).

Die Landesregierung in Kiel "fügte" sich ohne zu murren. Engholm erklärte:*"Die Landesregierung wird die Weisung befolgen und die Zustimmung zur Wiederinbetriebnahme voraussichtlich am Montag aussprechen. Sie wird dafür eine Reihe von Auflagen erteilen"* (taz, 27.8.88) Die wichtigste dieser Auflagen bestand in der Verpflichtung des Betreibers *"beim nächsten Wechsel der Brennelemte die erforderliche Ultraschalluntersuchung der Zentrierstifte vorzunehmen und die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß vorhandene Defekte dann auch tatsächlich behoben werden können"* (taz, 27.8.88). Eine für wahr drastische Auflage! Sie wurde Jansen von den Betreibern direkt in die Feder diktiert. Bereits am 23. August 88 hatte die Preußenelektra diese Maßnahme von sich aus angeboten, als Gegenvorschlag zu Jansens Forderung vor Wiederanfahren zu prüfen. Die Preußenelektra sei bereit, hieß es dort,*"innerhalb eines Jahres eine Vorrichtung zu konstruieren zu lassen mit der man Zentrierstifte durch Ultraschallmessungen prüfen und gegebenenfalls auswechseln könne"* (Faz, 24.8.88).

Am Montag zur Wiederinbetriebnahme fanden sich rund 70 AtomgegnerInnen in Brokdorf zur Protest-Blockade ein. Jansen hatte nichts besseres zu tun, als die DemonstrantInnen aufzufordern, ihre Blockade einzustellen, er brauche sie nicht (taz, 2.9. u. 7.9.88).

Der Atomreaktor in Brokdorf ging wieder in Betrieb. Soweit der Gang der Geschichte.

Jansen hatte nichts an Konfliktbereitschaft riskiert, sich vielmehr vollkommen in einen Handlungsrahmen "gefügt", der vorprogrammiert mit einer zügigen Wiederinbetriebnahme endete. Jeder Schritt, der diesen Rahmen hätte sprengen können, das Spielchen zu einen ernsten politischen Konflikt eskaliert hätte, wurde vermieden.

Die Weisung mußte nicht akzeptieret werden! Mit dem Akzeptieren der Weisung wurde gar ein Präsidenzfall geschaffen, der verfassungspolitisch aufs Äußerste bedenklich ist. Die Zeit schrieb noch im Januar 88 bezüglich einer bis jetzt ausgebliebenen Anweisung der NRW-Landesregierung in Sachen Kalkar:*"Eine Weisung des Bundes wäre nach Lage der Dinge eine Kriegserklärung an den Föderalismus, Endstation Verfassungsgericht"* (Zeit, 8.1.88). Und auch der Hamburger Rechtsanwalt Winfried Günnemann, der seit 1976 die Kläger vor Ort vertritt, führte noch am 18. August 88 zu den Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung nach der Verweigerung der Wiederinbetriebnahme aus:*"Diese Weisung nun kann dann die Landesregierung befolgen — oder sie auch mißachten und stattdessen vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen klagen"* (taz, 18.8.88).

Der Verdacht liegt nahe, es ging Jansen und der schleswig-holsteinischen Landesregierung garnicht um die Stillegung und es wird ihr auch nicht konsequent um den Ausstieg gehen, sondern ausschließlich um die Befriedigung der AtomkraftgegenerInnen.

Trotzdem, für die taz steht Jansen als der Sieger da und um den Ausstieg ist es besser bestellt als je zuvor (vgl. die Kommentare vom 18.8. und 27.8.88 als Paradebeispiele. Sie sind auch ein Lacherfolg). Wie ist das möglich?

Die taz: Das Organ des Atomministers zur Abschaltung der Bewegung ?

Taz-Kommentator Wolfgang Gast erklärt worum es geht: *"Klaus Töpfer, der es sonst so gut versteht, schwarze Peter weiterzureichen, mußte bei Janssen passen. Taktisch geschickt hat Schleswig-Holsteins Energieminister seine Position mit vagabundierenden Metallteilen in Brokdorfs Reaktordruckbehälter untermauert und einen abgebrochenen Zentrierstift gegen den Bonner Umweltminister gerichtet. Glänzend steht er nun da: wenn Brokdorf jetzt wieder ans Netz geht, ihn trifft keine Schuld. Die Glaubwürdigkeit des proklamierten Ausstiegs aus der Atomenergie (Originalton Engholm: 58,4 Prozent, das ist auch ein Votum für eine andere Energiepolitik) ist gerettet"* (taz, 18.8.88).

Töpfer hat den schwarzen Peter, Jansen trifft keine Schuld, die Glaubwürdigkeit der SPD ist gerettet. Darum einzig und allein ging es der taz. Das ist Hofberichterstattung auf schmierigstem Niveau. AKW an- oder abgeschaltet, das ist bei der taz mittlerweile völlig egal.

Wie ist es wirklich um die Glaubwürdigkeit der schleswig-holsteinigschen Landesregierung bezüglich des von ihr verkündeten Ausstiegswillens bestellt?

Für die taz macht sich diese Glaubwürdigkeit an der strikten Rechtsstaatlichkeit Jansens fest. Das mache die besondere Schläue des *"Ausstiegsministers"* aus, gegen die kein Töpfer gewachsen sei. Originalton Manfred Kriener: *"Jansen, der schlaue Hund, gibt sich ganz rechtsstaatlcih. Er ist es auch. Er hat das Atomgesetz auf seiner Seite, denn dort hat die Sicherheit absoluten Vorrang"* (taz, 18.8.88).

Für die Schlußfolgerung wird ein Vergleich zu Hilfe gezogen. Wieder Kriener: *"Brokdorf heißt seit gestern Kalkar. Es ist die Parallele zum Schnellen Brüter, wo sich seit Jahren Bund und Land mit Sicherheitsgutachten bewerfen. Auch in Kalkar wird nur rechtsstaatlich und sicherheitstechnisch argumentiert"* (taz, 18.8.88). (Anmerkung: Ausgeträumt, Herr Kriener? — 10 Tage, so schnell ist Brokdorf wieder Brokdorf!).

Die *"Politik mit lockeren Schrauben"* (taz, 18.8.88) wird zum magischen Pfad stilisiert, auf dem der Ausstieg ganz ohne politischen Streit, rein rechtsstaatlich, sauber ordentlich, in Schlips und Kragen und mit der Robe, gelingt. Nicht auf der Wiese vor Brokdorf soll der Ausstieg entschieden werden, sondern im Paragraphendschungel findet er statt, nicht die Anti-AKW-AktivistInnen werden den Ausstieg erkämpfen, sondern die Fachleute und Herrn Politiker schenken ihn uns, lautet die Botschaft.

Jansens Rechtsstaats-Argumentation ist nur soweit richtig: Die Stillegungen müssen **auch** vor den Gerichten durchgesetzt werden. Dieser juristische Aurgumentationsstrang für den Ausstieg muß vom Atomgesetz ausgehen, denn das ist die geltende rechtliche Grundlage. Ein Jurist, der außerhalb der geltenden Gesetze argumentiert, wird bestenfalls kein Gehör finden, wahrscheinlich wird sein Geisteszustand überprüft werden.

Ob ein juristischer Streit jedoch Erfolg hat, steht in keinem Gesetz, sondern wird von Gerichten entschieden und die entscheiden aufder Grundlage einer konkreten Überprüfung. Das heißt mit anderen Worten, sie entscheiden unter jeweils konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, im Kräftefeld politischer Interessen und Kämpfe. Die juristische Auseinandersetzung über den Ausstieg wird somit letztlich doch auch auf politischer Ebene über eine offensive Verschiebung dieses Kräfteverhältnisses für den Ausstieg entschieden. Genau hiervor schreckt Jansen aber bisher zurück. Statt ein Exempel politischer Entschlossenheit, Konfliktbereitschaft und Mobilisierung der Öffentlichkeit für den Ausstieg, ist das Brokdorf-Manöver ein Exempel politischer Feigheit. Damit, daß Jansen die Brokdorf-BlockiererInnen auffordert, ihre Blockaden einzustellen, wird diese politische Feigheit letzlich in Konsequenz bis auf die Spitze getrieben.

Die Ideologie der Rechts- und Staatsgläubigkeit, wie sie hier von Jansen in Zusammenspiel mit der taz, in die ausstiegswillige Öffentlichkeit gestreut wird, garniert mit Stillhalte-Appellen an die Adresse der Anti-AKW-Bewegung, dient nur dem einen Zweck, die innerparteilichen Widersprüche in der SPD in Sachen Ausstieg zu befrieden. Das Ergebnis ist hinreichend bekannt. Der Ausstieg wird verschoben, verschoben, verschoben.

Als Jansen dem AKW Brokdorf am 16. August 88 die Betriebsgenehmigung verweigerte, stellte der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Hans Wiesen in Bonn, in seiner Funktion als Vorsitzender der nach dem Nürnberger

Parteitag 1986 gebildeten Kommission zum Ausstieg, die neue Kompromißformel der SPD für den Ausstieg vor: *"Wenn ein Umstieg von der Kernenergie auf andere Formen der Stromerzeugung gewollt ist, kann es letztlich nur die Festschreibung von Bedingungen geben, die schrittweise erfüllt werden müssen. Der Zeitpunkt des beendeten Umstiegs bestimmt sich aus der Erfüllung der Bedingungen und ist nicht exakt prognostiezierbar"* (Faz, 18.8.88).
Auf Bundesebene heißt das: 10-Jahres-Ausstieg ade! In Schleswig-Holstein redet heute bereits keiner mehr über die ehemals von Jansen ausposaunten 2 Jahre. Jansen selbst hat sich von dieser alten Position faktisch seit April verabschiedet (KR, 21.4.88). Keine 100 Tage im Amt und das neue Stichdatum soll frühestens 1996 heißen. Ergebnisse dieser Befriedung.

Was tun ? — Abwarten oder Zuspitzen ?

Schlimm ist, daß diese Propaganda und Politik der Hinhalte-Appelle mittlerweile auf eigene Weise über den Realo-Flügel der schleswig-holsteinischen Grünen Einzug in Kreise der Anti-AKW-Bewegung gehalten hat. Lars Hennings hatte sich ja bereits im Juni dafür stark gemacht, gegenüber der SPD *"keine Politik der falschen Fronten zu beginnen"* (Gegenwind 21, Juni 88). Jetzt hieß es mittlerweile von Willi Voigt (Grüner Realo aus Kiel) auf der Landeskonferenz der schleswig-holsteinischen Anti-AKW-Bewegung am 4. September 88 schon mal, daß *"Jansen unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen alles macht, was möglich ist, um auszusteigen"* und verständnisvoll wird darauf verwiesen, die Scheiße sei *"er hängt halt in der Sozi-Klemme drin, da gibt es eben den Gewerkschaftsflügel und so..."*.

In ihrem auf dieser Konferenz verteilten Papier wird der SPD bereits für die Gegenwart bestätigt, daß sie *"eine ganze Reihe Schritte unternimmt, die in Richtung Ausstieg zeigen"*. Konsequent heißt es da weiter, *"daß es nicht gelingen kann, den Nachweis zu führen, daß die SPD vielleicht doch nicht aussteigen will. Solche Debatten stellen die Kritik der Anti-AKW-Bewegung schnell in die politische Ecke unproduktiver Nörgelei"*.

Auf diese Weise wird versucht, eine Zuspitzung der Auseinandersetzung um den Ausstieg von Seiten der Anti-AKW-Bewegung zu verhindern. Eine Zuspitzug in Sachen Stillegung kann, so die Argumentation, wenn überhaupt, erst *"im Frühjahr 1989 erfolgen, weil dann die unerläßliche Zeit zur Erarbeitung der Stillegungsverfügungen vorbei ist."* Das ist das Korsett der sozialdemokratischen Sachzwanglogik bereits übergestreift. Die Bewegung soll zum Abwarten verdonnert werden, und wird damit aufs Abstellgleis geschoben.
Das Ergebnis ist, daß die SPD geschont wird. 1990 finden Bundestagswahlen und Landtagswahlen in Niedersachsen statt, in deren Vorfeld *"falschen Fronten"* zur SPD nicht erwünscht sind.
Bedenklich stimmt, daß sich in dieser Haltung des Abwartens zur Zeit ausgerechnet eine Allianz zwischen Realo-Grünen und Teilen der autonomen, radikalen Anti-AKW-Gruppen gebildet hat. Bei letzteren ergibt sich die abwartende Haltung allerdings aus einer ganz anderen, durchaus verständlichen Haltung. Sie schätzen eine Konfrontation mit der SPD zur Zeit wegen der derzeitigen Schwäche der Anti-AKW-Bewegung als eher bedenklich ein, und meinen deshalb vorerst auf bewegungsinterne Stärkung orientieren zu sollen

Ob dafür allerdings der für den 26. Oktober 88 angesetzte und mittlerweile zum Schulungsseminar degenerierte Kongreß das richtige Mittel darstellt, ist mehr als fraglich. Die Schwäche der Anti-AKW-Bewegung liegt nicht in mangelndem Fachwissen begründet, wie Willi Voigt meint, der den Wissenstand der Anti-AKW-Bewegung als *"Kraut- und Rüben"*-Wissen abqualifiziert. Neue Stärke ergibt sich nicht einfach aus sturer fachlicher Weiterbildung in allen Detailfragen der Sicherheitstechnik oder den Spitzfindigkeiten verschiedenster Rekommunalisierungsstrategien. Wichtiger wäre, daß die Anti-AKW-Bewegung gezielt und konkret eigene Forderungen zur Stillegung von Brokdorf aufstellt mit denen die Landesregierung in ihrer Hinhalte-Politik konfrontiert wird.

Zu fordern wäre:

— eine offensive politische Ausstiegskampagne in den Medien, in den Hochschulen, Kirchen und sonstigen gesellschaftlichen Bereichen.
— "Glasnost". D.h. Sofortige Öffentlichmachung aller Schwachstellen in den AKW's und aller Störfälle.
— Sofortige Kündigung der Bund-Ländervereinbarung zur "Entsorgung".
— Zurückweisung jeglicher Entschädigungsansprüche der Betreiberseite durch die Landesregierung.
— Die regierungsamtliche Verpflichtung der schleswig-holsteinischen Landesregierung in Zukunft jede Bundesweisung entgegenzutreten.
— Schluß mit den Kriminalisierungen von AKW-GegnerInnen in Brokdorf und anderswo durch schleswig-holsteinische Gerichte.

Reinhard Karsten

Interview mit den Brokdorf-BlockiererInnen

"...Jetzt nicht stillhalten, sondern den politischen Druck verschärfen..."

Die Brokdorf - BlockiererInnen, die seit über 2 Jahren beharrlich Monat für Monat die Zufahrten zum AKW blockieren, hatten am 6. August 88 ihre Jubiläumsblockade. Auf die Wiederinbetriebnahme von Brokdorf nach Jansens Kniefall vor Töpfer reagierten sie am 29. August 88 mit einer "Überraschungsblockade".
Wir sprachen mit Jan Stehn und Ulfrid Kleinert. Jan Stehn (31), steht seit 1976 im AKW-Widerstand. Ausgangspunkt war für ihn damals Brokdorf. Über Zehn Jahre arbeitete er in der BI Pinneberg mit. Nach Tschernobyl wurde er im neu gebildeten Gewaltfreien Aktionsbündnis aktiv. Aus diesem Zusammenhang ist er von Beginn an bei den Brokdorf-Blockaden dabei. Ulfrid Kleinert (geb. 1941), ist Prof. für Theologie an der Fachhochschule des Rauhen Hauses. Er ist seit 1976 im Brokdorf-Widerstand aktiv. Mit der Gründung der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und gewaltfreie Aktion (Hikmuga) organisierte er den AKW-Widerstand im kirchlichen Bereich. 1985 ging die Hikmuga in die Solidarische Kirche über. Ulfrid ist mit der Solidarischen Kirche von Beginn an bei den Brokdorf-Blockaden dabei.

atom: Ihr blockiert jetzt mittlerweile seit über 2 Jahren in Brokdorf. Eure erste Blockade fand am Hiroshima-Tag, dem 6. August 1986 statt. Damals war Brokdorf noch nicht am Netz. Das folgte erst im Oktober. Wie ging das mit den Blockaden alles los?
Jan: *Für uns vom gewaltfreien Aktionsbündnis stehen die Blockaden seit dem 6. August 1986 in einem ganz engen Zusammenhang mit den Blockaden, die wir vor der Großdemonstration in Brokdorf vom 4. bis 6. Juni 86 initiiert und durchgeführt haben. Dort haben sich die ersten Bezugsgruppen gebildet und danach ist die Entscheidung gefallen, weiter zusammenzuarbeiten, und den Widerstand zu organisieren.*
Ulfried: *Für mich geht es noch weiter zurück. Der Anfang war für mich die Blockade-Woche, die wir 1981, als Brokdorf zum Bau freigegeben war, gemacht haben. Nach Tschernobyl dann, haben wir in der Solidarischen Kirche diskutiert, wie es mit dem Widerstand weitergehen soll, nachdem so langsam die Aufregung, Empörung und auch das öffentliche Bewußtsein nachließ und damit auch der Druck zum Ausstieg aus der Atomenergie abnahm. Wir haben in dieser Situation gesagt, wir müßten wieder zurückgreifen auf die Aktionsform der Blockaden, aber nicht in der Einmaligkeit wie 1981, sondern regelmäßig. Damit sollte eine Beharrlichkeit erkennbar werden, wir hören nicht eher auf, bis das AKW Brokdorf nicht ans Netz geht, bzw. jetzt vom Netz genommen wird und die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik insgesamt abgeschaltet sind. Bei der Entscheidung für den 6. war der Ausgangspunkt der Hiroshimatag, der Abwurf der Atombombe. Auf einem der Transparente hieß es damals: "Jedes AKW ist ein Flugzeug auf dem Weg nach Hiroshima, die Bombe kann jederzeit losgehen".*

Seit Dez. 1986 werden die Blockaden auch gelegentlich inhaltlich gestaltet. Z.B. in Verbindung zu den Atombombenversuchen in Nevada oder dem Uranabbau in Australien, Kanada, Namibia und Südafrika.

atom: Der Kern der BlockererInnen kommt heute, wenn ich richtig informieret bin, aus dem Gewaltfreien Aktionsbündnis, der Solidarischen Kirche, der Aktionsgruppe Steinburg und den Wulfshagenern. Wie hat sich die Zusammensetzung der Blockadegruppen entwickelt? Wie sieht die Zusammenarbeit und Diskussion in Eurem Bündnis aus?

Jan: *Wichtig ist hier zu sagen, daß es noch mehr Gruppen sind, als die vier von Dir genannten Gruppen, die in der Presse und Öffentlichkeit meist zuerst wahrgenommen werden. Darüberhinaus sind dabei: Bezugsgruppen und Bürgerinitiativen aus Elmshorn, Pinneberg und verschiedenen kleineren Orten, Bergstedt jetzt zum Beispiel, sowie eine ganze Reihe von einzelnen Leuten.*

Das Spektrum organisieret sich in diesen zwei Jahren im wesentlichen über ein monatliches Plenum, wo alle wesentlichen Entscheidungen getroffen werden und wo wir uns bemühen im Konsens, in den Spannungen der unterschiedlichen Pole von Widerstandsvorstellungen, gemeinsam handlungsfähig zu bleiben und den Widerstand weiterzuführen. Hinzugekommen sind jetzt noch zusätzliche Treffen, z.B. Wochenendseminar, um gerade auch inhaltliche Fragen und Fragen von Perspektiven zu vertiefen.

Ulfrid: *Die Gesamtzahl der in diesen zwei Jahren an den Blockaden Beteiligten liegt bisher so etwa bei einem Spektrum von 1.000 Leuten. Dann gibt es einen Kern, der ziemlich regelmäßig dabei ist, und wo inzwischen auch über die Gruppe hinweg persönliche Kontakte da sind. Bei den einzelnen Blockaden liegt die Beteiligung zwischen 50 und 100 Leuten. In Ausnahmefällen, bei besonderen Gelegenheiten, ist sie auch mal höher, bis zu 300 Leute stark.*

atom: Wie steht es um den Charakter der Blockaden? Ursprünglich, in der ersten Zeit, wurden von Euch konsequent beide Zufahrten zum AKW bis zur Räumung blockiert. Mittlerweile heißt es, haben die Blockaden nicht mehr diese Entschiedenheit. In einem Artikel der taz-Hamburg hieß es am 8. August 88 unter dem Titel "Vom militanten zum zahmen AKW-Protest", die Blockaden hätten "inszwischen eher den Charakter einer Mahnwache angenommen".

Darüberhinaus wurde sogar behauptet, es gäbe feste Absprachen zwischen Euch, den AKW-Beschäftigten und der Polizei darüber, wann, wielange, welches Tor besetzt wird. Was ist da dran?

Jan: *Wir waren sehr ärgerlich über diesen Artikel. Was da geschrieben wurde stimmt so nicht. Es ist auch heute so, daß wir, wenn wir blockieren, beide Tore blockieren, daß wir dort versuchen das gesamte Tor dichtzumachen, daß wir uns eventuell auch bemühen, die Fahrzeugschlangen schon weiter vor den Toren zu blockieren. Wir denken auch, es ist wichtig, nicht von Blockaden zu sprechen, wenn eigentlich Mahnwachen gemacht werden, um diesen Unterschied nicht zu verwischen.*

Zu den Absprachen mit der Polizei hat die taz etwas völlig durcheinadner gebracht. Der Hintergrund ist der: Wir haben in unserem Zusammenhang eine sehr intensive Diskussion über Überraschungsblockaden. D.h. Blockaden, die nicht am 6. stattfinden, sondern zwischendurch, morgens früh, unangekündigt. Diese Blockaden sind dadurch sehr effektiv. Die Polizei kommt dann oft erst sehr spät und es kommt zu sehr langen Fahrzeugschlangen bei den Arbeitern.

Diese Blockaden sind in unserem Zusammenhang umstritten. Eine Kompromißformel ist, daß wir sagen, den Arbeitern gegenüber kündigen wir an, wie lange diese Blockaden dauern, um ihnen nicht das Gefühl zu geben, sie sind völlig unseren Aktionen ausgeliefert. Es ist eine Ankündigung, keine Absprache, die als Zielgruppe allein die Arbeiter hat. Daß die Polizei diese Ankündigung auch mitbekommt, ist nicht zu verhindern.

atom: Ihr seit mit Euren Aktionen einer erheblichen Kriminalisierung ausgesetz. Nach dem mir bekannten Stand hat es bis Anfang August 119 Strafverfahren wegen Nötigung gegeben. Zuletzt erst hatte Hans-Christoph von den Wulfshagenern in Neumünster eine Haft von 15 Tagen abzusitzen. Er ist seit dem 16. August wieder frei.

Wie wirkt die Kriminalisierung sich auf die Blockaden aus. Wie verkraftet ihr das persönlich und wie steht es mit der Solidarität?

Ulfried: *Erstanlicherweise hat die Kriminalisierung nicht dazu geführt, daß die Zahl der BlockiererInnen zurückgegengen ist. Auch die Prozeßverlierer — die meisten Prozesse verlieren wir — haben sich zum großen Teil weiter an*

den Blockaden beteiligt, sind sehr hartnäckig. Sie nehmen damit in Kauf, daß sie — werden sie wieder festgesnommen — in einem zweiten Verfahren mehr Tagessätze bekommen. Eine Blockiererin hat jetzt z.B. 40 Tagessätze bekommen. Sonst geht es immer zwischen 10 und 15 Tagessätzen aus. Das heißt, die Justiz kann diese Form der Akton nicht brechen, wie sie es versucht haben.

atom: Welche Verfahren stehen demnächst noch an?

Ulfrid: *Jetzt im September und Oktober sind das über 10 Prozesse die stattfinden, mit bestimmt 40 bis 50 Beteiligten.*

atom: Während es bei der Blockade anläßlich der Wiederinbetriebnahme von Brokdorf am 29. August 88 von der Polizei aus wohl auf Befehl von oben medienwirksam ganz freundlich zuging, wird jetzt wieder durchgegriffen. Welche Verfahren sind hier zu erwarten?

Ulfrid: *Es hat jetzt ein halbes Jahr lang keine Festnahmen mit Nötigungsverfahren mehr gegeben, sondern allenfalls gab es Anfang des Jahres noch Festnahmen und Personalienfeststellungen mit Bußgeldern im Hinblick auf Ordnungswidrigkeit. Jetzt scheint das aber neu anzulaufen. Am 6. September 88 ist neu festgenommen worden und soweit die Polizei da Auskunft gegeben hat, haben sie gesagt, sie würden Nötigungsprozesse vorbereiten. Das ist jetzt natürlich noch eine Sache des Staatsanwaltes, ob der das so macht. Es ist aber zu befürchten, daß wider eine neue Prozeßwelle kommt.*

atom: Wie steht es mit der Solidarität?

Ulfrid: *Es gibt ein Prozeß-Konto und Diejenigen, die die Prozeßkosten und -lasten nicht tragen können, die haben die Möglichkeit, von diesem Prozeßkonto Unterstützung zu bekommen, zur Finanzierung ihrer Prozesse.*

Jan: *Für die meisten BlockierInnen sind die Prozesse eine Möglichkeit die Auseinandersetzung um unseren Widerstand vor Gericht und mit Öffentlichkeitsarbeit weiterzuführen. In unserer Rechtshilfe-Gruppe werden die Erfahrungen gesammelt und diskutiert und versucht den Einzelnen Unterstützung zu bieten.*

Prozesse gehen weiter

TERMINE:

4. Oktober 88, 8.30 Uhr, Amtsgericht Itzehoe; Hanna wegen "Nötigung vom 6.1.88".
6. Oktober 88, 8.30 Uhr, Amtsgericht Itzehoe; Christian wegen "Ordnungswidrigkeit vom 6.2.87".
11. Oktober 88, 8.30 Uhr, Amtsgericht Itzehoe; Lutz wegen "Nötigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vom 6.11.".
3. November 88, 8.30 Uhr, Amtsgericht Itzehoe; 7 Menschen aus der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten wegen "Ordnungswidrigkeit vom 6.1.88".

Kontakt:

Rechtshilfegruppe Gewaltfreies Aktionsbüro, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

Rechtshilfefonds Spendenkonto: Konto Nr. 1009/752898, Hamburger Sparkasse, BLZ: 200 505 50, Gisela Findeisen, Stichwort: Rechtshilfe.

atom: Anfang Juli 88 hattet ihr Jansen zu Eurer Jubiläumsblockade am 6. August eingeladen. Der hat sehr schnell abgesagt. Wie seit ihr auf die Idee zu dieser Einladung gekommen. Habt ihr ernsthaft an seine Beteiligung geglaubt? Wie wurde die Absage bei Euch aufgenommen, wie habt ihr das diskutiert?

Jan: *Die Idee Jansen anzusprechen, ist nicht von uns, sondern ist von einer Bürgerinitiative in der Wilster Marsch ausgegangen. Die haben gesagt: "So, jetzt soll er mal zeigen, was er wirklich meint, und dann soll er doch auch mal hier an den Blockaden am 6. teilnehmen".*

Ulfrid: *Nachdem Jansen dann seinerseits uns sein Interesse an einem Gespräch hat mitteilen lassen, haben wir uns damit auseinandergesetzt und gesagt, wir laden in zu einer Blockade ein. Wir hatten uns gedacht, am Ende einer Blockade, da wo sonst jetzt gelegentlich inhaltliche Auseinandersetzungen und Diskussionen stehen, das Gespräch auch mit Herrn Jansen zu führen.*

Er hat das dann abgelehnt, überhaupt in den Zusammenhang der Blockade gebracht zu werden und stattdessen seinerseits vorgeschlagen, sich zu einem anderen Zeitpunkt zu treffen. Wir sind auf dieses Angebot eingegangen und haben gesagt: Gut, dann machen wir das in Wilster, in der Region, als öffentliche Veranstaltung und führen das Gespräch mit ihm, um einmal herauszubekommen, wo steht Herr Jansen jetzt in der Diskussion und wie ist sein Verhältnis zu uns und wie können wir unser Verhältnis zu ihm bestimmen. Wobei unter uns denke ich durchgängig nicht die Einschätzung so war, daß er sich an Aktonen zivilen Ungehorsams beteiligen würde, möglicherweise aber entweder hinter vorgehaltener Hand, oder auch öffentlich seine Sympathie zu dieser Form des Widerstandes bekunden könnte.

atom: Zu diesem Gespräch am 31. August 88. Das war zwei Tage nachdem Jansen Brokdorf als Atomminister wieder in Betrieb genommen hat, nachdem er sich der Weisung gefügt hatte. Welchen Eindruck hattet ihr von Jansen und wie habt ihr mit Jansen unter dem Eindruck der Wiederinbetriebnahme diskutiert?

Ulfrid: *Ich denke, daß er subjektiv ehrlich im Rahmen dessen, was er als SPD-Politiker realisieren kann, an einem Ausstieg aus der Atomenergienutzung arbeitet. Er plant das in der Anbindung an diese Regierung, in die er integriert worden ist. Das heißt, daß er versuchen wird innerhalb dieses Turnusses von 8 Jahren dieses Ziel zu erreichen, über den Hebel mit dem Restrisiko.*

Wir selber sind skeptisch — das hat sich ja auch in der Diskussion gezeigt, daß er da sehr schnell an Grenzen kam — inwieweit dieser Hebel tatsächlich greift, abgesehen davon, daß uns das zu lange dauert. Das Problem ist aber schon ob der Hebel überhaupt greifen wird.

Ich denke daß Jansen da naiv ist, und auch etwas größenwahnsinnig, wenn er meint, daß er den Ausstieg mit seinen Experten bewerkstelligen kann, wenn er alle Anderen im Verhältnis zu seiner Arbeit sieht und nicht wechselseitig.

Das gemeinsame Ziel ist der möglichst schnelle, wir würden sagen der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie. Jansen könnte einen Beitrag leisten, wenn er sich in so einem Gesamtkonzept verstehen würde. Er will es offensichtlich nicht und ich sehe da einen Punkt seiner Integrierung in diese SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein, seine Einbindung und auch Anbindung daran.

Darum sind wir der Meinung, daß es notwendig ist, nicht einfach jetzt auf diese fortschrittlichen politischen Kräfte zu vertrauen, sondern, daß möglichst viele BürgerInnen entschieden und deutlich ihren Willen artikulieren, um Wirtschaft und Politik unter Druck zu setzen in Richtung des Ausstiegs. Das ist lebensnotwendig, anders geht es nicht.

Jens: *Am Eindrucksvollsten bei dieser Diskussion fand ich eigentlich wie gerade die Leute aus der Wilster Marsch selber, die sich an diesen ganzen juristischen Verfahren ja jahrelang betei-*

ligt haben, Jansen vorgehalten haben, wie doch gerae Gesetze und Recht auch immer wieder verändert und umgeändert werden um den Weiterbetrieb von AKW's zu ermöglichen, und damit auch die Grenzen seines strikt rechtsstaatlichen Vorgehens sehr deutlich aufgezeigt haben.

atom: Jansen hat Euch in diesem Gespräch aufgefordert, Eure Blockaden einzustellen. Er meint, er braucht Euch nicht, was wohl letztlich auch an die Adresse der gesamten Anti-AKW-Bewegung gerichtet war, um den Ausstieg zu bewerkstelligen. Wie ist die Aufforderung Jansens bei Euch angekommen?

Jan: *Mein Eindruck ist, daß diese Äußerung von Jansen das Vertrauen was vorher doch bei vielen Leuten da war, und die Hoffnung auf Jansen, doch einen ziemlichen Knacks gegeben hat.*
Das ist auch ein eindeutiger Rückschritt dagegen, daß sich in Lübeck auch Sozialdemokraten an einer Aktion zivilen Ungehorsams beteiligt haben. Dahinter fällt er, jetzt wo sie selber an der Regierung sind, eindeutig zurück.

atom: Könnt ihr Ergebnisse des Gespräches für Euch benenen? In welchen Bezug steht das zu Euren Blockaden?

Ulfrid: *Ich denke, daß dieses Gespräch auch so ein Teil des Lernsprozesses ist, den wir im Zusammenhang mit den Blockaden insgesamt durchmachen. Wir haben ja einerseits die Auseinandersetzung mit der Justiz gehabt und haben sie noch laufend weiter. Das trägt zum politischen Bewußtsein bei. Die Erfahrungen, die da gemacht werden, wie mit Argumenten umgegangen wird, wie die in unserm Justizsystem behandelt werden.*
Genauso hatten wir eine Reihe von Gesprächen mit der Leitung der Preussenelektra geführt. Jedenfalls ein Teil unseres Bündnisses hat diese Gespräche geführt. Diese Gespräche wurden so deutlich geführt, und auch so kontrolliert geführt, mit Protokollen, daß dann die Preussenelektra, der Vorstand und Aufsichtsrat, dan Mitarbeitern gesagt hat:"Ihr dürft diese Gespräche nicht mehr weiterführen".

Wir sind da an den Punkt der Nichtgesprächsbereitschaft, Nichtgesprächsfähigkeit der Wirtschaft gekommen. Der Bereich der Politik wurde nun am Beispiel von Herrn Jansen als dem exponiertesten und forschrittlichsten politischen Vertreter auch ausprobiert. Sozusagen um zu sehen, wieweit kommen wir in der Zusammenarbeit mit Politikern. Die Enttäuschung darüber, daß Herr Jansen jetzt alles so auf seine Person fixiert, und meint er wird's schon richten, und wir sollen ihm vertrauen, die Unfähigkeit von ihm, mit den Kräften der BürgerInnen zusammenzuarbeiten, die dasselbe Ziel haben wie er, diese Enttäuschung ist auch ein Stück des politischen Lernens, das im Zusammenhang mit den Blockaden stattfindet.

Jan: *Ich denke, es ist vollkommen klar, daß dieser überraschende SPD-Sieg in Schleswig-Holstein erstmal eine ganze Menge Hoffnungen beflügelt hat. Ich glaube, daß es darauf ankommt, mit diesen Hoffnungen, auch wo sie enttäuscht werden, politisch zu arbeiten. Keine Illusionen zu wecken, aber doch deutlich sagen, es gibt eine Chance für den Ausstieg, wenn wir sie jetzt nutzen. Jetzt sie nutzen, heißt gerade nicht jetzt stillzuhalten, sondern den politischen Druck auch zu verschärfen. Was wir gemerkt haben, ist z.B. an dieser Blockade am 29. August, dieser Überraschungsblockade bei Wiederanschaltung, daß das Spektrum der Gruppen, die sich an dieser Blockade beteiligt haben wesentlich größer war. Das finde ich ein sehr ermutigendes Zeichen, daß es uns gelingt, gegenüber diesen Regierungsprozessen handlungsfähig zu bleiben und einzugreifen auf die Prozesse, die jetzt möglicherweise von der SPD-Regierung eingeleitet werden, oder auch nicht eingeleitet werden.*

atom: Wie läuft die Diskussion da jetzt konkret bei Euch?

Jan: *Ein wichtiger Diskussionsstrang bei uns ist, die Frage der Ausweitung der Blockaden eventuell auf andere Einrichtungen der Atomindustrie, ohne daß dieses Konzept des 6. in Brokdorf vollständig aufgegeben wird. Wir glauben, daß es notwendig ist, einen kontinuierlichen Widerstand zu bilden, der eine Struktur hat, aus der heraus auch, das denke ich ist ganz wichtig, immer wieder reagiert werden kann. An einem Beispiel kann ich das mal deutlich machen:*
Als die Blockaden gegen die Atommülltransporte aktuell waren, haben sich auch sehr viele Leute aus unserem Spektrum beteiligt. Da waren Erfahrungen, Strukturen, auf die zurückgegriffen werden konnte in dieser Situation. Das ist etwas, was ich sehr gerne weiterentwickeln würde. Eventuell sogar, auch wenn das noch etwas utopisch klingt, zu dem Gedenken eines Aktionstages am 6. auch bundesweit. Ein Aktionstag mit einem unterschiedlichen Spektrum von Aktonsformen und Widerstandsformen, um auch bundesweit ein Gefühl gegenseitiger Solidarität und Unterstützung in der Auseinandersetzung die an den verschiedenen Standorten läuft, zu bestärken.

atom: Wir danken Euch für dieses Gespräch.

Kontakt:

Gewaltfreies Aktionsbündnis, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Das Gespräch für die atom führte Reinhard Karsten

Die Studie der DIW-Gutachter: Strom ohne Atom in Hamburg?

Der Hamburgische Senat gab im November 1986 eine Studie über die Auswirkungen einer atomstromfreien Versorgung Hamburgs dem gewerkschaftsnahen Institut für Wissenschaftsforschung (DIW) in Berlin in Auftrag. Im August diesen Jahres wurde das Ergebnis der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Vorgaben des Senats

Der Senat hat bei der Präsentation der Ergebnisse der Studie betont, daß er den sofortigen Ausstieg nicht befürwortet. Er machte vielmehr deutlich, daß die politischen Rahmenbedingungen der Studie von ihm vorgegeben wurde. Das ist eine deutliche Absage an eine eigenständige Landespolitik für den beschleunigten Ausstieg.

— fossilgefeuerte Ersatzkraftwerke nach veraltetem Rauchgasreinigungsstandard,
— Möglichkeiten für eigenständiges politisches Handeln des Senats zur Beschleunigung des Atomausstiegs und zur nachhaltigen Reduzierung der Stromverschwendung in Hamburg wurden ezplizit ausgeklammert.

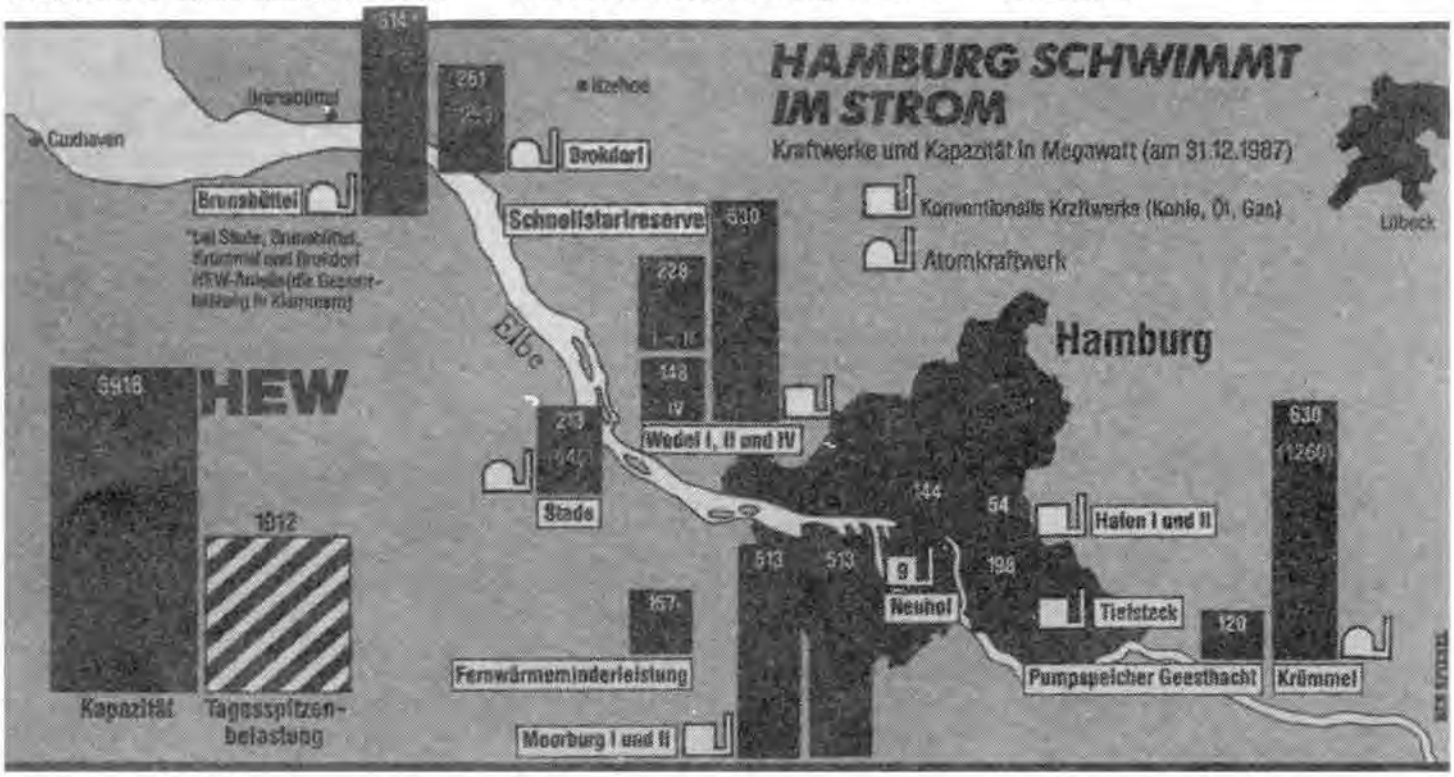
Die Studie des DIW beschreibt zunächst die Entwicklung der Stromnachfrage und der Deckung des Stromverbrauchs bis zum Jahr 2010, bei der die Atomkraftwerke auch in Zukunft in Betrieb bleiben. Danach werden die verschiedenen Wege der Deckung der Stromnachfrage ohne Atomenergie analysiert. Dafür werden drei mögliche Ausstiegspfade, ausgehend von einem bundesweiten Ausstieg, untersucht:

— die Schadstoffbelastungen durch den zunehmenden Betrieb fossilgefeuerter Ersatzstromerzeugungsanlagen und nur am Rande mit den nuklearen »Entsorgungslasten«.

Abschließend folgen Vorschläge für den Senat, um die Voraussetzungen für den Verzicht auf die Atomenergienutzung zu verbessern.

Die Ergebnisse der DIW-Gutachter

Konkurs der HEW im Falle des Sofortasustiegs und bilanzrechtliche Verluste in Höhe von mehren hundert Millionen DM beim mittelfristigen Ausstiegspfad;



Die Untersuchung wurde von einem vom Senat eingerichteten Lenkungsbeirat aus Vertretern des Senats, der Hamburger Energiewirtschaft, des Handels und des Handwerks sowie der Umweltschutzbewegung begleitet. Hier wurden die politischen Rahmenbedingungen der Szenarien diskutiert und festgelegt:
— kein seperater Atomausstieg für Hamburg, sondern bundesweiter Ausstieg,
— Stromverbrauchsentwicklung wie bisher als Referenz-Szenario und als sog. Einsparvariante ein nur geringer Rückgang, ausgelöst durch verstärktes Sparbewußtsein der Bevölkerung und der Wirtschaft,

— eine sofortiger Ausstieg, bei dem alle Atomkraftwerke bis Ende 1989 stillgelegt werden,
— ein mittelfristiger Ausstieg, bei dem dies bis 1997 geschieht, und
— ein an den steuerrechtlichen Abschreibungsdauern der Atomkraftwerke orientierter langfristiger Atomausstieg bis zum Jahr 2005.

Die Betrachtung der Auswirkungen der verschiedenen Ausstiegspfade konzentriert sich auf
— die bilanziellen Konsequenzen für die HEW,
— auf die Mehrkosten für die Stromerzeuger und den Aufpreis für die verschiedenen Stromverbraucherinnen,

Neubau von Kraftwerkskapazitäten von 350 bis 700 MW bei einer Höchstlast der Hamburger Stromverbraucher von 1.800 bis 2.000 MW;

Mehrkosten für den fossilen Brennstoffeinsatz in Höhe von ca. 500-700 Mio. jährlich (verschiedene Varianten für die Energiepreisentwicklung), bezogen auf die erzeugte Kilowattstunde Strom rund 5 Pfg/kWh;

Anstieg der Emissionen von Schwefeldioxid und Stickoxide um das 3,5-fache, von Staub um das 4-fache und von Kohlendioxid um das 5-fache gegenüber der fortgesetzten Atomenergienutzung.

Bei einem Sofortausstig entfallen 1.650 Ton-

nen Uran abgebrannter Brennelemente.

Die DIW-Gutachter quantifizieren nicht die radioaktiven Emissionen, die bei den jeweiligen Ausstiegspfaden entfallen, genauso wenig wie die Verringerung der Aufheizung der Elbe durch die Stillegung der Atomkraftwerke. Desweiteren werden das finanzielle Risiko ungelöster Entsorgungsprobleme und die nukleare Bedrohung durch den fortgesetzten Betrieb von Atomanlagen nicht betrachtet.

Die GAL stellte fest:

»Wir sehen uns in unserer politischen Forderung nach sofortiger Abschaltung der Atomkraftwerke bestätigt. Es gibt keine ernsthaften Hinderungsgründe, weder wirtschaftlicher noch ökologischer Art, die eine umgehende Abschaffung dieses ungeheuren Risikos unmöglich machen würden. Wir möchten allerdings das Zahlenwerk dieses Gutachtens auf einem ganz anderen politischen Hintergrund entwickelt sehen,... Denn leider haben sich die Gutachter in ihren energiepolitischen Annahmen und Zahlenansätzen blind von der Absatzstrategie und den betriebswirtschaftlichen Interessen der HEW leiten lassen. Die Fakten, die das Gutachten aufzeigt, sprechen eine deutliche Sprache für den Atomausstieg. Der Geist des Gutachtens und die allgemeinen politischen Vorgaben, von denen es ausgeht, sprechen aber eine andere Sprache: den Atomausstieg möglichst auf die lange Bank schieben. Damit ist die DIW-Studie ein Parade-Beispiel für die zwiespältige SPD-Politik, die es sich zwar nicht mehr leisten kann, sich gegen wissenschaftlichen Sachverstand und öffentliche Meinung zu stellen, in ihrem politischen Handeln aber alle wirksamen Maßnahmen zu einem Atomausstieg unterläßt.«

Eine Gefälligkeitsstudie für die HEW!

Eine sichere, ökologische und soziale Energieversorgung ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe, die nicht dem betriebswirtschaftlichen Kalkül überlassen sein darf, sondern eine veränderte Geschäftspolitik der Hamburgischen Energieversorgungsunternehmen erfordert. Die Weiterproduktion von hochradioaktivem Müll und die Bedrohung Hamburgs durch eine radioaktive Verseuchung lassen sich nicht durch üppige Dividenden, gefüllte Steuersäckel oder hohe Konzessionsabgaben legitimieren.

Neben vielen anderen Kritikpunkten an der Studie des DIW ist das Gutachten vor allem hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Analyse der HEW zu kritisieren:

Das DIW malt ein Katastrophen-Szenario für die HEW im Falle des Sofortsausstiegs. Dann müßten laut DIW-Gutachten 2,5 Milliarden D-Mark als »Aufwendungen für Verlustübernahme« verbucht werden. Dieses würde die Bilanz der HEW überlasten und die Gefahr herbeiführen, daß die HEW Konkurs anmelden müsse.

Tatsächlich hätte die HEW aber die Möglichkeit, diese steuerrechtlichen Verluste auf mehrere Jahre zu verteilen, so daß der Konkursgrund nicht mehr gegeben wäre. Dazu bedarf es lediglich eines formlosen Antrages an die oberste Finanzbehörde. Die Veränderung der Abschreibungsmodalitäten ist vor allem dann zulässig, wenn es nur steuerrechtliche Verluste (auf dem Papier der vorgeschriebenen Gewinn- und Verlustrechnung für das Finanzamt) sind und keine übermäßigen monetären Verpflichtungen gegenüber Banken oder anderen GläubigerInnen. Das ist bei der HEW der Fall. Das DIW hätte die Liquidität der HEW aufzeigen müssen. Denn im Falle des Sofortausstiegs stehen die HEW nicht vor halsbrecherischen Verpflichtungen, die sie zu zahlen hätte. Durch den Sofortausstieg entstehen in der Hauptsache nur ein bilanzieller Verlust, der vorübergehend eine Gewinnausschüttung an die Aktionäre minimiert. Die HEW selbst kann auf Grund ihres sicheren Absatzgebietes und der damit verbundenen Liquidität das Versorgungsgeschäft mittelfristig gewinnbringend fortsetzen.

Diese Situation wird aber in der DIW-Studie nicht analysiert, stattdessen werden neue bundesgesetzliche Änderungen beschworen.

Das DIW arbeitet nicht heraus, daß die HEW die Investitionen in ihre AKW-Beteiligungen durch Einnahmen aus dem Strom- und Fernwärmeverkauf zum größten Teil bereits bezahlt hat. Die Darstellung der tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Situation der HEW hätte erfordert, daß das DIW Einblick in die Preiskalkulation der HEW erhält. Das ist ein delikates Problem. Es hätte die Frage geklärt werden müssen, wie die HEW ihre Strom- und Fernwärmepreise kalkulieren. Offensichtlich sind die Preise so festgelegt, daß sich die Investitionen weit früher bezahlt gemacht haben als nach der steuerlichen Abschreibungszeit der Gewinn- und Verlustrechnung.

An das DIW ist der Vorwurf zu richten, daß sie aus den Jahresberichten der HEW der vergangenen Jahre einen großen Teil von Daten hätte herausfiltern können, um ein weniger schwammiges Bild von der HEW zu zeichnen. Dabei wäre möglicherweise herausgekommen, daß insbesondere durch die hohen Preise für die Haushalte und für die gewerblichen Tarifkunden die Investitionen der HEW frühzeitig bezahlt worden sind. Diese Vermutung konnte bei der letzten Tarifberatung der Bürgerschaft seitens des Senats nicht entkräftet werden.

Der Senat verdient an den hohen Tarifpreisen über die Konzessionsabgabe jedes Jahr kräftig mit. Von dieser Seite wie von seiten der HEW liegt kein Interesse vor, daß die Preiskalkulation als ungerechtfertigt hoch aufgedeckt wird. Die Preiskalkulation ist aber eine wesentliche Grundlage, um die betriebswirtschaftliche Situation der HEW mit ihren Schulden und Forderungen, mit ihren stillen Reserven und ihrer Liquidität abzuschätzen.

Das DIW hat mitgeholfen, die hohen Gewinne der HEW weiterhin zu verschleiern. Trotz vieler Sätze enthält die Studie keine neuen Erkenntnisse über die ökonomische Situation der HEW.

Erika Romberg, GAL-Frauenfraktion der Hamburger Bürgerschaft.

Flugblatt der »Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland« zum Münsteraner SPD-Parteitag

Die Ausstiegslüge

Beschluß des SPD-Bundesparteitages von Okt. 1986

1. Die Neuorientierung der Energiepolitik ohne Atomkraft ist eine historische Zäsur. Zum ersten Mal in der Geschichte stehen wir vor dem Problem, eine hoch entwickelte Technologie wegen ihrer nicht zu beherrschenden Gefahren und Risiken in einem geordneten Rückgang aufzugeben. Auch nach jahrzehntelangem Betrieb von Atomkraftwerken ist es nicht gelungen, die räumlich und zeitlich unbegrenzten Gefahren und Risiken für Leben und Umwelt durch radioaktive Strahlenbelastung abzuschätzen und auszuschließen. Im Bewußtsein unserer Verantwortung auch für die kommenden Generationen hält der Parteitag es auf Dauer nicht für verantwortbar, die Menschen den atomaren Gefahren und Risiken, auch denen der zivilen Nutzung der Atomkraft, auszusetzen. Dies gilt um so mehr, als es heute schon andere Energietechniken gibt, die langfristig, ressourcenschonend und umweltverträglich eingesetzt werden können.
2. Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraumes von zehn Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten.
Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzgebungsmehrheiten. Um sie herbeizuführen, suchen wir das Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen: Den Gewerkschaften, den Betriebsräten, den Arbeitnehmern, der Energiewirtschaft, den Unternehmern, den Kommunen, der Wissenschaft, den Bürgerinitiativen und allen Bürgerinnen und Bürgern.
3. Der Parteitag ruft die gesamte Partei auf, sich an dieser Anstrengung zu beteiligen. Dabei kommt den Arbeitsgemeinschaften und insbesondere der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen eine große Bedeutung zu.
Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Konzept für diese Aktivitäten zu erarbeiten.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des SPD-Bundesparteitages!
Erinnern Sie sich noch? Der vorstehende Text war von Ihnen; das war ein Beschluß des SPD-Bundesparteitages vom Oktober 1986.

Große Worte — doch welche Taten folgten?

In Nordrhein-Westfalen trägt die SPD schon lange die Regierungsverantwortung; hier betreibt sie auch den »Ausstieg«:

— Trotz weltweiter Überkapazitäten für angereichertes Uran steht die SPD der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) sehr wohlwollend gegenüber. Wenige Tage nach Tschernobyl wurde die UAA im Juni 1986 gemeinsam von Minister Riesenhuber (CDU), Minister Jochimsen (SPD) und Bürgermeister Jäkel (SPD) feierlich eingeweiht. Unter Hinweis auf den »Ausstiegswillen« der SPD wurde die Landesregierung wiederholt aufgefordert, das Genehmigungsverfahren für den Ausbau der UAA zu stoppen — erfolglos. Jetzt wird damit gerechnet, daß die SPD-Landesregierung täglich die Genehmigung erteilen wird. Damit wird der Weiterbau und Weiterbetrieb von neuen Atomkraftwerken gefördert und gewährleistet. (Ausstieg aus der Atomenergie?)

— Der Betrieb von Atomanlagen ist an den »Entsorgungsnachweis« gekoppelt. Ohne »Entsorgungsnachweis« dürfen offiziell keine Atomanlagen laufen. Damit sie aber laufen dürfen, erfinden Industrie und Politiker ständig neue »Entsorgungswege«. In NRW sorgt die SPD für die »Entsorgung«, indem sie sich ständig für eine rasche Fertigstellung des Brennelemente»zwischen«lagers (BEZ) in Ahaus einsetzt. Das BEZ (baugleich mit dem Castorlager in Gorleben) ist insbesondere zur Lagerung von abgebrannten und gebrochenen Kugelbrennelementen aus dem Lieblingskind der SPD, dem Thorium-Hochtemperaturreaktor 300 in Hamm Uentrop, im Gespräch, dessen Betrieb und Entsorgung große Probleme, z.B. durch hohen Abbrand, bereitet. Daß das BEZ in einem Tieffluggebiet gebaut wird, stört die SPD ebensowenig, wie die Tatsache, daß auch die UAA Gronau in einem Tieffluggebiet liegt. (Ausstieg aus der Atomenergie?)

— Die Atomenergie wurde und wird seit Tschernobyl auch in SPD-Bundesländern ausgebaut, von der steigenden Zahl der Atomtransporte z.B. auch in NRW ganz zu schweigen. An diesem Ausbau der Atomenergie ist u.a. die VEW beteiligt, die für den THTR 300 in Hamm-Uentrop zuständig ist, die in diesen Tagen das AKW-Lingen II übernimmt, und die bereits »Gutachten« für eine Hochtemperaturreaktor 500 erstellen läßt. Verantwortlich für den Atomkurs sind auch zahlreiche SPD-Mitglieder, so z.B. Dortmunds Oberbürgermeister Günter Samtlebe (SPD), der Vorsitzender des VEW-Aufsichtsrates ist. Diesen SPD-Mitgliedern scheint ihr eigener Parteitagsbeschluß von 1986 unbekannt zu sein, hieß es doch damals: *»I.3. Der Parteitag fordert die Sozialdemokraten in den Ländern auf, an der Umsetzung des (Ausstiegs)Konzeptes aktiv mitzuwirken.«* (Ausstieg aus der Atomenergie?)

— Jede Atomanlage setzt bereits im sogenannten Normalbetrieb Radioaktivität frei, die selbst in geringen Mengen Leben und Gesundheit erheblich gefährdet. Unfälle und ständige Störfälle gefährden uns zusätzlich. Die SPD hätte die Möglichkeit dem entgegenzuwirken, und den sofortigen Ausstieg konsequent voranzutreiben: *»Nach § 17 Absatz 5 des Atomgesetzes (sind) Genehmigungen (für Atomanlagen) dann zu widerrufen, wenn dies wegen einer erheblich Gefährdung der Beschäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit erfoderlich ist, und nicht durch nachträgliche Auflagen in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen werden kann.«* (Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes NRW: Rationale Energiepolitik für eine rationale Energieverwendung, S. 39). Diesem Gesetz zufolge könnte z.B. das Land NRW alle laufenden Atomanlagen (AKW Würgassen, THTR 300 Hamm-Uentrop, UAA Gronau, Kernforschungszentrum Jülich — nuklearer Bereich) sofort stillegen. Dem Parteitagsbeschluß von 1986 zufolge sollte ja auch bereits in der Zeit von 1986-1988 mit der Stillegung der ersten AKW's begonnen werden (vergleiche Beschluß I.1.). Besonders in NRW hätte die SPD den Beschluß umsetzten können, es fehlte jedoch der ernsthafte politische Wille. (Ausstieg aus der Atomenergie?)

Die SPD ist gefordert, bei dem diesjährigen Parteitag klare Positionen zur Atomenergie zu fassen. Sie muß entscheiden, ob sie weiterhin mehr oder weniger direkt die Atomindustrie unterstützen wird, oder ob sie bereit ist, die Bevölkerung im Kampf gegen die lebensbedrohende Atomenergie zu unterstützen. Die SPD darf nicht glauben, daß die Ausstiegslüge der bisherigen Wischi-Waschi-Beschlüsse nicht erkannt wurde. Bisher stieg die SPD zwar aus — aber nur aus dem Ausstieg. Es gibt aber keine Alternative zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie!

Wir fordern alle SPD-Mitglieder auf, in allen Parteigremien eindeutige Beschlüsse gegen die Atomenergie zu treffen, und gleichzeitig aktiven Widerstand gegen Atomanlagen zu leisten. Dabei muß sich die SPD auch gegen die Kriminalisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung aussprechen!

Wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen möchten, Fragen haben, wichtige Informationen (z.B. über die Machenschaften der Atomindustrie) mitteilen wollen etc., wenden Sie sich bitte vertrauensvoll (ggf. ruhig anonym) an die untenstehende Kontaktadresse.

SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN IN GRONAU, LINGEN UND ANDERSWO!

V.i.S.d.P.: deutsch-niederländische »Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland«, c/o Arbeitskreis Umwelt Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau; Spendenkonto: AKU Gronau, Volksbank Gronau, c/o W. Leuders, BLZ: 401 640 24, Kto. 110 551 700, Kennwort: SPD.

Euregio-Konferenz im UAA Sommercamp bei Gronau

Protokoll vom 13. August 1988

UAA — Sommercamp:

Die Konferenz begann mit einem Bericht über den bisherigen Campverlauf. Das Camp hatte bereits am 11.8.88 begonnen. Wetter: gut. Leute: gut drauf. Am Donnerstag, 11.8.88 begann das Camp mit wenig Leuten und ohne Diskussionen. Abends gab es eine Abendveranstaltung in einer Kneipe in Ahaus und Gronau (15 Leute). Nachts wurde an der Campzufahrt ein Transparent abgefackelt. Danach gab es Nachtwachen. Freitagmorgen: Telefoninterview mit Radio Münsterland (WDR I). Einige Leute besuchten das UAA Infocenter, es kam zu sinnlosen Diskussionen. Anschließend wurde im Camp über den Besuch diskutiert. Abendveranstaltung zu Lingen und HTR — Problematik (ca. 20 Leute). Das Camp füllt sich langsam (während der Konferenz waren über 30 Leute gleichzeitig da). Nachtspaziergang an der UAA mit Knalleffekten.
Samstagmorgen gab es in der City einen Infostand. Die letzten Campingflugies wurden ergebnislos an die Bevölkerung verteilt.
Seit genau 15 Uhr: Euregio-Konferenz im Camp!

UAA Gronau:

Die UAA Ausbaugenehmigung liegt noch immer nicht vor. Sobald sie erteilt wird, findet am 2. Samstag danach in Gronau eine Demo statt, 11 Uhr, Rathaus. Die Uranitjahresbilanz hat in den Gronauer Nachrichten eine ungeahnte Leser/innenflut verursacht.

BEZ Ahaus:

Die Dauermahnwache am Bauplatz wurde zu Beginn der Schulsommerferien beendet. Es hatten sich insgesamt ca. 50 Leute beteiligt, darunter auch viele Ahauser/innen. An einem Gottesdienst hatten sich ca. 100 Leute beteiligt, die Pfarrer kamen dabei nicht aus Ahaus. An einem Tag während der Mahnwache wurde über dem BEZ die Tiefflughäufigkeit gezählt: von 6-8 Uhr 15 Stück!
Die BI nahm die Einladung der Katholischen Landjugend zu einer Veranstaltung an. Ca. 70 % der KLJB Leute sind gegen das BEZ oder gegen Atomenergie. Die Solarzellen, die das Ahauser Freibad heizen, wurden durch BEZ-Gelder finanziert! Bei einen NEIN der Stadt Ahaus zum BEZ muß die Stadt 49 Millinen DM an die Steag zurückzahlen!
Zur Zeit herrscht bei der BI Sommerpause, im September gehts wieder weiter. Überlegungen: Demo? Zug durch die Stadt? Mobiler Infowagen? Neue BI-Mitgliederinnen sollen in die Atomtechnik eingearbeitet werden. Das BEZ ist bereits weiter als zeitlich geplant.

Lingen:

AKW II: Das OVG Lüneburg vertritt die Meinung, daß die Genehmigungsbehörden für die Klagen von Coen Hamers und Herbert Masslau zuständig sind. Es gibt keine offizielle Einweihung des AKW, nur eine interne, vermutlich im September. Unterschiedliche Abgasfahnen könnten ein Zeichen dafür sein, daß noch kein Vollbetrieb herrscht. Es gab bisher 2 Schnellabschaltungen, beim zweiten Mal wegen Steuerungsproblemen.

ANF-Brennelementfabrik: Der Parkplatz ist immer voll, der Ausbau wurde genehmigt. Das Gebäude für die Pelletisierung ist fertig. Es gibt fast keine genauen Infos über den Betrieb, z.T. nur von jobbenden Schüler/innen und Studen/Tinn/en. Die weitweite Monopolisierung von Siemens muß stärker beachtet werden.

Molke: Die Pilotanlage zur Molkeentseuchung wird errichtet. Inbetriebnahme soll wohl Anfang 1989 sein. Zuerst sollen 50 Tonnen entseucht werden. Nach weiteren Verhandlungen soll dann die eigentliche Anlage errichtet werden. *"Projektleiter Molke"* ist ein gewisser Diepenbrock aus Krefeld. Er wohnt jetzt in Lingen. Wer kennt ihn näher?
BI Lingen II: Plant ein Umweltfest.
BEgA: Hat eine gute Veranstaltung in Lingen zum Katastrophenplan für Lingen II organisiert gehabt.

Hochtemperaturreaktoren / HTR's:

Eine niedersächsische Genehmigung für einen HTR hätte bundesweite Geltung. Es gab ein Gespräch zwischen BUND und BEgA einerseits und Vertretern der nieders. Landesregierung andererseits. Die Auslegung der Planungsunterlagen wird es wohl nicht vor Ende 1988 geben. Die Kohlevergasung mit HTR's ist bisher wohl noch nicht konkret geplant, das kann aber noch kommen. Vorausschtlich wird es kein Containment geben. (...) Der AKU Gronau hatte einen Bürger/innenantrag mit über 150 Unterschriften an den Stadtrat eingereicht, indem gefordert wurde, daß sich der Rat vorsorglich gegen weitere Atomanlagen in Gronau (u.a. HTR) aussprechen soll. (Der Antrag wurde inzwischen mit den Stimmen der SPD abgelehnt).

Niederlande:

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen sollen überlegen, ab 1992 verstärkt mit Kohlevergasung zu arbeiten (durch HTR's)? Gleichzeitig fordern sie von der Bundesrepublik 1,8 Milliarden DM zurück, falls Kalkar nicht genehmigt werden sollte.
Bis Okober 88 sollen Beiträge für einen Reader, der zum internationelen Kongreß der radikalen Anti-Atom-Inis erscheinen soll, nach Holland geschickt werden. (...)

(gekürzstes Protokoll der Euregio-Konferenz)

Kontakt und Informationen:

Euregiokonferenz, c/o. AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau

Energie-Info Abopreis: 40 DM/Jahr (ca. monatlich)

Konferenz »Atomwaffenverzicht in's Grundgesetz«

Vom 25.-27. November '88 findet eine Konferenz zum bundesdeutschen Atommachtstreben statt. Zum Auftakt am Freitagabend gibt es eine Podiums- und Plenumsdiskussion zum Thema »Atomachse Bonn-Paris«. Für den Samstag haben die Veranstalter eine Plenumsdiskussion zu den militärischen Optionen der Atomindustrie und den Aufrüstungsplanungen der USA und westeuropäischer Staaten nach dem INF-Abkommen vorgesehen. Arbeitsgruppen am gleichen Tag beschäftigen sich mit der Geschichte bundesdeutscher Atommachtambitionen, europäischer Atomstreitmacht, dem Thema »BRD als Drehscheibe der Weiterverbreitung von Atomwaffen, Atom(waffen)technologie in Hanau, Wackersdorf u.a., Atomwaffenforschung in der BRD, Perspektiven und Probleme des Atomwaffensperrvertrages etc.«.

Der Samstagabend ist einer Podiumsdiskussion zur Kampagne »Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz« und der Sonntag allgemeiner Auswertung vorbehalten.

Veranstalter/Innen sind ein breites Bündnis von BUF, Grünen, Jusos, DKP u.a. Der Konferenzort wird bis zum Erscheinen der »Atom« feststehen. Informationen: Koordinierungskreis der Kampagne, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/222826

Info- Karawane von Köln

Nachdem sich die Karawane am 26.6.88 in Köln mit einem Umzug und einem Fest von Köln verabschiedet hatte, zog sie vom 27.6. - 3.7.88 über die Stationen Wesseling, Bonn, Rheinbach, Meckenheim, Bad Neuenahr, Sinzig, Bad Breisig, Andernach, Neuwied, Plaidt, Weißenthurm, Mülheim-Kärlich und Urmitz zum AKW Mßlheim-Kärlich.
Der Zug aus 3 Treckern, 2 Bauwagen, 1 Hänger, zahlreichen FahrradfahrerInnen und einigen PKW's versuchte auf dieser Strecke — unterstützt durch die örtlichen Bürgerinitiativen — durch Informationsstände, Redebeiträge, Musik und Sketche auf die Gefahren durch den Störfallreaktor in Mülheim-Kärlich aufmerksam zu machen.

Schwerpunkte waren:

1. Der Reaktor und seine Pannengeschichte
2. Auswirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung
3. Das RWE als Beispiel für die Politik der Atommafia
4. Der Widerstand gegen das Atomprogramm

Aufgrund der mittlerweile unbestrittenen Tatsache, daß **jede** Strahlung — mag die Dosis auch noch so gering sein — die Abwehrkräfte des Körpers vermindert, **hatten wir die Gefährdung durch die Niedrigstrahlung beim sog. Normalbetrieb besonders problematisiert.** In der Nähe aller Atomanlagen, wo unabhängig von Industrie und Regierung Untersuchungen der dortigen Bevölkerung durchgeführt wurden, waren die Ergebnisse erschreckend (z.B. erkranken dort immer mehr Kinder an Leukämie; die Fälle von Lungenentzündungen häufen sich). Langzeitbeobachtungen wie z. B. in der Umgebung der Atomfabrik in Hanford/USA haben bewiesen, daß auch in nur gering bestrahlen Menschengruppen fast die Hälfte der Menschen früher sterben als unbestrahlte.

Der Reaktor in Mülheim-Kärlich ist seit dem März 1986 in Betrieb. Über längere Zeit mußte er wegen gravierender Störfäle abgeschaltet werden. Seitdem riß die Kette von Störfällen nicht mehr ab, so daß der **'Harrisburg-Reaktor'** heute als der störanfälligste Reaktor der BRD gilt!
Mehrmals wurden von ARGUS (c/o. Brigitte

Nach taz vom 10.9.88:
Atomarer Frieden in Mülheim-Kärlich: Das Atomkraftwerk liegt still. Unmittelbar nachdem das Bundesverwaltungsgericht in Berlin am 9. September 88 die 1. Teilerrichtungsgenehmigung vom Januar 1975 für *"insgeamt rechtswidrig"* erklärt hatte, veranlaßte der Stromgigang RWE, die Anlage auszuschalten. Der 1.300-Megawatt-Reaktor war im August 1987 nach einem 12 Jahre währenden Rechtsstreit — wie es schien endgültig — in Betrieb gegangen.

Die überraschende Entscheidung ist in der Auseinadersetzung über die Atomkraft ohne Beispiel. Noch nie hat das höchste deutsche Verwaltungsgericht eine Atomgenehmigung für gänzlich rechtswidrig erklärt. Ausschlaggebend für das Urteil war ein hanebüchener Winkelzug, den das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium als Genehmigungsbehörde im Verein mit der Betreiberseite vor etwa vierzehn Jahren ausgeheckt hatte. Helmut Kohls damaliger Wirtschaftsminister Heinrich Holtenbrink erteilte am 9. Januar 1975 die Genehmigung für den Bau einer Anlage, die so niemand mehr bauen wollte. Schon Anfang 1974 war allen Beteiligten klargeworden, daß der ursprünglich geplante Standort des Atommeilers auf einer Tonschicht im Rheintal für den Bau ungeeignet war. Man entschloß sich, den Gebäudekomplex um 70 Meter zu verschieben und nicht mehr in der usprünglich vorgesehenen Kompaktbauweise zu errichten.

In seiner mündlichen Begründung rügte Gerichtspräsident Horst Sendler, daß die Genehmigungsbehörde die Anlage dennoch zunächst nach den ursprünglichen Plänen genehmigte und ganze 11 Tage später die Freigabe für die geänderte Anlage erteilte. Damit wollten Behörde und Betreiber eine Wiederholung des aufwendigen Erörterungstermins aus dem Weg gehen. Die Anlage sei so wesentlich geändert worden, sagte Sendler, daß *"Sicherheitsfragen mindestens neu hätten geprüft werden müssen"*. Darauf hätte die Behörde jedoch verzichtet und

zum AKW Mülheim-Kärlich

Schneider, Friedrich-Ebert-Ring 44, 5400 Koblenz, Tel.: 0261/38410) erhöhte Luftradioaktivität gemessen. Es liegt nahe, daß nach der Katastrophe 1979 in Harrisburg beängstigende Parallelen gezogen werden müssen.
Mary Osborne aus Harrisburg hatte ab 1984 mutierete Pflanzen entdeckt und gesammelt. Seit dem Unglück in Harrisburg gibt es dort eine signifikante Erhöhung der Anzahl mutierter Pflanzen (von den bisherigen Krebstoten und Erkrankungen ganz zu schweigen).
Auf unseren Informationstafeln zeigten wir Fotos dieser Pflanzen mit folgenden Anomalien: Verlängerung, Verdickung oder bündelförmiges Zusammenwachsen der blütetragenden Stiele; verspätetes und/oder vermindertes Blühen; Farbänderungen; somatische Schäden; Veränderungen bei Anzahl und Form der Blütenteile; Blattanomalien wie Einrollen der Blattränder; Verformung des Geäders usw., sowie nicht vorhandene oder reduzierte Blattgrünbildung.
Wir waren nicht wenig überrascht und entsetzt, als eine Bürgerin aus Bendorf (6 km vom AKW entfernt) uns eine Pflanze aus ihrem Garten mitbrachte, bei der der Stengel verdickt und die Blütenblätter zusammengewachsen waren. Außerdem war sie doppelt so groß wie eine normale Planze derselben Art. Bald hörten wir von anderen Pflanzenanomalien in der Umgebung.
Aufgrund der Erfahrungen aus Harrisburg und der Tatsache, daß radioaktiv bestrahlte Pflanzen häufiger mutieren als unbestrahlte, liegt die Vermutung nahe, **daß die Radioaktivität des AKW Mülheim-Kärlich diese Mutationen verursacht hat und weiterhin verursacht.**
Die Bürgerinitiativen vor Ort und wir von der Kölner Mülheim-Kärlich-Gruppe werden verstärkt weiteren Beweisen nachgehen.
Wie wir nach Abschluß unserer Info-Karawane erfuhren, hatte die **Koblenzer Polizeiführung** — nach außen "gesprächsbereit" und "bürgernah" — während der Kundgebung (ca. 300 Leute) am AKW am 3.7.88 gegen 14.45 Uhr **weiträumig Straßen und Feiwege abgesperrt und AutofahrerInnen am Weiterfahren gehindert.** Fußgänger auf Feldwegen mußten sich ausweisen. Die Kundgebung war wie alle vorhergehenden Veranstaltungen ordnungsgemäß angemeldet und genehmigt. **Diese Einschränkung der Demonstrationsfreiheit zeigt wieder einmal, daß die Polizei ein Instrument in den Händen der Atommafia ist.**
Ein weiteres Schreiben — **vom Bonner Polizeipräsidium** erhielt der Veranstaltungsleiter unserer Infokarawane, einen "Beschwerdebrief". Wir hätten während des (genehmigten) Umzugs in der Bonner Innenstadt 3 Kreuzungen blockiert und unzumutbare Verkehrsstörungen verursacht (während dieser Demonstration gab es von Seiten der Polizei **keine** Beanstandungen). **Die Bonner Polizei wolle bei künftigen Veranstaltungen unseres Personenkreises diese negative Erfahrung mit uns berücksichtigen.**
Diese offenkundige Drohung empfinden wir — gelinde gesagt — als Unverschämtheit.

Mülheim-Kärlich-Gruppe des Kölner Anti-AKW-Plenums

Kontaktpersonen:

Klaus Fischer, Viersenerstr. 16, 5000 Köln 60, Tel.: 0221/725677
Evi Wandelt, Worringerstr. 28, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/ 726467

Mülheim-Kärlich ausgeschaltet!

sich damit eines *"Prüfungs- und Bewertungsdefezits"* schuldig gemacht. Zwar sei die Eignung des genauen Standpunkt der Anlage in späteren Genehmnigungsschritten geprüft worden, erklärte das Gericht, dies könne jedoch die Prüfung des *"großräumigen Standorts"* nicht ersetzen.
Das AKW — 50 Kilometer von Bonn — steht in unmittelbarer Nachbarschaft des Rheins, einer Bundesstraße und einer Bundesbahntrasse.

Das Mainzer Umweltministerium und das Betreiber-Unternehmen RWE bemühten sich nach dem Urteil um Schadensbegrenzung. Die TEG sei lediglich kassiert worden, weil *"Formfehler unterlaufen"* bzw. *"Verfahrensmängel"* aufgetreten seien. Das Sicherheitskonzept des Atomkraftwerks, das ähnlich aufgebaut ist wie der Unfall-Reaktor von Harrisbur, sei nicht beanstandet worden. Sendler hatte jedoch ausdrücklich betont, die Genehmigungsbehörde müsse nun *"im Grunde erstmalig"* die Eignung des Standortes klären.

Das RWE zeigte sich nach bekanntwerden des Urteils tief beleidigt. Die Stillegung erfolge nach einer *"einmalig langen Prozeßdauer"*. Mülheim-Kärlich sei *"wie kein anderen von den Gerichten geprüft worden"*.
Der Ministerialdirektor im Mainzer Umweltministerium, Armin Korn, erklärte selbstbewußt, man *"traue sich zu"*, den Stillstand am Rhein auf sechs Monate zu begrenzen, falls nicht erneut die Öffentlichkeit beteiligt werden müsse.
Ob ein neuer Erörterungstermin — es wäre der vierte — unumgänglich ist, wollte Korn ohne genaue Kenntnis des Urteils nicht entscheiden.

Das sich die *"Rechskraft erstmal nur auf den Kläger"* beschränke, sei es aber möglich, daß nur er beteiligt zu werden brauche. Wenn das Öfentlichkeitsverfahren vollständig neu aufgerollt werden müsse, bedeutete dies ein "open end".
Hocherfreut zeigte sich Kläger-Anwalt Gerd Klöckner, über das überraschende Urteil. Klöckner war wie der letzte verbliebene Kläger, Walher Thal, nicht unter den Zuhörern bei der Urteilsverkündung. Daß die rheinisch-pfälzische Landesregierung prompt die Stillegung des Reaktors verfügte, sei *"eher ein Zeichen von politischem Kalkül als von besserer Einsicht"*, meinte Klöckner.
Die grüne Bundestagsabgeordnete Lilo Wollny forderte, das AKW müsse nicht nur vorübergehend sondern endgültig abgeschaltet werden.

Bericht vom 2. Aktions-treffen gegen Hochtemperaturreaktoren-Modul und »standortunabhängiges Genehmigungsverfahren«

Am Samstag den 6.8.88 trafen sich zum zweiten Mal VertreterInnen von Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbänden und Parteien (Jusos, Grüne) in Hannover um Erfahrungen auszutauschen. Im Einzelnen kamen diese Menschen aus den Gegenden: Lübeck, Emden, Oldenburg, Osnabrück, Grafschaft Bentheim, Lüchow-Dannenberg, Hannover, Helmstedt, Braunschweig, Göttingen, Bielefeld, Dortmund und Darmstadt.

Zunächst wurde ein gemeinsamer Informationsstand hergestellt, der für die derzeitigen Aktivitäten, das Durchführen von Veranstaltungen, unerläßlich ist. Bei den Berichten aus den Regionen wurde klar, daß im Emsland und in Helmstedt/Salzgitter mit Abstand die stärkste Unruhe gestifet wurde.

Im Verlauf der Diskussion kam die Frage auf, ob wir diesem Verfahren nicht zu einer Legitimation verhelfen, wenn wir Einwendungen in diesem Verfahren erheben; uns also immanent verhalten, wo es darum gehen muß, diesem Verfahren die Legitimation zu entziehen.

Diese radikale Frage läßt sich in der Tat nicht durch eine bestimmte Haltung beantworten und auch nicht automatisch dadurch umgehen, indem wir in der Einwendung selbst ein Argument gegen dieses Verfahren formulieren. Die Frage läßt sich immer nur dort entscheiden, wo Legitimation entstehen soll — in den Köpfen der Leute; also beim Zeitung lesen, beim Einwendungen sameln, auf Veranstaltungen oder auf Erörterungsterminen.

In so fern ist es eine taktische Frage, die wir uns immer wieder neu stellen müssen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Politisierung immer da einsetzt, wo wir den Leuten die bösartigen Wirkungen eines solchen Genehmigungsverfahren erklären können.

Neben der Mobilisierung zu potentiellen Standorten ist dieser Punkt das verbindende Moment der Kampagne. Dabei müssen wir vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als ob jetzt schon klar wäre, daß die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen auch kommt, und daß dem der Erörterungstermin folgt, und sich dem Vorbescheid auch noch eine Standortbenennung anschließt. Wir müssen zwar die nächsten Schritte der Mafia kennen und auf sie vorbereitet sein; wir müssen sie jedoch nicht, wie das Schlagen der Uhr, erwarten.

Was wir tun werden, wenn die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen (frühestens Ende '88/Anfang'89) statt findet

Der Beginn der 8wöchigen Auslegungsfrist muß spätestens 1 Woche vorher durch das niedersächsische Umweltministerium in *"geeigneten Tageszeitungen"*, dem Ministerialblatt für Nds. und im Bundesanzeiger angekündigt werden.

Die Arbeit beginnt:

Die Jenigen, die sich bis zu diesem Zeitpunkt bei der AG gegen HTR (Hannover) gemeldet haben werden vom Beginn der Auslegungsfrist, per Post benachrichtigt.

Erste Stellungnahmen gehen bei der Presse ein. Vorbereitungen für das gemeinsame *"Einsicht Nehmen"* der Planungsunterlagen in der 4. Woche und das Sammeln der Einwendungen können getroffen werden.

Erster Tag (wahrscheinlich ein Montag):

Die Unterlagen werden von den Sachbeiständen eingesehen. Die inhaltlichen Argumente gegen das beantragte "Konzept" HTR-Modul erhalten danach ihre entsprechende Form.

Zweiter Tag:

Die Einwendungslisten können gedruckt und verschickt werden.

am 6. August

Frühestens am 3. Tag / spätestens zum Ende der ersten Woche:
halten die Ersten, die allgemeine Einwendungsliste in den Händen. Erst jetzt werden die Einwendungen unterschrieben werden können. Besser noch, es geraten unterschiedliche Versionen von Einwendungen in den Umlauf. Die allgemeine Einwendung, kann verändert werden durch das:
Vertauschen der Reihenfolge der Argumente, Veränderungen des Satzbaus und der Satzstellung, hinzufügen von Sätzen und Argumenten bis zur Veränderung des Lau-Out und handschriftliche Einwendungen.
Auf diese Weise könen wir die Behörde zwingen, dem Prüfen der Einwendungen auch den gebührenden Zeitaufwand zu opfern. Andere, veränderte Argumente können nämlich auf neue, bislang unbeachtete Fragestellungen hinauslaufen, die bei der Erteilung des Vorbescheids berücksichtigt werden müßten. Werden solche u.U. qualitativ guten Argumente nicht berücksichtigt, würde der Vorbescheid angreifbar. Nur innerhalb der 8 Wochen können Einwendungen unterschrieben, gesammelt und abgegeben werden. Einwendungen die das Ministerium einen Tag später erreichen, müssen nicht mehr berücksichtigt werden.
Für das Verteilen und Sammeln der Einwendungen, sowie für die Koordination der Aktion während des gesamten Verfahrens steht uns das Büro der Bürgerinitiative Umweltschutz Hannover zur Verfügung. Die Adresse steht unten, hier kann angerufen, hingegangen und nachgefragt werden.

Die Aktionen während der Auslegungsfrist:

Während der Dienststunden sind bei der Genehmigungsbehörde die Planungsunterlagen öffentlich auszulegen und müssen auf Wunsch jedermann/frau erläutert werden. **(Umweltministerium, Archivstr. 2, 3000 Hannover 1, Tel.. 0511/1040).**
Einwendungen können aber auch mündlich bei der Genehmigungsbehörde zur Niederschrift erhoben werden.
Der Zutritt zu den Unterlagen darf niemand verwehrt werden. Die Tatsache wollen wir nach Möglichkeit über die Dauer dieser Zeit nutzen! Auf dem letzten Treffen gab es Einige, die für ihre Besuche Phantasien entwickelten, die hier nicht näher beschrieben werden sollten.
Es wäre gut, wenn sich noch mehr Gruppen zu einem Besuch beim Umweltministerium entschließen würden. Hierfür wären auch die MitgliederInnen von kommunalen Räten anzusprechen, da die Beteiligung der *"Träger öffentlicher Belange"* in diesem Verfahren wohl nicht gesondert durchgeführt wird. Damit könnte über die gesamte Dauer der Zeit das Ministerium beschäftigt werden und die Presse hätte Gelegenheit zu berichten.
Wer in der Woche Zeit hat oder gar einen Bus voll Leute mitbringt, sollte vorher über die Bürgerinitiative Umweltschutz mit der AG gegen HTR Kontaktaufnehmen. Wir werden dann, falls gewünscht, die nötigen Pressekontakte herstellen, Ratschläge von vormaligen Besuchern weiter geben und für Übernachtungsmöglichkeiten sorgen.

Am Mittwoch in der 4. Woche
treffen wir uns **alle in Hannover**. Das Ziel ist es, gemeinsam einen Blick in die Unterlagen zu werfen, die im Umweltministerium ausgelegt werden.

Zehn Tage vor dem Ende der Frist
sollte der späteste Termin für die Ablieferung der Einwendungslisten bei den Verteilern sein. Die einzelnen Verteiler sollten das Klagerecht der Einwender durch Fotokopien von den Einwendungen sichern.

Dieses fotokopieren wurde in der Vergangenheit nur von den Jenigen gemacht, die schon wußten, daß sie klagen werden und wo das Geld dafür herkommt. In diesem standortunabhängigen Verfahren ergibt sich eine andere Situation: Wir können noch nicht wissen, wen wir wann und wo klagen lassen müssen!
Die Verteiler sollten nach Möglichkeit auch das Zählen der Unterschriften nicht vergessen, da bei einem durchschlagenden Erfolg der Kampagne nicht genügend Leute in Hannover aufzuteiben sind, die diese Tätigkeit übernehmen können.
Für das Abfassen eigener und das Verändern der allgemeinen Einwendung, sowie für das Sichern und Zählen der gesammelten Einwendungen, werden wir zum nächsten Aktionstreffen im Oktober ein Papier vorlegen. Dieses Papier wird auch mit den ersten allgemeinen Einwendungen aus Hannover versand.

Eine Woche vor dem Ende der Frist
ist der Zeitpunkt der Abgabe der Einwendungen bei der Bürgerinitiative Umweltschutz Hannover. Die Einwendungen sollten nicht direkt an das Umweltministerium geschickt werden. Denn wir haben vor, dem Ministerium die gesammtelten Einwendungen "in einem feierlichen Akt" zu übergeben. Anschließend ist Fete.

Wer noch Interesse am 1. und 2. Protokoll hat, oder sonst wie nach Informationen zu HTR-Modul und Genehmigungsverfahren Ausschau oder Einwendungen machen will und Interesse an Aktionen hat, kann sich an die folgende Adresse wenden:

Arbeitsgruppe gegen HTR-Modul, c/o. BI Umweltschutz, Spepanusstraße 25, 3000 Hannover 91, Tel.: 0511/443303 oder /445212

Einladung!

Das 3. Aktionstreffen gegen HTR und Genehmigungsverfahren findet diesmal am
8/9. Oktober 1988, um 14.00 Uhr, in der "Lagerhalle" (Name des Veranstaltungsortes) in Osnabrück statt.

Kontakt und Anmeldung für das nächste Treffen:

Osnabrücker gegen Atomanlagen, c/o. Heinrich Funke, Gart-Lager-Weg 15, 4500 Osnabrück, Tel.: 0541/78709

Beispiellose Lehrzeit

Werbeagentur bespitzelt Bürgerinitiativen

Im Juli dieses Jahres wurde ein längeres Papier "öffentlich", in welchem die Bremer Werbeagentur Wächter dem Konsortium Texaco / Wintershall ihre Vorschläge für eine Werbekampagne zur Durchsetzung einer Ölforderanlage im Wattenmehr präsentiert.
Das Dokument ist zwar unvollständig, gibt aber einen guten Einblick in die menschen- und naturverachtende, durch und durch manipulative Politik, mit der eine Bohrinsel im Wattenmeer durchgesetzt werden soll. Daß dieses PR-Konzept nicht einen Ausnahmefall darstellt, wird schon in der Einleitung desselben deutlich. Darin verweist die Werbeagentur Wächter auf ihre Erfahrungen beim Ausspitzeln der Umweltbewegungen ("destruktive Kräfte") anläßlich der Atomprojekte Brokdorf, Esenshamm und Gorleben.
Wir geben hier auf Grund der Länge des Dokuments (39 Seiten) nur die Gliederung mit einigen exemplarischen Beispielen wieder:

PR-Konzept für Konsortium Texaco/Wintershall ab 1988:

Gliederung:

1. Vorbemerkung (S. 1-2)
2. Vor welcher Situation steht Texaco/RWE mit dem Pilotprojekt Mittelplatte (S. 3-6, unvollständig) (Anm. atom: In diesem Teil wird die Widerstandsbewegung und ihr Aufgabengebiet kurz, aber atemberaubend beschrieben bzw. analysiert. So z.B. die BI Landeskonferenz vom 28./29.11.87 in Münster, wo es um die MOX-Transporte im Januar 1988 nach Lübeck ging.)
3. Liste des von der Werbeagentur angebotenen Personals, u.a. RCDS und der Journalist Mertes von der Redaktion Report (S. 7-8)
4. Der PR-Roman "Tatsachen" (S. 9-10) (Anm. atom: hier wird die Herausgabe eines Buches zum Konflikt — Ölborinsel im Wattenmeer — vorgeschlagen. Auszugsweises Zitat:*"(...) Ziel ist die Brechung verfestigter einseitiger Betrachtungsweise des Publikums und suggestiver Falschmoral. Nicht diejenigen, die Widerstand im Sinne von Verhindern leisten, verdienen die Anerkennung einer "besseren Moral", sondern jene, die diesem wohlfeilen Widerstand ihrerseits widerstehen als Menschen, die Tat-Sachen verpflichtet sind vor sicht selbst und für andere (...)"*)
5. Die Phasen des Konzeptes (S. 11-13)
6. PR-Plan: Tankstellenboykott (S. 13-15)
7. Aufbau einer Info-Datei, Aktion Brokdorf (S. 15 unvollständig)
8. Argumentationsanalyse (Die Argumente der Umweltschützer und die Gegenargumente des PR-Planes) (S. 16-19)
9. Grundsätzliche Positionen des Vorhabens (S. 20-22)
10. Unser Auftritt (frisch, jugendlich, mutig) (S. 23-24)
11. Die Konzepte (Schüler-, Mitarbeiter- und Medienmanipulation) (S. 25-38, unvollständig) (Anm. atom: Punkt 11. enthält in kurzer Fassung (Thema, Mittel, Verteilung, Zielgruppe) 13 Konzepte wie man die Bohrinsel in der Öffentlichkeit am besten verkauft. Z.B. Konzept A 8:*"(...)Farbgestaltung für Insel und Versorger; Thema: Vorschläge für die Bemahlung der Insel und der Versorger; Mittel: Einladungsschreiben zum Wettbewerb mit Zeichenmaterial und Farben; Verteilung: Schulen nördlich der Elbe; Zielgruppe: Schüler/Anwohner (...)"*.
Ferner sind 9 Konzepte aufgeführt wie man Störungen durch Gegner der Bohrinsel begegnen soll. Z.B. Konzept B 7:*"(...) Hinweis auf journalistische Sorgfaltspflicht; Thema: Journalisten und Verlage auf Verletzungen der journalistischen Sorgfaltspflicht hinweisen und ihre Einhaltung anfordern; Mittel: Pressebeobachtung. Persönliche Schreiben an Journalisten: Schelte bei Verletzung der journalistischen Sorgfalt, Lob und Dank bei sauberer Berichterstattung. Schreiben an Herausgeber (...)"*

(Anmerkung atom: weiter geht es im Dokument:)

(...) **Vorbemerkung:**

Sie dürfen von uns erwarten, daß unsere Konzeptionen und Aktionen, die wir Ihnen hier darstellen, auf der Basis umfangreicher Erfahrungen erprobt wurden. Das mindert Ihr Risiko erheblich, weil Strategie und Taktik, nachweisbar erfolgreich dokumentiert sind.
Das Wissen wird auch gespeist aus der Kenntnis über das Entstehen und Wirken von destruktiven Kräften in der Bundesrepublik, die planmäßig ihre Aktivitäten auf die verscheidensten Wirtschaftszweige richten und damit wachsende Ratlosigkeit, öffentliches Mißbehagen und Schlimmeres erzeugen. Die Produzenten der öffentlichen Übellaunigkeit befinden sich in maßgebenden Stellungen, überall dort, wo öffentliche Meinung gemacht wird, also auch, oder gerade in den Medien unseres Landes.
Wir sind durch eine beispiellose Lehrzeit gegangen durch unseren Einsatz im Bereich der Kernenergie — von Anfang an. Gerade im Norden des Landes wirkten sich die Aktivitäten seitens der Widerstandsbewegungen verheerend aus. Die Verluste wurden von der Industrie mit Milliarden beziffert.
Unser frühzeitiger Zusammenstoß im PR-Bereich mit diesen destruktiven Kräften veranlaßt uns, sie sehr genau zu beobachten. Wir haben die ganze Entstehung sorgfältig registriert, die Trends und Absichten rechtzeitig erkannt und größeren Schaden abgewendet.
Hat man auf der Negativ-Seite Techniken entwickelt, wie man Informationen verfälscht oder verschweigt, so haben wir auf unserer Seite Techniken entwickelt, wie man trotzdem ein hohes Maß an Informationskorrekturen durchbringt, wie man aus der lähmenden Reaktionsphase ausbricht und mit gezielten Aktonen das Gesetz des Handelns an sich nimmt. Wir wissen, wie man verlorgengegangenes Vertrauen über sympathisch anmutende Aktivitäten zurückgewinnt, wie man in gefährdeten Zonen systematisch die Abwehrkräfte der Bevölkerung mobilisiert und damit Schutzzonen gegen Störungen von außen schafft. Als erfolgreiche Beispiele

gelten hier Brokdorf, Esenshamm und Gorleben, wo es uns gelang, über Jahre durch entwickelte Aktivtiäten, Angst und Mißtrauen der Bevölkerung in Vertrauen zu verwandeln. (...)

(Anm. atom: Ein anderes Kapitel aus dem Dokument:)

(...) **Vor welcher Situation steht Texaco/Wintershall mit dem Pilotprojekt Mittelplatte:**

(...) Die bisherigen PR-Maßnahmen bestehen aus einer Reihe von Aktionen, die um Sympathie und Vertrauen werben. Die Reaktionen waren wohl überwiegend positiv — der Großteil der Bevölkerung zeigte sich weniger interessiert.

Auch die Umweltschützer reagierten bis auf einige aktive Proteste ziemlich zurückhaltend. Sie waren auch dazu gar nicht in der Lage, denn die ganze Kraft der Bewegung konzentrierte sich auf die Bauvorhaben der KKW-Betreiber. Man hatte alle Hände voll zu tun. Die fast gleichzeitig gestarteten Bauvorhaben wie Brokdorf, Krümmel, Gorleben und Wackersdorf zersplitterten die Kräfte der Bewegung. Für mehr Aktivitäten war kaum Platz — selbst die Randgruppeninitiativen wie Vogelschutz in Naturpark usw. wurden für Demonstrationeen und Sabotageakte gegen die Atomindustrie eingesetzt.

Tschernobyl verursachte bei der Widerstandsbewegung neue Höhepunkte und Streßsituationen, aber innerhalb von 14 Monaten flachten die Aktivitäten fast bis zum Nullpunkt ab.

Die Zeiten sind vorbei, wo sich an den Themen 'Kernenergie', 'Wiederaufbereitung' und 'Starbahn-West' Widerstandskräfte entzündeten, die sich zu einer bundesweiten Bewegung entwickelt haben. Als Umweltschützer fanden sie bei der Presse große Resonanz, zumal die vagabundierenden militanten Kräfte, die in ihrem Schutze operieren, stets pressewirksame Aktionen beisteuerten.

Nachdem die Kernkraftwerke fertiggestellt worden sind (und keine mehr in der Planung), muß sich diese Widerstandsbewegung neue Ziele suchen. Sie ist wegen der Standorte der KKW's überproportional stark in Norddeutschland vertreten und hier in ihrer Führungsstruktur besonders fein ausgebildet. Die Gruppe leidet unter Auftragsmangel und fürchtet um ihre Attraktivität. Man weiß eben aus Erfahrung, daß nur spektakuläre Ereignisse Öffentlichkeit schaffen. Die Spaziergänge zu den Zäunen der Kraftwerke oder an die Startbahn West verlieren auf die Dauer an Attraktivität und bringen immer weniger Leute zum Mitmachen.

Man sollte sich aber nicht täuschen. Hinter der Bewegung steht ein beträchtliches Vakuum an Energie, das nur ein Ziel kennt, Mißtrauen und Angst gegen die Regierung zu schüren — und dabei ist jedes Mittel recht.

Man sollte auch davon ausgehen, daß die Bewegung über intelligente Kräfte verfügt mit Verbindungen zu Sympathisanten, die fast jedes Vorhaben durchführen können. Telefonketten und Nachrichtendienste funktionieren.

(...)

Man hat schon vor einem Jahr und früher umgeschaltet auf Aktivitäten, die im Bereich der Sabotage liegen. Sie werden in kleinen Gruppen durchgeführt und richten wegen ihrer Häufigkeit (Massensabotagen — Sabotagen an Zulieferfirmen) großen Schaden an. Man setzte in Führungsgrmein der Widerstandsbewegung auf Öffentlichkeit.

(...)

Laßt das Uran

1. Internationale Konferenz

Im Herzen des kanadischen Uranabbaus, in Saskatoon in der Provinz Sasketchewan, fand vom 16. - 21. Juli 1988 die erste weltweite Konferenz über Uranbergbau, seine Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen, die dort leben, statt. Zum ersten Mal sprachen nicht sogenannte Experten von Bergbaufirmen und staatlichen Behörden über dieses Thema, sondern über 150 Menschen aus 22 Ländern der Welt, die entweder direkt vom Uranbergbau betroffen sind oder die in den Anti-AKW-Bewegungen weltweit mit dem Uran als Brennstoff in den AKWs konfrontiert sind. In Saskatoon sind die Büros der Sasketchewan Mining Development Company (SMDC) und der staatlichen kanadischen Uranfirma Eldorado angesiedelt. SMDC wird von der Provinzregierung geführt und kontrolliert Abbau und Exploration des Urans in ganz Sasketchewan. Hier ist aber auch der Hauptsitz der kanadischen Tochter der bundesdeutschen Uranerz GmbH, die die Key Lake Mine im Norden der Provinz betreibt, eine der größten Minen der Welt.

Sasketchewans Geschichte des Uranabbaus reicht zurück bis zum Projekt Manhattan im Zweiten Weltkrieg, dem Bau der ersten amerikanischen Atombombe. Die Provinz lieferte einen Großteil des benötigten Urans für die Bomben, die Nagasaki und Hiroshima zerstörten. Bis Ende der 60er Jahre hat das Uran aus Sasketchewan und Ontario, der zweiten kanadischen Uranprovinz, mit beigetragen zum Bau von ca. 27.000 amerikanischen Atomsprengköpfen. Diese Fakten, die in keiner Schule der Provinz gelehrt werden, konstrastieren scharf mit dem Bild Sasketchewans als dem Brotkorb der Welt, aus dem die Armen genährt werden, ein Bild, das von den Politikern hier gern hochgehalten wird, weil die riesigen Prairien einen Großteil des Weizens Kanadas liefern. Und bekanntlich ist Kanada ja einer der größten Weizenexporteure der Welt.

Ebenfalls ungern hörte man hier Vorträge darüber, welche zerstörerischen Auswirkungen die Entwicklung des Gold- und Uranbergbaus im Norden der Provinz auf die Indianerdörfer und -kommunen hatten. Die Exploration auf alle möglichen wertvollen Metalle, die überall stattfand, hat die traditionellen Erwerbsmöglichkeiten, im wesentlichen Fischfang und Jagd, verdrängt. Lil Sanderson von der Cree-Nation schilderte die Situation folgendermaßen: über 90 % der Menschen sind arbeits- und perspektivlos, der Alkoholismus besonders unter den älteren Menschen ist immens, die Selbstmordrate 5mal höher als im Süden der Provinz, wo hauptsächlich Weiße leben. Der Lebensstandard ist um ein vielfaches niedriger.

Alkoholismus, Selbstmordgefahr und Perspektivlosigkeit waren auch die Punkte, die Vertreter der Eingeborenenvölker Australiens, der Indianer in den USA und der Inuit aus den Nordwestterritorien Kanadas als Hauptübel in ihren Dörfern bezeichneten. Samuel Gargan, ein Vertreter der Inuit im Parlament der Nordwestterritorien, einem Gebiet von über 3 Millionen qkm, in dem gerade 55.000 Menschen leben, sagte, daß die Bergbaugesellschaften genau diese elende zerrüttete soziale Situation ausnutzen, um durch Geldversprechen, durch Arbeitsplatzangebote u.a. die Führer der Inuit-Dörfer für ihre Abbaupläne zu gewinnen. In allen Fällen, nicht nur in Kanada, hat das zu großen Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunen geführt, hat sie gespalten und angreifbar gemacht. Die Versprechen sind aber meistens nicht eingehalten worden, und es wurde berichtet, daß sich die Lage langsam ändert. Die Menschen sehen, daß ihre Probleme durch die Tätigkeit der großen Bergbaukonzerne nicht gelöst werden, sondern sich, besonders in Hinblick auf die Umweltverschmutzung, noch vergrößern.

Uran-Mine Rabbit-Lake/Kanada, rd. 100 m tiefer Tagebau aus-

Die Frankfurter Urangesellschaft hat solche finanziellen Angebote gerade den Inuit in der Gegend des Baker Lakes gemacht. Nach über 10 Jahren Exploration ist jetzt der Antrag bei der kanadischen Regierung gestellt worden, Anfang der 90er Jahre mit dem Abbau in diesem Gebiet beginnen zu können. Dabei muß aber der Widerstand der Inuit und des Provinzparlaments der Nordwestterritorien überwunden werden. Das Parlament hat nämlich mit Mehrheit für eien atomwaffenfreien Norden und gegen die Lagerung von Atommüll der Provinz gestimmt.

In der Stadt Saskatoon selbst sind bisher über 7.000 Unterschriften für eine atomwaf-

in der Erde

über Uranabbau in Kanada

geerzt. Soll mit Abraum von Collins Bay verfüllt werden

fenfreie Stadt gesammelt worden, genug, um bei den kommenden Kommunalwahlen im Herbst diese Frage abstimmen zu lassen. Eine positive Entscheidung würde bedeuten, daß die Uranfirmen keine Atomtransrte mehr durch Saskatoon durchführen könnten, bisher waren das über 7.000 Tonnen Urandioxid pro Jahr.

Auf der Konferenz wurde aber auch über neue Entwicklungen innerhalb der Uranindustrie diskutiert. Die schon erwähnten kanadischen staatlichen Firmen SMDC und Eldorado werden zum 1. Juli fusionieren, sie bilden dann neben dem englischen Bergbauriesen Rio Tinto Zinc die größte Uranfirma der Welt. Diese staatliche Firma soll dann privatisiert werden, was bedeutet, daß sich vor allem amerikanische und bundesdeutsche Energiekonzerne hier einzukaufen versuchen werden. Nach einem neuen Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kanada, das im Augenblick in den Parlamenten beider Länder zur Ratifizierung ansteht, dürfen amerikanische Firmen und Einzelinvestoren gegenüber Kanadiern in keiner Hinsicht diskreminiert werden. Damit erhalten die USA, die schon einen Großteil der kanadischen Wirtschaft beherrschen, jetzt auch noch vollständigen Zugriff auf die kanadischen Energiequellen Uran, Kohle und Wasser. Im Gegenzug hat der amerikanische Supreme Court, das höchste amerikanische Gericht, in dieser Woche entschieden, daß die USA keine Beschränkungen bei der Einfuhr von Uran erlassen dürfen, wie ein unteres Gericht in Denver vorher verlangt hatte. Es wird berichtet, daß nach Bekanntwerden dieser Entscheidung die kanadischen Uranexporteure vor Freude auf den Tischen tanzten, sichert diese Entscheidung doch ihren Hauptabsatzmarkt, die USA, für lange Zeit.

Thomas Siepelmayer

Interview mit Dan Prima

Urangesellschaft aus Frankfurt beantragt eine Uranmine am Baker Lake in den Nordwest Territorien Kanadas

Eskimos und Dene Indianer leben neben einigen wenigen größeren Orten in der intakten Wildnis in den Nordwest Territorien Kanadas in kleinen Gemeinschaften, die von Kanada regiert werden. Die Inuit (Eskimos) hoffen, ihre Landrechte, welche bisher nicht berücksichtigt wurden, bis zum April 1989 einklagen zu können. Zwischenzeitlich versucht nun die Urangesellschaft Kanada Ltd, welche der Urangesellschaft Frankfurt gehört, die erste Tagebaumine in den Nordwest Territorien durchzusetzen, welche 1993 mit der Produktion beginnen soll, für etwa 10 Jahre. Dies wäre die erste Tagebauuranmine in einem Gebiet mit ganzjähriger Frostperiode, niemand hat Erfahrungen über Umwelteinflüsse der Tailings (Abraum) und der Uranmühlen in einem solchen Klima. Die Urangesellschaft Frankfurt versorgt den deutschen Uranmarkt mit etwa 60 % und gehört zu je einem Drittel der VEBA AG, STEAG AG und der Metallgesellschaft AG.

Dan Prima ist Dene aus Yellowknife, Nordwest Territorien. Er unterstützt die Kampagne eines atomfreien Nordens in Kanada. Mit ihm sprach ich während der internationalen Konferenz gegen Uranbergbau in Saskatoon, Sasketchewan im Juni dieses Jahres.

Weltweit finden 70 Prozent des Uranbergbaus auf Gebieten von Naturvölkern statt. Der Uranbergbau Kanadas konzentriert sich in Nord-Sasketchewan und in Ontario, doch wird seit Jahren auch in den Nordwest Territorien nach Uran gesucht. Können Sie mir über die Geschichte der Exploration etwas berichten?

Dan: *1937 wurde Port Radium zum Abbau von Radium eröffnet. Derzeit gab es noch keine wirtscchaftliche Bedeutung für Uran, es gehörte zum Abraum. Die Mine arbeitete 2½ Jahre und wurde geschlossen. 1942 begann die Suche nach Uran für das Manhattan Projekt zum Bau der ersten Atombombe. Die Wiedereröffnung der Mine dauerte weitere 2 Jahre, bis die 2 Millionen Gallonen Wasser und Eis, die in die alte Mine geleitet wurden, in den Great Barrior Lake abge-*

Uran-Mine Lake/Kanada, Tagebau »Gaertner«

pumpt werden konnten. In den 50iger Jahren wurde die Rayer Lake Mine für zwei Jahre eröffnet, auch hier wurde die Mine ohne Konservierung gegen die Umwelt verlassen, die Tailings wurden erst gar nicht abgedeckt, weil es keine staatlichen Auflagen dafür gab.

Als 1977 der Kosmos 954 Satellit abstürzte, wurde Plutonium aus dem Reaktor über den südlichen Teil der Nordwest Territorien über ein Gebiet von mehr als 1000 Meilen in Ost-West-Ausdehnung verteilt. Amerikanisches und kanadisches Militär erstellte auf Erkundungsflügen eine perfekte Karte über die Radioaktivität des Bodens, und so fanden Geologen viele Uranlagerstätten. 1987 stellte die Urangesellschaft aus Frankfurt den Antrag zur Eröffnung einer Uranmine am Great Baker Lake, nachdem sie etwa 10 Jahre gesucht hatten.

Die Naturvölker besitzen die über Generationen überlieferte Weisheit, daß die Förderung von vielen Erzminen eine Gefahr bedeutet. Wie regiert die mehrheitlich aus inländischen Eskimos bestehende Gemeinschaft am Great Baker Lake auf das Vorhaben der Urangesellschaft zum Urantagebergbau?

Dan: *Die Eskimos am Great Baker Lake sind eine kleine Minderheit, die Mehrheit lebt auf dem vereisten Ozean, dies vorweg. Baker Lake ist eine Inlandgemeinschaft der Eskimos mit 1100 Einwohnern, die sehr stark von den Rentierherden und vom Fischfang abhängig ist. Die Urangesellschaft und die Regierung arbeiten sehr gut zusammen und stellten eine Plan für lokale Provisionen und Arbeitsplätze durch die Mine auf. Es gibt eine etwa 80 %ige Arbeitslosenquote und ansteigende soziale Probleme vor allem der Jugend, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht. Die wenigen Politiker und Geschäftsleute unterstützen das Projekt, nur der Bürgermeister verhält sich neutral. Den Eskimos werden finanzielle Versprechungen gemacht, aber eine Aufklärung über die lang andauernde Umweltgefährdung findet nicht statt. Die traditionelle Lebensweise ist ein gutes Leben, heute folgen die Inlandeskimos nicht mehr den Rentierherden, aber sie sind absolut von ihnen abhängig. (Wie die Lappen in Schweden von der Rentieren! Annm. d. Verf.)- Bereits in den 50iger Jahren wurden die Inlandeskimos von einer Zivilisationsseuche dahingerafft. Etwa 80 % starben an Pocken und Tuberkulose. Die Regierung flog Nahrungsmittel und Medikamente ein, weil die Eskimos zum Jagen zu schwach waren. Daher kamen sie in Gebiete der westlichen Bevölkerung, um medizinisch behandelt zu werden. In den 80iger Jahren wurden viele Eskimos in großen Ortschaften geboren, die die traditionelle Lebensweise nicht mehr kennen, aber die sich an die westliche Lebensweise nicht gewöhnen können. Dies ist der Widerspruch unserer Gesellschaft. Sie sollte den Leuten helfen, aber sobald sie erwachsen sind sollten sie sich selbst überlassen bleiben, man sollten ihnen keinen Lebensweg vorschreiben. Dies aber ist genau der kapitalistische Weg der Uranbergbaugesellschaften.*

Welche Auswirkungen auf die Umwelt sind von der 75 Kilometer westlich des Baker Lakes geplanten Uranmine zu erwarten?

Dan: *75 Kilometer scheint eine weite Entfernung zu der Ortschaft zu sein, aber es weht hier ein starker Wind. Dies wird die erste Tagebauuranmine in einem Gebiet von Dauerfrost sein. Radongase und weitere Zerfallsprodukte des Urans werden das Wohngebiet der Eskimos verseuchen und die Tailings der Mine werden den Fluß kontaminieren, der als Trinkwasserquelle dient. Die Flechten nehmen sehr viel Umweltradioaktivität auf, sie sind die Grundnahrung der Rentiere.*

Die Naturvölker Kanadas pochen auf ihre Landrechte. Wie werden die Leute in den Nordwest Territorien von der Regierung behandelt?

Dan: *Die Naturvölker in den Nordwest Territorien wurden in Reservate gesteckt durch Gesetze der Kanadischen Regierung. 1923 fand man Öl und die provinzielle Regierung unterzeichnete ein Gesetz, welches den Abbau gestatte, aber nicht die Landrechte berührte. Seit 1973 kämpfen die Dene Indianer und die Eskimos um ihre Landrechte vor Gericht. Sie möchten ihre Selbstbetimmung durchsetzen, wollen aber keine Unabhängigkeit. Sie verhandeln nicht über Landrechte, solange die Regierung ihnen keine politische Unabhängigkeit zugesteht. Die Dene wollen ihren Kindern eine Selbstverwaltung geben, doch gibt es selbst heute keine Einigkeit unter ihnen. Sollen sie für eine finanzielle Lösung mit wenig Land kämpfen oder*

ausschließlich auf ihren politischen Rechten bestehen? Die Eskimos im östlichen Teil der Nordwest Territorien machen 85 % der Bevölkerung aus. Sie würden mit jeder Art von Regierung verhandeln, da sie die Mehrheit bilden, aber die Regierung verhandelt nicht mit ihnen. Die Politiker machen vor den Wahlen große Landversprechungen, aber danach vergessen sie alles. Es gibt sehr viele Naturvölker in Kanada, die ihre Landrechte beanspruchen, aber die Regierung hat kein Interesse an Verhandlungen und verzögert den Prozeß über viele Jahre.

Gibt es Kontakt zu den Cree Indianern und weiteren Naturvölkern in Nordsasketchewan, die sehr massiv vom Uranbergbau betroffen sind?

Dan: *Es gab bisher wenig Kontakte, einmal weil die Entfernungen so groß sind und die Reise in Busch und Tundra mit viel Seen und wenig Straßen sehr schwierig ist, außer mit dem Flugzeug, zum anderen gab es wenig Gemeinsamkeiten zwischen den Naturvölkern Nordsasketchewans und den Eskimos. Letztere wurden bisher kaum mit dem Uranbergbau konfrontiert. Wir haben einen Video vorbereitet, mit Hilfe dessen wir Erfahrungen verschiedener Gemeinschaften mit dem Uranbergbau den Eskimons näher bringen wollen.*

Die Gesellschaften zerstören mit Hilfe von Bestechungsgeldern und inhumanen Praktiken die Gemeinschaften der Naturvölker. Wie reagieren die Eskimons und Dene, gibt es überhaupt einen Widerstand?

Dan: *Ja, ich stimme überein, die Gesellschaften attackieren die Gemeinschaften unserer Völker. Vor 20 Jahren lebten die Leute noch in Zelten, vor 30 Jahren in Iglus, erst seit 10 Jahren gibt es Fernsehen. Die Naturvölker lebten früher nicht in Ortschaften, meist lebte eine Großfamilie mit etwa 10 bis 12 Leuten zusammen, folgte dem Wild, den Rentieren. Nur im Sommer versammelten sich hunderte von Leuten an einem Ort zum Fischen. Die heutigen Gemeinschaften bestehen erst sehr kurz und es gibt viele Unterschiede in Tradition und Familienherkunft. Die Gesellschaften nutzen diese Vielfalt der Ansichten zu ihrem Vorteil. - Ich bin sicher, daß alle Naturvölker ihr Land beschützen wollen, weil es ein Teil ihres Herzens ist. Viele Leute wissen aber nichts über die Nachteile des Uranbergbaus, sie haben nur das Fernsehen als Kontakt nach außen. Und wenn die Geslischaften die Mine nach 10 bis 20 Jahren verlassen, gibt es keine Arbeitsplätze mehr, kein Geld, selbst die Sozialversorgung hilft da wenig, weil sie das Selbstbewußtsein untergräbt.*

Denken Sie, daß die diesjährige Kampagne in der BRD gegen den Uranbergbau und eine geplante parlamentarische Anfrage zur Beteiligung deutscher Firmen am weltweiten Uranbergbau den Naturvölkern von Nutzen sein wird?

Dan: *In den 70iger Jahren waren einige Dene in der BRD und sprachen vor vielen Leuten, manchmal waren es 20.000 Menschen. Sie haben ihnen moralische Unterstützung gegeben, sie respektiert und ihnen finanzielle Unterstützung in ihrem Kampf für ihre Landrechte gegeben. Die Ermutigung und Unterstützung aus Europa ist sehr wichtig für uns, da unser Kampf für Landrechte sehr teuer ist und wir nur 52.000 Menschen in den Nordwest Territorien sind, von welchen mehr als 25.000 Kinder unter 18 Jahren sind. Wenn unser Land einmal verseucht und unbewohnbar gemacht ist, haben wir keinen anderen Platz auf der Erde, wo wir hingehen können.*

Holger Schuhmann

Tabelle: Uran-Gesamtproduktionsmengen, 1938 bis 1988, westliche Welt

	1938 - 1987 t U	1988 (Schätzung) t U
Australien	37.400	5.000
Europa	61.000	3.800
Südafrika	131.500	4.400
Namibia	41.000 - 120.000	5.000 - 15.000
Rest Afrika	87.200	4.800
Kanada	207.500	12.000
USA	320.500	4.400
Rest	3.300	1.000
Gesamt	ca. 880.000 - ca. 960.000	40.400 - ca. 49.000

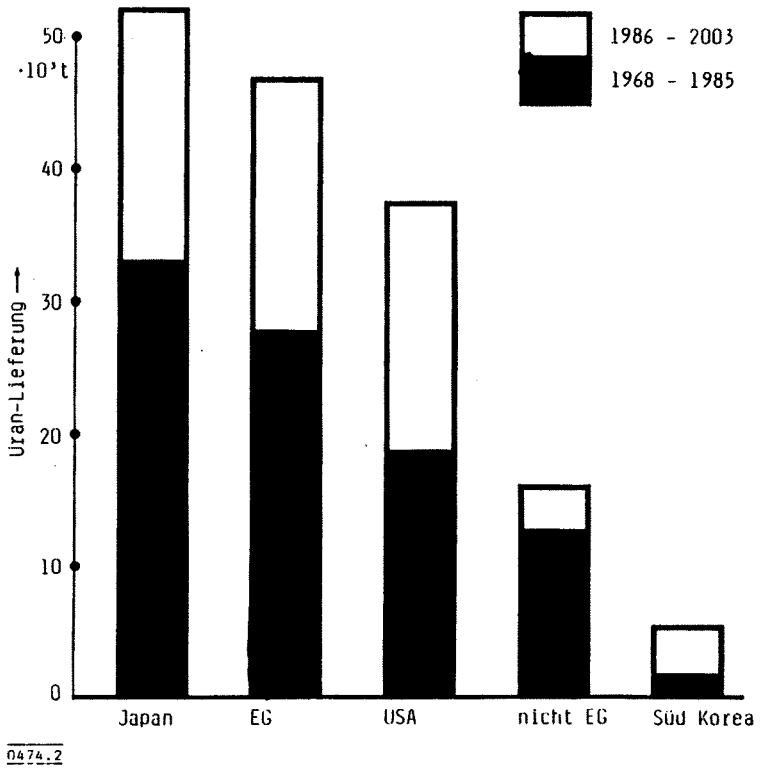
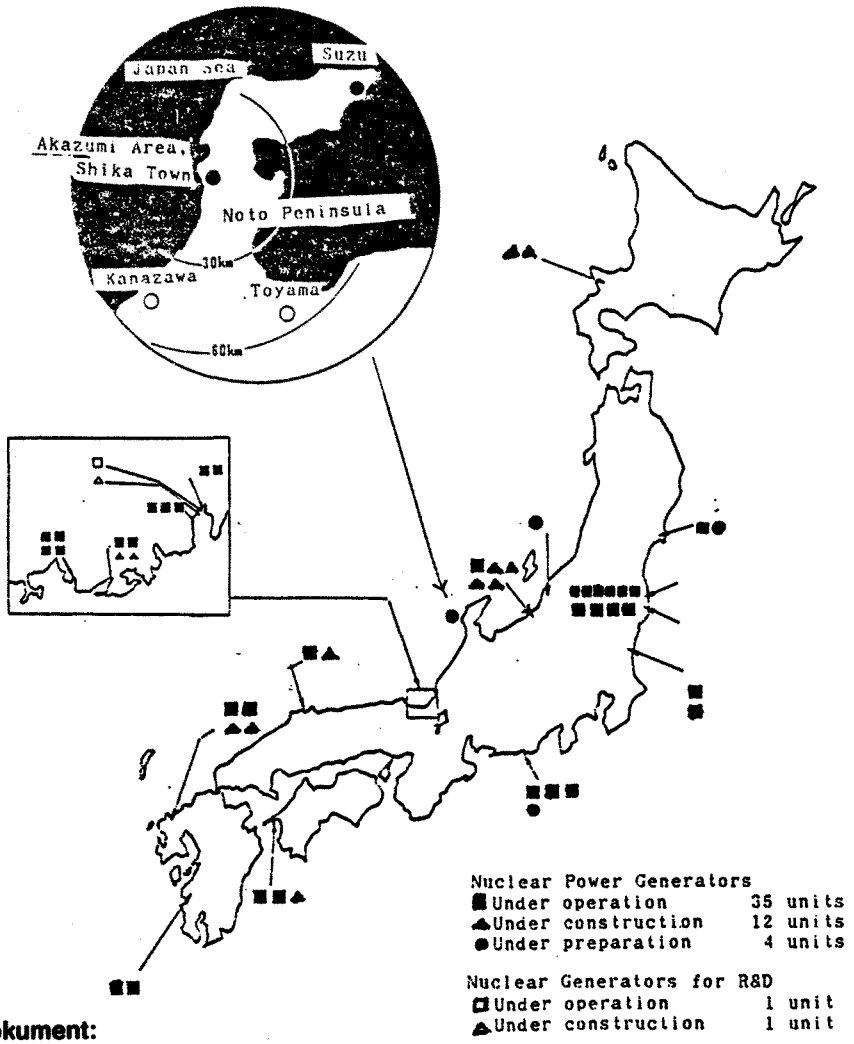


Bild 2. Planmäßige Lieferungen von kanadischem Uran für den Export-Markt

Und schon wieder ein neues AKW...



Offener Brief von japanischen Frauen

Vor einiger Zeit erreichte uns der nachfolgende Aufruf japanischer Frauen mit der Bitte um Unterstützung im Kampf gegen ein weiteres Atomkraftwerk in Japan. Japan hat zwar (noch) keine Atomwaffen, dafür aber umsomehr AKW's.
Zur Zeit arbeiten dort 35 Kraftwerke mit zusammen 27.881 MW, 12 AKW's mit 11.988 MW befinden sich im Bau und weitere 4 AKW's mit 3.327 MW in der Planung.
Seit den Atomversuchen und spätestens seit dem Desaster in Tschernobyl wissen wir, daß die Folgen solcher Versuche oder Unfälle nicht nur die Menschen in der unmittelbaren Umgebung betrifft, sondern grenzüberschreitend die Menschheit der nördlichen bzw. südlichen Hemishäre bedroht.
Wenn Ihr Euch an dieser Briefaktion beteiligen wollt, dann schickt einen Brief bwz. eine Karte an den zuständigen Präfekten und an die Vereinigung kritischer Frauen (Adressen siehe unten im Artikel)

Dokument:

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir, die Mitgliederinnen der Vereinigung Kritischer Frauen von Noto, möchten Euch um Unterstützung bitten, um den Bau eines Atomkraftwerkes in Akazumi in der Nähe von Shika Town auf der Halbinsel Noto zu verhindern. Nach Tschernobyl haben die Menschen auf der ganzen Welt realisiert, daß in der Atomkraft keine Zukunft liegt. Trotzdem beschreiten die japanischen Energieversorgungsunternehmen diesen hoffnungslosen und gefährlichen Pfad. Hokuriku Electric Power Co. ist eines von diesen. Trotz starker Widerstände unter den Einwohnern von Akazami — viele von ihnen sind kleine Fischer und ihre Familien — fährt die Hokuriku Electric mit den Bauarbeiten an dem neuen 540.000 KW Atomkraftwerk fort. Das Unternehmen wurde kürzlich dazu gezwungen zu diesem Thema zwei öffentliche Anhörungen durchzuführen. Obwohl nur einige wenige Mitglieder der Öffentlichkeit an den "Hearings", die unter massiver Polizeiüberwachung standen, teilnehmen durften, erfüllten die Betreiber nichts desto trotz die rituellen Prozeduren, um das Signal für eine "legale" Fortsetzung vom Ministerium für Internationalen Handel und Industrie zu erhalten. Es wird damit gerechnet, daß das Ministerium diesen Sommer die letzte Genehmigung erteilen wird und der Baubeginn für Ende 1988 vorgesehen ist.
Der Atomkraftwerksstandort Noto wird der erste sein, der nach Tschernobyl in Japan genehmigt worden ist.

Hokuriku Electric Co hat bereits Verträge zur Urananreicherung mit Eurodif (Hauptsitz in Frankreich) und der Eldorado Nuclear Ltd. (Kanada) abgeschlossen; ein Vertrag zur Wiederaufarbeitung bei British Nuclear Fuels Ltd. (Shellafield/Windscale) besteht ebenso.
Das Noto Atomprojekt will offensichtlich dazu beitragen, daß die weltweite Bedrohung durch Atomtransporte von Uranerz, angereichertem Uran und abgebrannten Brennelemente damit die Gesundheit und das Leben der Menschen gefährdet, die an den Transportrouten leben.
Krankheiten und Tod unter den Atomarbeitern und den Anwohnern wird zunehmen und wird dort nicht aufhören:

Tschernobyl hat uns gelehrt, daß jedes Atomkraftwerk eine Bedrohung für die Menschen überall ist, einschließlich derer in Deinem eigenem Land.

Wir sind tief besorgt um die nächsten Generationen. Wir wollen nicht, daß unsere Kinder vom Atomstrom abhängig werden.
Zusammen mit den Leuten von Three Mile Island (Harrisburg), mit den Menschen in der ganzen UdSSR und Europa, die unter den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe zu leiden haben, mit den aktiven Frauen in Springfield, mit den Leuten von Nevada, mit den Bewohnern des Bikini Atoll's und den US-Soldaten, die bei den Atomtests auf dem Bikini verletzt wurden, mit den Menschen auf den Pazifischen Inseln, auf denen die japanische Regierung schwachradioaktiven Müll lagern will, mit den Menschen aus Hiroshima und Nagasaki, mit allen Frauen, Männern und Kindern, die noch lebendig sind, sagen wir **NEIN** zu jeden und allen Atomwaffen und Atomkraftwerken.

Bitte, wir brauchen Eure Hilfe!
Wir bitten Euch bei uns mitzumachen, indem Ihr Briefe an **Hokuriku Electric Co.** und dem **Ishikawa Prefectual Government** (die dortige Provinzregierung, Anm.: atom) schreibt und Euren Widerstand gegen das Atomkraftwerk von Noto zum Ausdruck bringt. Laßt uns und die nächsten Generation für eine NICHT-atomare Zukunft leben!!!

Atommacht

Rückschläge und Umorientierungen

Das deutsch-brasilianische Atomabkommen von 1975 sah den Transfer des gesamten Nuklearkreislaufs vor. Hierzulande als größtes Exportgeschäft aller Zeiten abgefeiert und in brasilianischen Militärkreisen als Meilenstein auf dem Wege der Abkopplung von den USA mißverstanden, sollte es anderen Atomexporten als Vorbild dienen und wurde als Novität ernstgemeinter Nord-Süd-Kooperation beklatscht. Von den großartigen Plänen brasilianischer Nuklearisierung ist jedoch wenig geblieben; was geblieben ist, soll nach einem kurzen Rückblick in die Mitte der 70er Jahre dargestellt werden.

1975: "Atomeuphorie"...

Nachdem im Sommer 1975 die Bundes- und die brasilianische Militärregierung einen Vertrag über die "friedliche" Nuklearkooperation unterzeichneten, sahen elf Industrierahmenvereinbarungen vor, Brasilien innerhalb von 10 bis 15 Jahren zur führenden Nuklearmacht Lateinamerikas zu machen. Unter Federführung von KWU bzw. Nuclebras sollten acht Leichtwasserreaktoren (je 1300 MW), Fabriken zur Uranerzaufbereitung, zur Brennelementefertigung, eine großindustriell nutzbare Urananreicherungsanlage, eine Pilotanlage zur Wiederaufarbeitung (und später eine kommerziell nutzbare WAA) in dem südamerikanischen Land errichtet werden. Westdeutsche Ingenieure und Techniker sollten Entwurf, Planung und Realisierung einer Reaktorkomponenten herstellenden Firma anleiten. Vorgesehen war auch die gemeinsame Prospektion und Exploration von Thorium und Uran sowie ein umfassender technischer und wissenschaftlicher Austausch.
Dieses Geschäft hatte aber kaum wegen seines finanziellen Volumens für weltweites Aufsehen gesorgt, sondern weil
1. es die Lieferung eines vollständigen Nuklearkreislaufs inklusive der sensitiven Technologien einschloß; Indien kaum ein Jahr zuvor demonstrierte, daß auch ein Dritt-Welt-Land Kenntnisse des "friedlichen" Gebrauchs der Atomtechnologie militärisch zu nutzen weiß und die deutsche KWU den Zuschlag nur bekam, weil die Ford-Regierung der us-amerikanischen Westinghouse verbot, sensitive Technik zu exportieren und
2. die Lieferung in ein Land erfolgte, dessen Militärregierung den Nonprolieferationsvertrag nicht unterzeichnete und sich ausdrücklich vorbehielt, atomare Explosionen zu friedlichen Zwecken auszuführen. Dabei sollten auch Explosionen eingeschlossen sein, die ähnlicher Vorrichtungen bedürfen, wie sie für militärische Zwecke notwendig sind. Der Tlatelolco-Vertrag[1] war nur unter dieser Bedingung akzeptiert worden.
Wegen massiven internationalen Protests (die USA hatten u.a. damit gedroht, die Uranlieferungen in die Bundesrepublik einzustellen) wurden "Sicherungsmaßnahmen" in den Vertrag aufgenommen, die Brasilien nicht zur Annahme von "full scope safeguards" verpflichteten. Brasiliens Generäle konnten nun einen zweiten, unkontrollierten Nuklearkreislauf errichten: zur Entwicklung von Sprengsätzen und ohne "vertragsbrüchig" zu werden[2].
Obgleich das Gros des ehedem vorgesehenen Nuklearexports heute abgeschrieben ist: Brasilien verfügt über ein nichtkontrolliertes militärisches Parallelprogramm.

Der fehlgeschlagene Transfer

Bis heute läuft nur ein Reaktor in Brasilien, es ist der von der Westinghouse gebaute LWR Angra I. Dreizehn Jahre seit der Unterzeichnung der Kooperationsverträge sind vergangen, doch von den acht bestellten KWU-Reaktoren ist nicht einer annährend fertiggestellt. Noch ist nichteinmal der Bauteil (!) von Angra II abgeschlossen, lediglich die Erdarbeiten für Angra III haben Fortschritte gemacht. Sechs Reaktoren sind ganz abgeschrieben. Die Mittel für Angra III sind gestrichen, die für Angra II vermindert. Bis 1992 soll höchstens ein Reaktor in Betrieb genommen werden.
Einen ähnlichen "Erfolg" hat der Transfer der UAA-Technik zu verzeichnen. Die deutschen Verhandlungspartner waren zunächst darauf erpicht, Brasilien die Ultrazentrifugentechnik anzugedeihen, die duch die niederländisch-britisch-deutsche URENCO entwickelt wurde, konnten diese aber wegen des Einspruchs der niederländischen Regierung nicht exportieren. Man griff auf das von Erwin Becker entwickelte "jet nozzle"-Verfahren zurück, das industriell nicht erprobt war und in der BRD aus Rentabilitätsgründen nicht realisiert wurde. War die rasche Installierung einer UAA mit einem Jahresdurchsatz von 100 t Urantrennarbeit (angereichert auf 3%) angestrebt, so ist heute die erste Baustufe einer Demonstrationsanlage fertiggestellt. Der Kommentar der KWU: "Die erste 'Kaskade' allein kann natürlich nicht den vollen Anreicherungswert der kompletten Demonstrationsanlage von ca. 3% erreichen." Der Preis für diese Baustufe: 300 Millionen Dollar, soviel war ursprünglich für die Gesamtanlage vorgesehen.
Nicht anders bei der WAA: diese existiert bislang bloß in Plänen. Die KWU: "Die Basisplanung (!) für die Pilotanlage (!) zur Wiederaufarbeitung von benutztem Kernbrennstoff ist fertiggestellt. Die Ingenieurarbeiten zur Detailplanung sind im Gange und haben bis Ende 1984 einen Bearbeitungsstand von 35% erreicht."

Auch der Transfer der Brennelementefabrik ist schiefgegangen: die brasilianische Brennelementefertigung besteht heute weitgehend in der Montage von deutschen und argentinischen Bauteilen; die Fabrik zur Herstellung von schweren Bauteilen ist kaum ausgelastet.
Mit dem Abtritt der Militärregierung hat die Nachfolgeregierung die finanziellen Mittel für das Nuklearprogramm erheblich gekürzt. Der bankrotte Staatshaushalt scheint keine größeren Investitionen für das "friedliche" und "gesicherte" Atomprogramm zuzulassen.

Das militärische Parallelprogramm

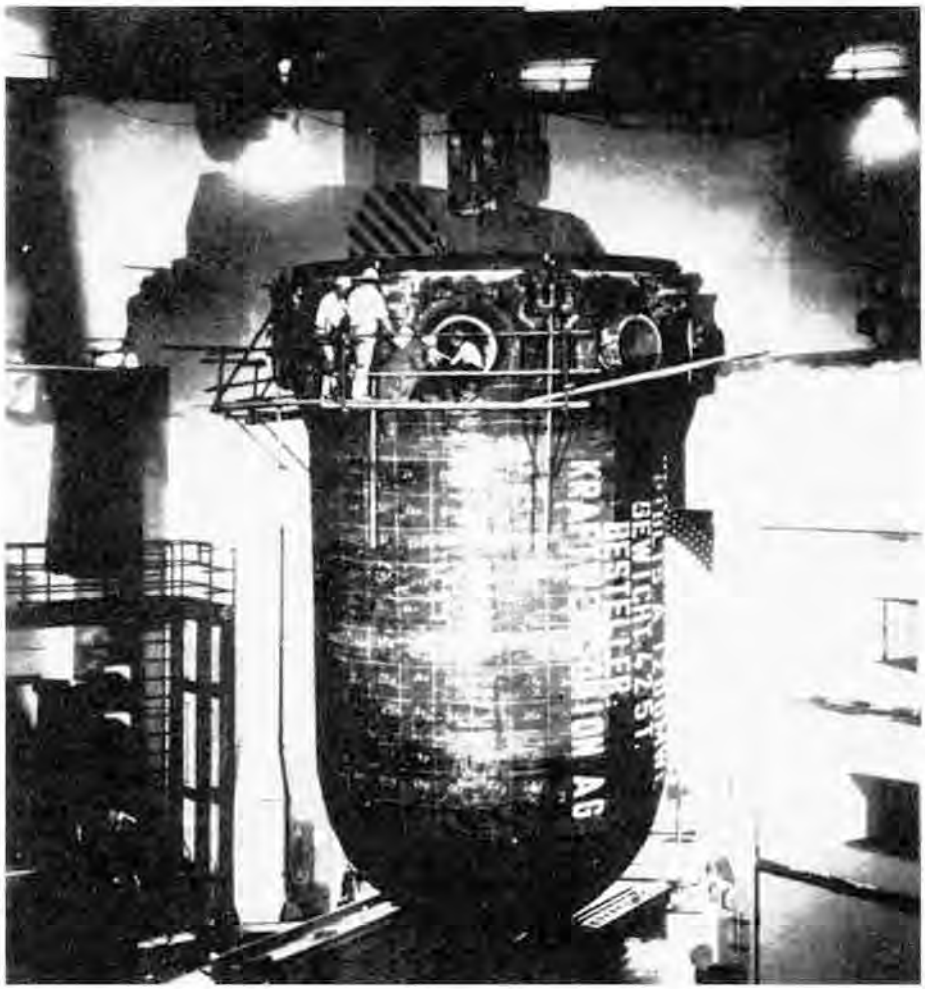
Zugleich ist das verdeckte Nuklearprogramm der brasilianischen Militärs forciert worden; offenbar in dem Maße wie das 'zivile' zu scheitern drohte.
Schwierig war dies schon deswegen nicht, weil sich die Militärs die Dominanz in der Atomwirtschaft und -wissenschaft sicherten: Nuclebras, ein halbstaatliches Unternehmen, versammelte ranghohe Militärs an seiner Spitze; wissenschaftlich-technische Einrichtungen werden mittelbar vom Militär kontrolliert oder unterstehen direkter Militärkontrolle, wie etwa das luftwaffeneigene Institut für fortgeschrittene Studien (IEAv). Zudem besteht ein hoher Grad an personeller Verquickung zwischen Atomindustrie, Militär und Rüstungsindustrie.
Das Parallelprogramm gruppiert sich vor allem um zwei Projekte: den Bau eines kleineren Forschungsreaktors, dessen militärischer Wert ungeklärt ist, sowie die Entwicklung eines (mit hochangereichertem Uran

Brasilien

in der brasilianischen Nuklearpolitik

von Volker Bandusch

betriebenen) Reaktors für Atom-U-Boote. Die Geschwindigkeit, mit der dieses Projekt nach dem offenbaren Scheitern der industriellen Anreicherung vorangetrieben wurde, läßt vermuten, daß es sich hier bloß um ein Ersatzprojekt handelt, um den Erwerb hochangereicherten Urans zu legitimieren.
Aber auch außerhalb dieser beiden Hauptprojekte waren und sind die Militärs aktiv: schon 1982 haben Atomexperten der Marine im Institut für Energie- und Nuklearforschung (IPEN) kleinere Mengen Plutoniums separiert (die dortige Pilot-WAA ist außerhalb der dt.-bras. Kooperation entstanden). Schon 1981 hatten Mitglieder des brasilianischen Physikerverbandes darauf hingewiesen, daß im IEAv ein Teilchenbeschleuniger existiere, dessen Funktion von dort beschäftigten Militärs so betrieben wurde: die Einrichtung diene "dem technologischen know-how für unterschiedliche militärische Nutzung, darunter auch der Entwicklung von Waffen".
1981/82 war das parallele Nuklearprogramm augenscheinlich geworden, nachdem die 'Folha de Sao Paulo' die atomtechnische Forschung des luftwaffeneigenen IEAv's aufdeckte.
1985 ist bekannt geworden, daß die Marine Brasiliens im IPEN einen eigenen Zentrifugentyp entwickelt. Ebenfalls 1985 deckte die 'Folha de Sao Paulo' auf, daß im Gebiet des Bundesstaates Pará im Norden Brasiliens eine Sprengvorrichtung für Atombomben besteht: ein 300 Meter tiefes Loch mit einem Meter Durchmesser. Die Ähnlichkeit dieser Maße mit denen von Löchern in den USA gezündeter Bomben ist frappierend.
Just zur Veröffentlichung dieser Entdeckung befand sich der brasilianische Präsident Sarney in Argentinien, vereinbarte dort Nuklearoperation, mochte aber den von Alfonsin vorgeschlagenen gegenseitigen Inspektionen nuklearer Anlagen nicht zustimmen.
Wenig Wunder also, daß auch in Argentinien die Diskussion über Brasiliens Nuklearabsichten und sein Parallelprogramm, dessen Umfang auf ca. 3000 Beschäftigte und zwischen 1 und 3 Milliarden US$ Investitionen jährlich geschätzt wird, erneut entflammte.



Reaktordruckgefäß eines Druckwasserreaktors

Militärisches Interesse und 'Geopolitik'

Durch die teilweise "Verbannung" der Militärs in die Kasernen und die beginnende Kooperation zwischen Argentinien und Brasilien beginnen die Bilder des jeweiligen "Erzfeindes" aufzubrechen, zugleich zerbröckelt damit aber auch die alte Legitimation für Brasiliens Bombendrang. Zumal ob der Politik des argentinischen Präsidenten fällt es sehr schwer, das argentinische Nuklearprogramm zur Legitimationsbasis eigener Atomwaffenbestrebungen zu machen.
Es ist also kaum ein Zufall, daß Brasilias Militärs auf der Suche nach einer neuen Legitimation sind. Nachdem der Erzfeind Argentinien untauglich geworden ist, die eigene "power-projection" aber Bestand hat (Brasilien als führende Macht Lateinamerikas und Ordnungsfaktor im Südatlantik, sich selbst als verlängerter Arm der NATO begreifend), kommt dem Begriff der Geopolitik eine Schlüsselrolle zu. Demnach zwingt die geographische Lage Brasiliens seine Führung, ihre Rolle im Ost-West-Konflikt stärker wahrzunehmen. Geographie und westliches 'Kulturerbe' machten, so der führende Geopolitiker General Mattos, Brasilien zu einem quasi natürlichen Verbündeten von USA und NATO. Um diese Alliiertenrolle aber auch gegen den russischen Expansionismus spielen zu können, muß Brasilien Weltmacht werden, ob es dies nun wolle oder nicht. ➔

Geopolitik meint aber auch die "territoriale Dynamik", die brasilianischen Gebietsansprüche im Südatlantik. Staatsgrenzen seien "die Haut eines wachsenden Organismus..." (General Meira Mattos).

Die ideologische Einbeziehung Brasiliens in den Ost-West-Konflikt, die Gebietsansprüche (siehe Karte) sowie die Machtträume einer den Südatlantik dominierenden Großmacht legen die Grundsteine einer neuen, atomwaffenlegitimierenden "Weltanschauung". Brasilien als Großmacht, wie unwahrscheinlich auch immer, ist doch ohne Atombomben noch unwahrscheinlicher.

Fazit

Es ist unklar, wieviel Bombenspaltstoff die brasilianischen Militärs 'beiseite' gelegt haben, klar ist aber, daß sie den Traum der lateinamerikanischen Atomgroßmacht noch immer träumen. Inwieweit die zivile Regierung Sarney dieses Ziel verfolgt, ist insofern nebensächlich, als die Weigerung Sarneys, das argentinische Angebot gegenseitiger Kontrollen anzunehmen, die realen Machtverhältnisse im Lande verdeutlicht.
Es ist sicher kein Zufall, daß Brasiliens Militärs das Nuklarprogramm noch immer kontrollieren. Anders auch als Argentinien dürfte sich Brasilien von der Einführung atomarer Waffen einen strategischen Vorteil erhoffen: wegen der Größe des Territoriums und der Bevölkerungsverteilung wäre Argentinien klar im Nachteil, die Zentren Argentiniens liegen nur wenige hundert Kilometer von der Grenze entfernt, allein der Großraum Buenos Aires konzentriert mehr als die Hälfte der argentinischen Bevölkerung. Brasiliens Zentren liegen weiter entfernt und mehr gestreut - womit bei der Einführung von Atomwaffen auch das Problem unterschiedlicher Vorwarnzeiten entstünde. Alles deutet darauf hin, daß Brasilias Militärs mit dem beschleunigten Parallelprogramm schnellstmöglich ausreichende Spaltstoffmengen erwerben wollen. Damit hätte Brasilien ein Bein in der Tür, durch die der Zugang zum Club der Atommächte führt.

Anmerkungen

1 Der Tlatelolco-Vertrag wurde parallel zu den Verhandlungen zum Nonproliferationsvertrag ausgehandelt und dient der Nichtnuklearisierung Lateinamerikas. Bis auf Kuba und Guayana haben alle lateinamerikanischen Staaten diesen Vertrag zumindest unterschrieben. Brasilien, Chile u.a. haben an die Geltung des Vertrages Bedingungen geknüpft und nicht ratifiziert. Die Zwecksetzung ist dem NPT vergleichbar.

2 Durch den US-Druck erreichte die Bundesregierung sogar "Sicherungen", die im NPT nicht vorgesehen sind: etwa das Verbot des Know-how-Transfers in nichtkontrollierte und für militärische Zwecke verwertbare Anlagen. Der Witz ist, daß ein solcher "Transfer" nie nachweisbar wäre, da Brasilien nicht alle Anlagen von der IAEO inspizieren läßt (= full scope safeguards).

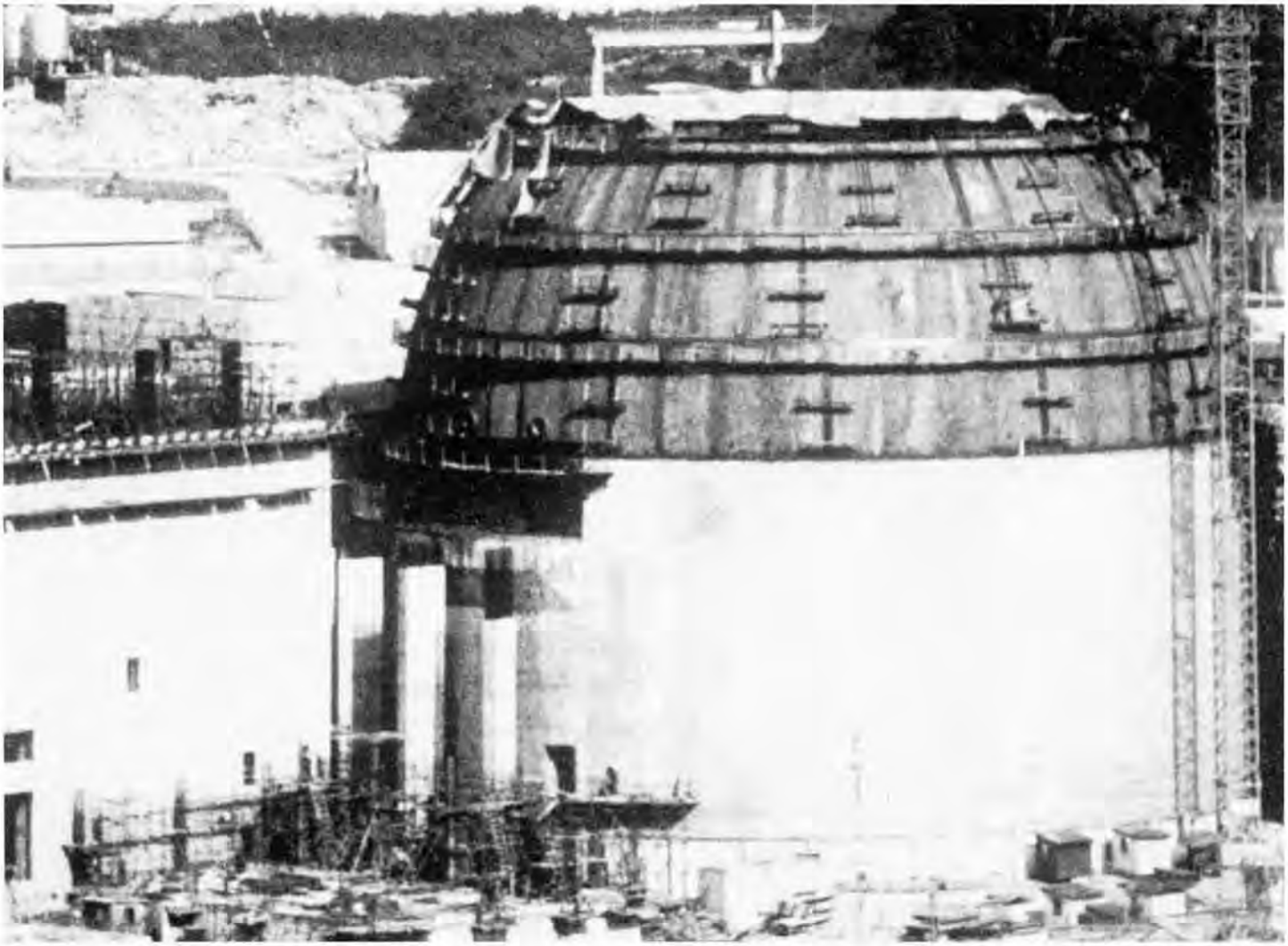


Foto: stern. Bausteile des brasilianischen Atomkraftwerkes Angra 2

Die deutsch–brasilianische Raketenproduktion

Gemäß dem Motto "Eine Atombombe ist noch keine Atomwaffe" wurde die raketentechnische Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Militärregierung Brasiliens in den 70er Jahren auf- und ausgebaut. Zu einem Zeitpunkt als der BRD gemäß der Brüsseler Verträge die Entwicklung und Produktion von weitreichenden Lenkflugkörpern verboten war und die ominöse OTRAG in Afrika (und später in Europa) Schlagzeilen produzierte, konnte die halbstaatliche DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V.; dank staatlicher Zuwendungen von marktbedingten Auftragsschwankungen weitgehend unbehelligt) in Zusammenarbeit mit Messerschmidt-Bölkow-Blohm und der brasilianischen Luftfahrtindustrie eine Höhenforschungsrakete entwickeln, die den Anforderungen atomwaffenbestückbarer Mittelstreckenraketen weitgehend entspricht.

Der wichtigste Unterschied zwischen beiden liegt in der Zielgenauigkeit. Das strategische Hauptziel bei der Weiterentwicklung der Typen SONDA I bis III scheint die Konstruktion einer Mittelstreckenrakete mit einer militärischen Nutzlast von bis zu 400 kt (ca. das Dreißigfache der Hiroshima-Bombe) und einer Reichweite oberhalb 1500 km zu sein.

Die Ähnlichkeit der Technologie der deutsch-brasilianischen Gemeinschaftsproduktion mit der für militärische Zwecke verwendbaren Raketentechnik ist frappierend. Nach Angaben der brasilianischen Fachzeitschrift 'Armas Tecnologia e Defensa' wurden aus den SONDA-Typen I und II bereits erfolgreich getestete Raketen für militärische Zwecke weiterentwickelt. SONDA III erreichte bereits 1977 eine Nutzlast von 60 kg über eine Strecke von 600 km und wird seither in der Höhenforschung eingesetzt. SONDA IV hat ihren Jungfernflug 1984 absolviert und wurde mit einer Schubvektorkontrolle ausgerüstet, wie sie in den Atomraketen POLARIS und MINUTEMAN der USA Verwendung findet. Dies Schubvektorkontrolle (auch außerhalb der Atmosphäre sichere Kontrolle der Flugrichtung z.B. durch unsymetrisches Einblasen von Gasen in die Antriebsdüsen) war Bestandteil der deutschen Kooperation. SONDA IV trägt bereits eine Nutzlast von 500 kg über eine Entfernung von 600-1400 km. Gemäß der Tageszeitung 'O Estado de Sao Paulo' haben Techniker des luftwaffeneigenen IEAv's (siehe Artikel) bemerkt, daß eine Rakete eben nur ein Transportvehikel sei, dessen Nutzlast der Benutzer bestimmt — die Zeitung hatte nach der Möglichkeit des Einbaus von Atomsprengköpfen gefragt.

Literatur

Constanze Eisenbart (Hg.), Kernenergie und Dritte Welt, Heidelberg 1984; Bernd W. Kubbig, Kernenergie und Kernwaffen: Strategien zur Eindämmung nuklearer Proliferation, Ffm. 1981; ders., Nuklearenergie und nukleare Proliferation, Ffm. 1981; Kart R. Mirow, Das Atomgeschäft mit Brasilien, (Raubdruck o.J.u.O.); Manfred Wöhlke, Brasilien als Produzent und Exporteur von Rüstungsgütern, Baden-Baden 1987; Lothar Winkler, Nuklearpolitik im Zielkonflikt, Köln 1980; des weiteren wurden einzelne Artikel aus Spiegel, KWU-Information, TAZ, Blätter des IZ3W, sowie Washington Post benutzt, ebenso: Frederico Füllgraf: Die Atombombe auf Umwegen. Hintergrundbericht für die Bundestagsfraktion der Grünen (Bonn, 1987, Mskr.).

Rudert/Schichl/Seeger: Atomraketen als Entwicklungshilfe, Berlin 1985; Die raketentechnologische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Brasilien. Dokumentation, Berlin o.J.

Polen: eine starke Anti-AKW-Bewegung ist im Aufbau

Drei polnische Mitglieder einer pazifistischen Umweltgruppe wurden am 18. Juni festgenommen, nachdem sie auf einer internationalen Handelsmesse in Poznan/Polen eine Anti-Atom-Demonstration durchgeführt hatten. Einige Tausend Besucher der Messe wurden Zeugen der Protestaktion, bei der Transparente "Stop Zarnowiec und Klempicz, wir wollen kein neues Tschernobyl!" aufgehängt und Flugblätter verteilt wurden. Zarnowiec und Klempicz sind die zwei in Bau befindlichen polnischen Atomkraftwerke. Sie sollen nach den Vorstellungen der polnischen Regierung in den 90er Jahren ihren Betrieb aufnehmen. Es sind die ersten kommerziellen Reaktoren in Polen. Zarnowiec mit 4 x 440 MW el. Leistung liegt ca. 40 km von Gdansk entfernt an der Ostsee, in Klempicz, 60 km nordwestlich von Poznan, soll das erste einer neuen Reaktorserie mit 4 x 1000 MW und insgesamt 12 verschiedenen Standorten sein.

Es gibt bereits eine starke Anti-Atom-Bewegung in der Gegend von Gdansk und der Widerstand in Poznan formiert sich. Aktionen gegen das politische Atomprogramm gibt es aber auch an anderen Orten im Land. Die Organisationen "Wolnosc i Pokoj" — Freiheit und Frieden — unternahm in der letzten Zeit eine erfolgreiche Kampagne gegen die in alten deutschen Bunkeranlagen geplante Atommüll-Deponie in Miedzyrzecz (80 km westlich von Poznan), der sich auch in breitem Maße die örtliche Bevölkerung und sogar der Rat der Gemeinde anschlossen.

Ebenso erfolgreich war der Polnische Ökologische Klub (PKE) in Krakow mit einer Kampagne gegen ein Atomkraftwerk nahe dieser Stadt. Zum zweiten Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl organisierte er in Krakow ein internationales "Anti-Atom-Forum", eine öffentliche Diskussionsveranstaltung über Atomenergie. Dabei trafen offizielle Vertreter und Verfechter des polnischen Kernenergieprogramms mit Vertretern polnischer wie ausländischer Anti-Atom-Gruppen zusammen. Die Diskussion wurde mit großem Engagement geführt und machte die über 200 Zuhörer mit einer Menge Informationen und Argumenten gegen die Atomenergie bekannt.

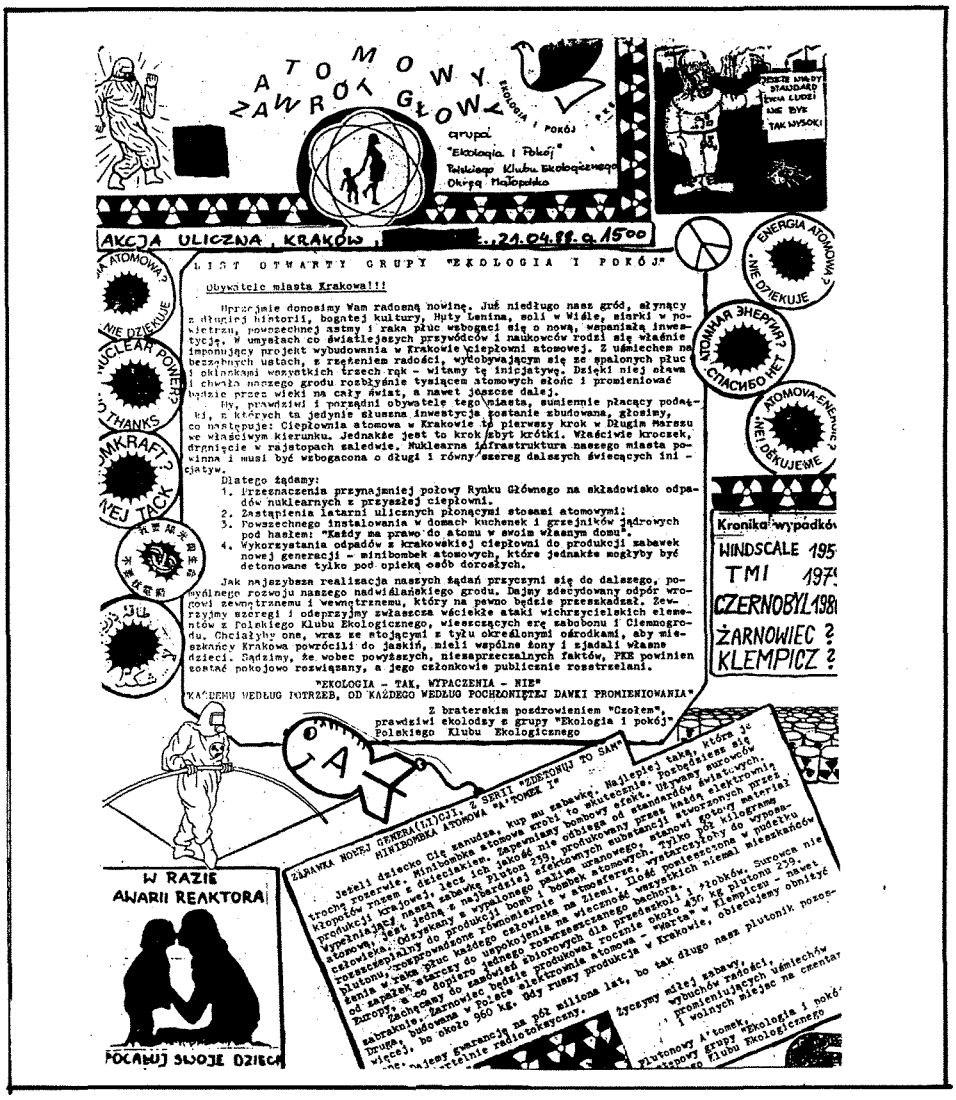
Dem Diskussionsforum vorangestellt war eine provokative Straßentheater-Aktion der Ecology-and-Peace-Gruppe des Öko-Klubs. Dabei wurden die Pläne für ein atomares Heizkraftwerk bei Krakow scharfer Ironie angegriffen, indem bei der Theateraktion penetrant übertrieben dafür geworden wurde "Das Atom ist sicher!!! Das Atom ist gut!!! Das Atom ist sicher!!! ..." und ein Flugblatt verteilt wurde, das die Einführung der Atomkraft in alle Haushalte Krakows propagierte, bis hin zum Kinderspielzeug: "Langweilt sich dein Kind? Kauf ihm ein Spielzeug, das es etwas zerstreut — die Mini-Atombombe A-TOMMY ..."

Die polnischen Atomgegner begründen ihre Opposition gegen das Atomprogramm, das nach offizieller Darstellung die letzte Rettung aus der akuten Energiekrise und auch Entlastung im Bereich der Luftverschmutzung bringen soll, mit den Argumenten, daß die Wirtschaft in Polen weder finanziell noch materiell imstande ist, Atomkraftwerke zu bauen — und erst recht keine sicheren; daß bei großen Unfällen die rechtzeitige Evakuierung der nahegelegenen Großstädte (Gdansk/Gdynia bzw. Poznan) unmöglich sein wird und daß, vor allem bei Klempicz, die ökologischen und sozialen Folgen des Kraftwerks z.B. durch Grundwasserabbau und Umsiedlung verheerend sein werden.

Unterdessen hat es am 31. März und 1. April 1988 auch den ersten Ostermarsch in Polen, durchgeführt vom Polnischen Ökologischen Klub (PKE) in Wielkopolska, gegen das Atomkraftwerk in Klempicz gegeben. Der Ostermarsch, der auch die Verbindung zwischen Atomkraftwerken und der Atombombe aufzeigen soll, hatte 30 Teilnehmer — eine beachtliche Zahl im Hinblick darauf, daß einige Dutzend Aktivisten vor der Veranstaltung von den "Sicherheitsorganen" verhört wurden und gezwungen wurden, Verpflichtungen zur Nicht-Teilnahme unterschreiben. Begleitet wurde der 50 km lange Marsch nach Klempicz von einem massiven Aufgebot an Miliz in Zivil wie in Uniform - und von herzlicher und aktiver Sympathie aus der Bevölkerung. Den Demonstranten wurde immer wieder spontan Verpflegung und Nachtquartier angeboten. So entstanden viele neue Kontakte, von denen die Organisatoren hoffen, daß sie zu einem Anti-Atom-Netzwerk rund um Klempicz ausgebaut werden können.

Kontakt: Ekologia i Pokoj, c/o Polish Ecological Club, Rynek Glowny 27, PL-31-010 Krakow

Quelle: WISE Amsterdam, BUND-jugend Polen AG



es folgt die Übersetzung des bereits erwähnten Flugblattes von 'Ekologia i Pokoj' aus Krakow:

Flugblatt "ATOMOWY ZAWROT GLOWY"
ATOMARES KOPFVERDREHEN — Straßenaktion, Krakow, 21.04.88,
OFFENER BRIEF DER GRUPPE "ÖKOLOGIE UND FRIEDEN"

Bürger der Stadt Krakow!!!
Wir bringen Euch eine freudige Botschaft. Schon bald wird unsere Stadt, die so berühmt ist wegen ihrer langen Geschichte, der reichen Kultur, dem Lenin-Stahlwerk, dem Salz in der Weichsel, Schwefel in der Luft, dem Asthma und Lungenkrebs allerorten, um eine neue, phantastische Investition bereichert. In den Köpfen der Führer und Wissenschaftler reift das beeindruckende Projekt der Errichtung eines atomaren Heizkraftwerks in Krakow. Mit einem lächelnden, zahnlosen Mund, mit einem Röcheln der Freude das aus den verbrannten Lungen kommt und Beifall klatschend mit allen drei Händen — begrüßen wir diese Initiative. Dank ihr wird der Ruhm und Name unserer Stadt mit dem Licht tausend atomarer Sonnen aufblitzen und über durch Jahrhunderte über der Welt erstrahlen und sogar noch weiter.
Wir, die wahrhaften und ordentlichen Bürger dieser Stadt, die wir gewissenhaft unsere Steuern zahlen, von denen einzig diese Investition richtig erbaut wird, fordern wie folgt: Das atomare Heizwerk in Krakow ist der erste Schritt auf dem langen Marsch in der richtigen Richtung. Jedoch ist dieser Schritt noch zu kurz. Eigentlich ein Schrittchen, ein Zittern in den Strumpfhosen nur. Die nukleare Infrastruktur unserer Stadt soll und muß bereichert werden um eine lange Reihe weiterer leuchtender Initialien. Deshalb fordern wir:
1. Die Umwidmung mindestens der Hälfte des Rynek Glowny zur Lagerstätte der Nuklearabfälle aus dem zukünftigen Heizwerk.
2. Das Ersetzen der Straßenlaternen durch leuchtende atomare Brennstäbe.
3. Die allgemeine Installation von nuklearen Küchenherden und Wassererhitzern in den Wohnhäusern nach dem Motto: "Jeder hat das Recht zum Atom in seinem eigenen Heim".
4. Die Weiterverwendung der Abfälle aus dem Krakauer Heizwerk zur Produktion von Kinderspielzeugen der neuen Generation — atomare Minibomben, die natürlich nur unter Aufsicht von Erwachsenen gezündet werden können.
Die schnellstmögliche Realisierung unserer Forderungen käme der weiteren günstigen Entwicklung unserer Stadt an der Weichsel zugute. Wir stehen entschieden gegen den äußeren und inneren Feind, der sicherlich stören wird. Laßt uns die Reihen dicht schließen und besonders die wütenden Angriffe der aufrührerischen Elemente des Polski Klub Ekologiczny abwehren, die eine Ära des Aberglaubens predigen. Sie wollten gerne, gemeinsam mit den hinter ihnen stehenden gewissen Zentren, daß die Bürger der Stadt Krakow in die Höhlen zurückkehrten, sich die Frauen teilten und die eigenen Kinder äßen. Wir meinen, daß angesichts der hier aufgeführten, unbestreitbaren Fakten der PKE friedlich aufgelöst und seine Mitglieder öffentlich erschossen werden sollten.
"ÖKOLOGIE — JA, ENTARTUNG — NEIN"
"JEDEM SEIN BEDÜRFNIS NACH DER GESCHLUCKTEN DOSIS RADIOAKTIVITÄT"

SPIELZEUG DER NEUEN GENERATION, MINIATOMBOMBE "ATOMMY I"
Wenn dein Kind dich langweilt, kauf ihm ein Spielzeug. Am besten ein solches, das es ein wenig zerstreut. Die Mini-Atombombe mach das effektiv. Du entledigst dich deiner Sorgen zusammen mit dem Kind. Wir garantieren einen Bombeneffekt. Wir verwenden Rohstoffe aus polnischer Produktion, doch ihre Qualität weicht nicht vom Weltstandard ab. Der Füllstoff unseres Spielzeugs, Plutonium 239, wird in jedem Atomkraftwerk erzeugt und ist eine der effizientesten vom Menschen geschafffenen Substanzen. Gewonnen aus abgebranntem Uranbrennstoff ist es fertiges Spaltmaterial zur Produktion von atomaren Bomben und Bömbchen. Nur ein halbes Kilogramm Plutonium, in der Atomosphäre gleichmäßig verteilt, könnte ausreichen, um jeden Menschen auf der Erde mit Lungenkrebs zu versorgen. Die dem Volumen einer Streichholzschachtel entsprechende Menge reicht aus, um auf Ewigkeit alle Einwohner Europas ruhigzustellen, also erst recht einen rumbrüllenden kleinen Fratz. Wir empfehlen Sammelbestellungen für die Kindergärten. Rohstoff ist reichlich vorhanden. Das Atomkraftwerk Zarnowiec wird jährlich 430 kg Plutonium produzieren. Das zweite polnische Atomkraftwerk — "WARTA" in Klempicz — sogar mehr, ungefähr 960 kg. Wenn die Produktion in Krakow läuft, versprechen wir eine Preissenkung.
Wir geben Garantie für eine halbe Million Jahre, weil so lange unser Plutonik seine tödliche Radiotoxizität behält.
Wir wünschen viel Spaß, explosive Stimmung, strahlendes Lächeln und freie Plätze auf dem Friedhof.

Schwarzes Brett

Luftchemie und Radioaktivität ist der Titel einer Broschüre von Roland Kollert (Universität Bremen), die vom BUND unterstützt wurde. In Auseinandersetzung mit älteren Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet weist sie einen Zusammenhang zwischen radioaktiven Emissionen und Luftversauerung nach, damit auch einen Zusammenhang zu Schäden bei Vegetation und Menschen. (DM 5,–)

Weitere „Informationen zu Energie und Umwelt" der Universität Bremen gibt es zu den Themen **Strahlenexposition in der Umgebung der geplanten WAA Wackersdorf** sowie zu **Aktuellen Erkenntnissen zur Bewertung des Strahlenrisikos**. Diese Broschüren kosten 7 bzw. 8 DM.

Erhältlich sind alle drei Broschüren über den Bremer Öko-Büchertisch, Kohlhöker Str. 67, 2800 Bremen, Tel. 0421/75562.
Der Büchertisch vertreibt vielfältige Materialien zu ökologischen Fragen und gewährt BI's Rabatt. Prospekt kann angefordert werden.

***

Atomtransporte sind das Thema eines 84 Seiten starken Readers sowie eines 40minütigen Videofilms der Nürnberger Bürgerinitiative gegen die WAA (Juli 88).
Der Reader informiert über Routen, Behältertypen, Gefahren etc. bei den Transporten. Der Film stellt vor allem die verschiedenen Schwerpunkte der Brennstoffspirale dar und kann gut zur Auflockerung von Info-Veranstaltungen eingesetzt werden.
Bestellungen: Reader (5 DM + Versand): Nürnberger BI gegen die WAA, c/o Bernhard Horn, Gerhart-Hauptmann-Str. 15/4, 8520 Erlangen.
Film: Nürnberger BI gegen die WAA, c/o Stadtteilzentrum DESI, Brückenstr. 23, 85 Nürnberg 90

Diese „Briefmarke" klebten MitgliederInnen der Würgassener Initiative „Unrast" neben die richtige Schwarz-Schilling-Marke auf dem Umschlag eines Offenen Briefes. Keiner der Briefe kam an. Sie kamen zurück mit dem Vermerk: Briefe mit politischen Äußerungen auf der Anschriftenseite dürfen nicht verschickt werden. Auf Anfrage bei der Post wurde das ganze mit Hinweis auf § 13 der Postverordnung bestätigt. „Unrast" regt an, die Marken wieder zu drucken und massenhaft zu verschicken. Wer macht mit?

***

Über den Einsatz des Filmes **„Spaltprozesse"** auf einer „Kinomobiltour" durch die Oberpfalz liegt jetzt ein Erfahrungsbericht vor. „Spaltprozesse" ist ein sauguter Film über die soziale und politische Situation im Landkreis Schwandorf seit der Entscheidung für den Standort Wackersdorf. Die Broschüre empfiehlt sich allen Gruppen zur Lektüre, die sich überlegen, den Film selbst mal zu zeigen.
Die 20seitige Broschüre ist erhältlich über die „Durchblick e.V.", Schwindstr. 2, 8000 München 40, Tel. 526601.

***

Nach wie vor aktuell: **WAARUM – Bomben, Business, BRD.** Der endgültige Video über die Gründe für den Bau der WAA Wackersdorf. Für 50 DM zu bestellen bei der Medienwerkstatt Franken, Rosenaustr. 7, 8500 Nürnberg 80, Tel. 0911/288013. Der Erlös des Filmverleihs kommt voll und ganz dem Erlanger WAA-Rechtshilfefonds zugute.

***

Enno's Buch über STAATSGEWALT in der BRD können Inis und andere Wiederverkäufer für 30 % Rabatt bestellen beim Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen.

Nr. 2 einer Broschüren-Serie **„Restrisiko"** von Greenpeace zur Wiederaufbereitungsanlage liegt jetzt vor. Sie befaßt sich mit dem benutzten Plutonium als Sicherheitsrisiko. Unter dem Titel „Plutonium-Pfade und Bombenbau" befaßt sich der Autor Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie Hannover) mit Funktion und Mißbrauchmöglichkeiten des Plutoniums sowie über Probleme der Kontrolle. Die Broschüre hat 28 Seiten, einen uns unbekannten Preis und kann über Greenpeace (Deichstr. 17, 2000 Hamburg 1) bezogen werden. Dort gibt's für DM 2,40 auch die Nr. 3/88 der Greenpeace-Nachrichten, die sich in der Titelgeschicht mit den **„Aufständischen von Wackersdorf"** befassen. Eine spannende Reportage über den Widerstand in der Oberpfalz.

***

Staatliche Abrechnung und Verratsdiskussion

Startbahn-West

Verfahrensstand

Die staatliche Abrechnung mit der Bewegung gegen die Startbahn 18 West nach den Schüssen vom 2.11.87 ist in die zweite Phase getreten. Die erste Phase, die Ermittlungen, sind so gut wie abgeschlossen, die Anklageschrift ist geschrieben. Die 2. Phase, der "große Prozeß" wird entweder Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres vor dem Oberlandesgericht Frankfurt beginnen.

Für die Bewegung selber hat sich eine weitere Phase aufgetan, von der die staatliche Seite allemal profitiert: die "Verrats"-Diskussion. Die Startbahn-Bewegung ist mit der Situation konfrontiert, daß Leute aus den eigenen Reihen dem staatlichen Druck nicht standgehalten haben und zu Zeugen der Anklage geworden sind. Über die notwendige Diskussion über den Umgang mit diesen ehemaligen Mitstreitern (die "Verratsdiskussion") und die Frage, wie sich diese Situation im Prozeß selbst darstellt, läuft die Bewegung Gefahr, sich aus sich selbst heraus zu spalten: eine in dieser Situation katastrophale Entwicklung.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Startbahn-West

Verfahrensstand

Wir wollen in dem folgenden Block zuerst einen kurzen Überblick über die Anklage und die Dimension der Repression geben, der die Startbahn-Bewegung ausgesetzt ist. Anschließend wollen wir einen Einblick in die Hintergründe der Verratsdiskussion, einer drohenden Spaltung der Bewegung und der Situation vor dem Prozeß geben.

Mordanklage und 129a

Am 7. Juli hat die Bundesanwaltschaft vor dem 5. Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt Anklage erhoben. Im sog. großen Verfahren werden die Anklagen gegen 9 Personen zu einem Hauptverfahren zusammengefaßt. Beginnen wird der Prozeß Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres.
Dies ist das vorläufige Ergebnis einer bis dahin beispielloses Repressionswelle: rund 200 zum Teil mit herber Brutalität durchgeführt Hausdurchsuchungen in Frankfurt, Wiesbaden, Offenbach, Mörfelden-Walldorf, Rüsselsheim, Darmstadt, Hanau — aber auch in Mainz, Bonn, Fulda und Hamburg. Über 100 abgehörte Telefone allein in der Zeit vom 2.11.-23.11.87 in der Frankfurter Region, ca. 200 vorläufige Festnahmen und 14 Haftbefehle (— 9 davon ausgesetzt, nicht vollzogen) sind die nüchterne Bilanz.
Neben der Anklage im Hauptverfahren wird es wegen des 2.11. etliche Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Körperverletzung, Widerstand bis hin zu Strafvereitelung geben. Die ersten Prozesse sind dazu schon gelaufen. Weitere Verfahren wegen Sachen, die schon etliche Jahre zurückliegen (bis 1980), sind nicht auszuschließen.

Das große Verfahren

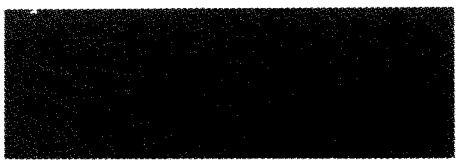
Der massivste Vorwurf ist die Mordanklage. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt Andreas Eichler und Frank Hoffmann des " und des "versuchten Mordes" an drei weiteren Polizisten. Die beiden sollen "ihrem gemeinsamen Tatplan entsprechend abwechselnd aus der von ihnen gemeinsam am 8. November 1986 in Hanau geraubten Schußwaffe mindestens 14 Schüsse abgefeuert" haben (Bundesanwalt Prechtel). Weitere Personen sollen am 2.11. nicht beteiligt gewesen sein. Sowohl Andreas Eichler als auch Frank Hoffmann bestreiten bis heute die Tat. Während die Bundesanwaltschaft von einer Vielzahl von Beweisen redet, verweisen die Anwälte von Andreas Eichler diese Behauptungen nach einer ersten Akteneinsicht ins Reich der Spekulationen.
Gleichzeitig wird gegen Andreas Eichler und Frank Hoffmann und gegen 7 weitere Personen Anklage wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung", der sog. "Gruppe Eichler" erhoben. Andreas Eichler, Frank Hoffmann, Andreas Semisch, Reiner Hübner, Ingrid T., Sigrun S., Ursula J., Michael M., und Michael K. sollen seit spätestens Juni 1987 in wechselnder personeller Beteiligung mehrere Anschläge auf Energieversorgungsunternehmen, Strommasten, Einrichtungen an der Startbahn-West und ein Wahllokal in Mörfelden-Walldorf begangen haben. Die BAW behauptet, die Aktionen seien langfristig geplant und Anschlagsziele und Tatausführung mit Zustimmung aller Tatbeteiligten festgelegt worden. Andreas Eichler soll der "Rädelsführer" dieser Gruppe sein. Die gesamte Anklage beruht dabei ausschließlich auf Aussagen und Selbstbezichtigungen, die das Konstrukt des 129a/129 erst ermöglichen. Einzig bei Andreas Semisch bezieht sich die Bundesanwaltschaft auf eigene "Ergebnisse". Andreas Semisch war im Mai aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da der Verdacht nach 129a (Mitgliedschaft) nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte. Am 17. Juli wurde er dann erneut verhaftet. Jetzt soll ein sog. "linguistisches Gutachten" des Bundeskriminalamtes seine Mitgliedschaft in der "Gruppe Eichler" belegen. Die Anklage bezieht sich dabei auf ein höchst fragwürdiges Verfahren: aufgrund einer vergleichenden Analyse mehrerer von Andreas aus der U-Haft geschriebener Briefe (die fast ausschließlich politische Analysen waren) und der "Gruppe Eichler" angelasteten Anschlagserklärungen kommen die BKA-Leute zu dem Ergebnis, daß Andreas Semisch der Verfasser von zumindest 4 Anschlagserklärungen ist. Die Bundesanwaltschaft konstruiert daraus die Mitgliedschaft nach 129a. Andreas soll die "Selbstbezichtigungsschreiben vor der Tat in Kenntnis der Tatumstände und entsprechend der vereinbarten arbeitsteiligen Vorgehensweise" verfaßt haben (BAW). Zudem wird er beschuldigt, zeitweilig im Besitz der auf verschiedenen Demos in Hanau 1984 und 1986 geraubten Polizeipistolen (darunter die angebliche Tatwaffe) gewesen zu sein. Deshalb ist noch eine Anklage wegen Hehlerei zu erwarten.

Haftsituation

Nachdem im Mai zunächst Mark Steinbrück und 3 Tage später Andreas Semisch aus der U-Haft entlassen worden waren und Andreas Semisch am 17. Juli erneut verhaftet wurde, sitzen zur Zeit 4 Personen in U-Haft. Bei den anderen Angeklagten wurde der Haftbefehl als "Dank" für Aussagen frühzeitig außer Kraft gesetzt: Andreas Eichler, Frank Hoffmann, Andreas Semisch und Reiner Hübner sitzen nach wie vor unter §-129a-Haftbedingungen in Untersuchungshaft (siehe auch die Briefe). Reiner Hübner hat im Juli das erste Mal seit 4 Monaten Besuch gehabt, der nach 20 Minuten von den Beamten abgebrochen wurde.
Frank Hoffmann sitzt noch immer in Auslieferungshaft in den Niederlanden. Nachdem in der ersten Verhandlung einer Auslieferung an die BRD-Behörden zugestimmt wurde, wartet er jetzt auf die Revisionsverhandlung. Aber sowohl er als auch sein Anwalt gehen davon aus, daß auch in dieser Instanz einer Auslieferung zugestimmt wird. Frank Hoffmann wird zur Zeit im Hochsicherheitsknast in Maastricht gefangen gehalten; Andreas Eichler und Reiner Hübner in der JVA Preungesheim und Andreas Semisch in der JVA Frankenthal.

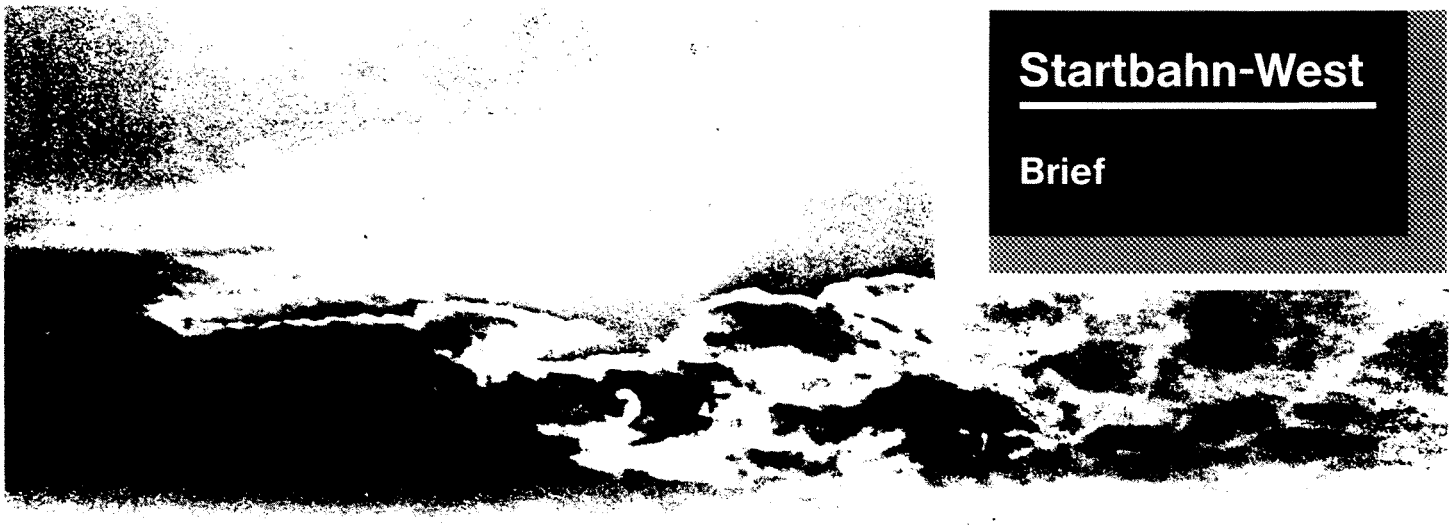
Post und Besuchsanträge:

Frank Hoffmann, H.v.B., St. Jorrisstraat, 5211 HA Den Bosch, Niederlande;
Andreas E., Andreas S., Reiner H. über OLG Frankfurt/5. Strafsenat, (Dr. Klein), Zeil 42, 6000 Frankfurt/M.



Verratsdiskussion

Die Startbahn-Bewegung ist vor dem Prozeß in einer prekären Situation: die gesamte Anklage (ebenso wie die bisherige Repressionswelle) wurde erst dadurch möglich, daß viele Leute in der chaotischen Situation nach dem 2.11. Aussagen gemacht haben. Die Haftbefehle, die Vorladungen und Hausdurchsuchungen kamen nicht aufgrund von Spurensicherungen der Fahnder zustande, sondern ausschließlich durch ebensolche Aussagen. Verstärkt wurde "Aussagewilligkeit" durch Ungewißheit, Mißtrauen und eine florierende Gerüchteküche. In einem enormen Kraftakt aus der Bewegung selbst konnte dieses Aussagekarussell gestoppt werden. Alte und neue Strukturen begannen (wieder) zu funktionieren. Zwar konnte das bis dahin geschehene nicht rückgängig gemacht, aber zumindest begrenzt und gestoppt werden. Erst nachdem die Aussageverweigerungskampagne durchschlug, konnte auch wider solidarisch miteinander diskutiert werden. Es war gelungen, vor allem auch denjenigen, die Aussagen gemacht hatten, das Gefühl zu geben, daß sie



Startbahn-West

Brief

Liebe BI, liebe Sonntagsspaziergänger, liebe Leute "draußen"...
erst einmal viele Grüße an Euch alle! Hoffe, daß es Euch gut geht! Hier drin hat sich einiges getan. Seit einiger Zeit sind wir im Streß — die Ermittlungsakten (über 70 Ordner) müssen studiert werden. Auch die Anklageschrift liegt inzwischen vor. War zunächst ganz schön schockiert über den Inhalt und Umfang (über 300 Seiten). Andererseits bin ich froh, daß jetzt endlich etwas "handfestes" vorliegt, wogegen man sich verteidigen kann. Fein abgestuft enthält die Anklage alles von der "Rädelsführerschaft", über Mord, Mordversuch, Raub bis zum § 129(a). Von umgesägten Strommasten und eingeäscherten Umspannwerken ist die Rede. Bezüglich des 2.11. konzentriert sich die Anklage auf Frank Hoffmann und mich.
Hier wurde erstmals ein Rädelsführer-Mordkomplott-129(a)-Konstrukt gebildet, um dem zu folgen man schon einiges an Phantasie haben muß. Ihr könnt Euch vorstellen, daß nicht nur ich wie vor den Kopf geschlagen war, als uns die 129a-Anklage vorlag.
Nun, ich sehe die Anklage zunächst einmal als Angriff auf alle, die sich gegen staatliche und industrielle Gewalt auf Leben und Umwelt, wehren. Daß wir indirekt alle gemeint sind, beweist die Anklageschrift, indem sie sich u.a. mit der Geschichte der Startbahn West und des Widerstandes auseinandersetzt. — Das Verfahren hat zwar auch eine "juristische Komponente", diese darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier primär ein politisches Racheexempel statuiert werden soll. Vom Ausgang des Prozesses wird es mit abhängen, wie der außerparlamentarische Widerstand sich in Zukunft entwickelt.
Vor kurzem schrieb mir ein Startbahngegner, daß es "draußen" ein allgemeines Verdrängen des 2.11. und der Zeit danach gäbe. Wir direkt Betroffenen hoffen, daß dem nicht so ist. Gerade jetzt sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen! Ich denke, daß z.B. Veranstaltungen, u.a. mit Anwälten u. Betroffenen, die gemeinsame Problematik bezügl. 129(a), 2.11. Strommasten... noch einmal klar machen könnten. Umso deutlicher, da jetzt die Anklage vorliegt. Gegenseitige Anmache, "Verräterdiskussionen" mit (persönlichen) Anfeindungen in der Öffentlichkeit halte ich für verfehlt. Diejenigen, die es angeht, müssen das mit sich selbst vereinbaren.
Unterschiedliche Auffassungen bei uns Startbahngegner, AKW-Gegnern, Autonomen, Grünen und Friedensinitiativen, wird es immer geben. Das jedoch vielleicht mit etwas objektiverer Beschäftigung mit gegensätzlichen Standpunkten und nicht immer mit dem Beharren auf der eigenen "Unfehlbarkeit". Bei aller Selbstkritik lasse ich mir unseren gemeinsamen Widerstand nicht in "gut" und "böse" zerreden — weder durch politisches Herrschaftsdenken, noch durch Distanzierungsgerede. So gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß eines Tages Bäume und Blumen den grauen Beton von Startbahn und Knästen durchdringen werden, wie das heute erst unsere Träume mit dem grauen Alltag tun.
Weiß nicht, ob Ihr über die Änderung meiner Haftbedingungen informiert seid. Anfang März wurde die "strenge Einzelhaft" aufgehoben. Damit sind die Bedingungen fast "normal" (statt 23 Stunden "nur" noch 21 Stunden auf der Zelle). Täglich haben wir 2 Stunden gemeinsame "Freizeit" und 1 Stunde "Freistunde" (= Hofgang). Einmal in der Woche ist Einkauf und zweimal Duschen. Post und Besuche sind nach wie vor für mich eine wichtige Abwechslung. Deshalb bin ich Euch auch für die tägliche Zeitungslektüre sehr dankbar! Für die Zeitungs- und Zeitschriftenabos, für das Radiogerät und den Batteriefernseher danke ich Euch allen!!! Das ist praktische Solidarität, die ich täglich spüre. Auch die anderen Gefangenen wissen diese Solidarität zu schätzen, wenn ich die Tageszeitungen an sie weitergebe. Tagsüber beschäftige ich mich z.Z. hauptsächlich mit (Akten) Lesen, Schreiben und Radiohören. Nachts kann ich seit Mitte Mai durchschlafen — vorher wurde immer mehrmals nachts das Licht angemacht. So geht es mir psychisch und physisch einigermaßen.
Zuständig für Postkontrolle und Besuchsgenehmigungen ist ab sofort das OLG Frankfurt/5. Strafkammer (Herr Dr. Klein), Zeil 42. Besuche ohne Trennscheibe erhielt ich bisher nur von Verwandten. Ina und unser Sohnemann kommen regelmäßig 1 Stunde alle zwei Wochen. Denke, wenn eine dritte (nicht verwandte) Person für 1/2 Stunde mitkommt, daß dies vielleicht auch ohne Trennscheibe sein könnte. Schließlich überwachen LKA- und JVA-Beamte jeden Besuch und ein raumteilender Tisch befindet sich zwischen den Besuchern und mir. Nur nochmal ums klarzustellen: ich lehne Trennscheibenbesuche nicht wegen der Besucher ab, sondern wegen dem unpersönlichen Glasding dazwischen! Trennscheibenbesuche zu akzeptieren, bedeutet für mich auch ein Stück den 129a mit seinen Auswirkungen anzuerkennen.
Trotz allem hoffe ich, daß hier drin bald alles überstanden ist. Zum Prozeß gibts nur eins für uns: wir müssen da durch — gemeinsam — egal wie schwer es sein wird!
Mit lieben, aber "startbahnfeindlichen" Grüßen an Euch alle und auf bald

Andreas Eichler

Startbahn-West

Verratsdiskussion

nach wie vor Teil der Bewegung sind und nicht einfach fallengelassen werden. Eine zwingend notwendige Entwicklung, um gemeinsam, als kollektive Bewegung, nicht nur die anstehenden Prozesse überleben zu können, sondern auch die für einige lange Haftzeit danach. In dieser Situation wurde aber auch klar, daß dies nicht für alle gelten konnte. Zwei Männer waren explizit ins Lager der Bundesanwaltschaft übergelaufen und erkauften sich weiterhin ihre (vorläufige) Freiheit mit weiteren Aussagen.

Und auch das Verhalten von Andreas Eichler sorgte weiterhin für Mißtrauen. Er hatte kurz nach den Schüssen nicht nur die Tat geleugnet, sondern auch Frank Hoffmann belastet, ihm die Pistole (oder den Rucksack) übergeben zu haben. Auch sein weiteres Verhalten war bisher nicht für alle durchschaubar. In dieser Situation setzte die "Verratsdiskussion" ein. Als Einstieg drucken wir in Auszügen ein Papier der Knastgruppe Rhein-Main von Anfang Juni ab.

Zur Verratsdiskussion

Diese Tatsache, daß die Verfahren nur durch die Aussagen möglich wurden, zwingt uns dazu, über das Zustandekommen solch umfangreicher Aussagen nachzudenken. Teile der Startbahnbewegung sind vom Akt des Staatsschutzes, der von langer Hand vorbereitet war und nur auf den passenden Anlaß gewartet hatte, völlig überrascht worden. Vielen von uns war nicht bewußt, daß jederzeit mit einem solchen Schlag gerechnet werden muß, und mensch diesem nur durch gemeinsames Handeln etwas entgegensetzen kann. Das individualistische Handeln von Vorgeladenen, Verschleppten und Verhafteten unmittelbar nach dem 2.11. ist Ausdruck für das ungeklärte Verhältnis zu Staat und Kapital. So waren in vielen Fällen die Aussagen Auswirkungen einer mangelnden Auseinandersetzung über die Ziele und Mittel des Staatsschutzes in einer Verhörsituation. Aus dem Gefühl und der Angst heraus, hier sind zwei Bullen getötet worden, damit hab ich nichts zu tun, wurden Aussagen gemacht, von denen die Betroffenen annahmen, nichts besonderes preiszugeben. Die Kombinationen und das gegenseitige Ausspielen solcher Aussagen, ergaben jedoch für die Bundesanwaltschaft wichtigste Einblicke und Anhaltspunkte. (...)

Von Anfang an wurde sich um die Leute gekümmert, die Aussagen gemacht hatten. Es wurde in vielen Gesprächen versucht, gemeinsam mit ihren Konflikten und Ängsten umzugehen und Lösungen zu finden. Dabei wurde deutlich, in welcher Form auf Betroffene, die mit ihrer persönlichen Situation eine besonders große Angriffsfläche für die Bundesanwaltschaft boten, psychische Gewalt ausgeübt wurde, um Geständnisse und belastende Aussagen zu erpressen (z.B. gesundheitlicher Zustand, Schwangerschaft kurz vor der Geburt, drogenabhängige Kinder). Insgesamt wurde den Betroffenen vermittelt, daß sie trotz der bis dahin gemachten Aussagen nicht fallen gelassen werden. Das Zurückfinden zur politischen Klarheit, zu einem eindeutigen Verhalten gegenüber der Bundesanwaltschaft hat bei den meisten der Angesprochenen stattgefunden, es wurden von ihnen keine Aussagen mehr gemacht (soweit bekannt), mit der Ausnahme von zwei Männern.

Diese Männer sind eindeutig ins Lager des Staatsschutzes übergelaufen und seit sieben Monaten dort Informationszuträger. Sie gehören nicht zu denjenigen, die nur unter dem Schock des 2.11. Aussagen gemacht haben. Sie haben uns in unseren monatelangen Bemühungen um sie zum Narren gehalten. Sie sind gemessen an dem Schaden, den sie angerichtet haben, aués Eigennutzen zu Kollaborateuren der Bundesanwaltschaft geworden. Sofern sie selbst zu Beschuldigten in den Ermittlungsverfahren geworden sind, ist ihre Bedeutung in den Prozessen die eines Kronzeugen. So haben sie kontinuierlich immer mehr Leute aus der Startbahnbewegung belastet, um selbst nur unmittelbar der Untersuchungshaft zu entgehen. Alle Aussagen, die sie in den letzten Monaten gemacht haben, sind insofern als Barzahlung für ihre nur unmittelbare Haftverschonung zu betrachten. Diese Haftverschonung und/oder eventuelle Straffreiheit, die ihnen die Bundesanwaltschaft immer wieder anbot, konnte natürlich nur mit Aussagen erkauft werden, die für die Bundesanwaltschaft auch einen entsprechenden Gegenwert hatten. Sicher ist, daß ab dem Zeitpunkt, da ihr "Wissen" erschöpft war, ihr Wort für die Konstruktionen der Bundesanwaltschaft herhalten mußte.

Diese ganze Situation hat aufgezeigt, daß eine Diskussion über Verrat zwingend notwendig geworden ist. Diese Diskussion muß so breit wie irgend möglich geführt werden. Nachdem die Auswirkungen der teilweise desolaten Verhältnisse der Startbahnbewegung sichtbar geworden sind, müssen wir die Beteiligung aller aus der Startbahnbewegung einfordern. Wer sich der Diskussion verweigert, so wie es bei der Militanzdebatte war, kann mit seinem politischen Nicht-Bewußtsein und entsprechendem Nicht-Handeln als Teil der Bewegung nicht mehr ernst genommen werden. Die Diskussion ist bereits vereinzelt angelaufen und hat Ansätze für die Schaffung von Kriterien zum Begriff 'Verrat' hervorgebracht. Ein wesentlicher Punkt dabei war, daß kollektives Bewußtsein und das Bewußtsein jedes/r Einzelnen sich gegenseitig bedingen.

Es ist die Form der Entmündigung von Menschen, wenn ihnen die persönliche Verantwortung für ihr Handeln abgesprochen wird. Wer die Eigenverantwortlichkeit in Frage stellt und die Täter des Verrats vereinfachend zu Opfern der gesellschaftlichen Verhältnisse erklärt, stellt sie letztlich als unbewußte, willenlose Kreaturen dar. Diese Auffassung ignoriert auch die Möglichkeit, sich als Individuum trotz erdrückender Verhältnisse ein Maß an selbstbestimmter, oppositioneller Identität zu erhalten. (...)

Wir sind konkret vor das Problem gestellt, den Umgang mit Leuten zu bestimmen, die jahrelang in der Bewegung waren und jetzt während der Repression auf die Seite des Staatsschutzes übergelaufen sind. Es handelt sich hierbei um die beiden bereits vorher erwähnten Männer. Nach langem Überlegen haben wir uns kollektiv dazu entschlossen, sie aus unseren sozialen und politischen Zusammenhängen auszuschließen. Sie stellen für uns eine Gefahr dar, nicht nur durch ihre Aussagen, sondern auch wenn beide wieder in praktisch tätige, linke Kreise kommen. Im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen und auf die laufenden Diskussions- und Entwicklungsprozesse, ist nicht auszuschließen, daß beide wieder an sensible Informationen kommen. Wir erwarten, daß beide zukünftig aus allen organisierten Treffen, Verantstaltungen, Demonstrationen, Zentren etc. ausgeschlossen werden. Trotz aller verständlichen Emotionen bringt es keinen politischen Nutzen, Selbstjustiz auszuüben. Neben dem Aspekt der Gefahr, die von beiden ausgeht, steht noch die Notwendigkeit, politische Klarheit in der Situation der Repression zu schaffen. Ein geklärtes Verhältnis zu allen Leuten, die Aussagen gemacht haben, also auch eine Ausgrenzung von Überläufern, ist im Hinblick auf die anstehenden Prozesse wichtig. Wenn jetzt keine Klärung erfolgt, wird diese von den Prozessen herbeigeführt. Dies würde zu einer Emotionalisierung der Diskussion führen. (...)

Knastgruppe Rhein-Main, Juni '88

Startbahn-West

Verratsdiskussion

Lange Diskussionen (einige meinen: zu lange) folgten diesem Aufruf. Dabei ging es vor allem um die Frage "Fallenlassen oder Nichtfallenlassen" von ehemaligen Genossen, um die Legitimität der öffentlichen Ausgrenzung und um die Wirksamkeit einer solchen Bestrafung, und um das politische Selbstverständnis, überhaupt jemanden zu bestrafen und sich damit eines Mittels des politischen Gegners zu bedienen.
In der Zeit, in der die Bundesanwaltschaft in aller Stille an ihrer Anklage bastelte, war die Bewegung gezwungen, einen Weg zu finden, objektive Kriterien für Verrat aufzustellen, und mit den "Verrätern" umzugehen, ohne gleichzeitig wieder die gerade gewonnene "Vertrauens-Situation" nach dem Aussagekarussell zu gefährden. Es ging vor allem auch darum, denjenigen, die zwar Aussagen gemacht hatten, aber auch eingesehen haben, daß dies ein katastrophaler Fehler für sich selbst, für andere und die ganze Bewegung war, also wieder in die Reihen der Bewegung zurückgefunden hatten, nicht wieder auszugrenzen (eine ausführliche Diskussion dazu ist im Rhein-Main-Info Nr. 3 nachzulesen).
Erstes Ergebnis dieser Diskussion war ein Beschluß der Delegiertenversammlung der BI gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt/Rhein-Main:
Nach langem Überlegen haben wir uns entschlossen, die Namen dieser Leute zu veröffentlichen, weil jetzt feststeht, daß sie in ihrem Aussageverhalten auf uns keine Rücksicht mehr nehmen. Es sind Mike Kurth und Baldur Opificius.
Diese Veröffentlichung ist notwendig, weil selbst viele, die beide kennen, keine Klarheit über das Ausmaß der Aussagen von beiden haben.
Für diese wie für andere stellen beide zunächst eine abstrakte Gefahr dar; die Gefahr wird konkret, wenn beide wieder in praktisch tätige, linke Kreise eintauchen. Im Hinblick auf die immer noch feststellbare Oberflächlichkeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen ist es nicht auszuschließen, daß beide wieder an sensible Informationen kommen, wenn nicht ausdrücklich vor ihnen gewarnt wird.
Wir erwarten, daß beide zukünftig aus allen von Linken organisierten Treffen, Veranstaltungen, Demonstrationen u.ä. ausgeschlossen werden.
Wir erwarten gleichzeitig, daß weder ihnen noch ihren Angehörigen oder Freund/inn/en ein Haar gekrümmt und auch sonst auf jede Selbstjustiz verzichtet wird.
Wir meinen, für Mike und Baldur hätte es auch die Möglichkeit gegeben, sich nicht zu Werkzeugen von Polizei und Staatsanwaltschaft machen zu lassen.
Der größere Vorwurf ist allerdings, daß beide **nach** *ihren Aussagen keine wirklichen Anzeichen dafür gezeigt haben, daß sie den Verrat bereuen. Sie haben nicht eingesehen, daß ihr Verrat Unrecht gegenüber uns ist.*
Dieses Papier bedeutet keine abschließende Stellungnahme zu diesem Komplex — insbesondere ist hiermit nur zu den beiden Genannten Position bezogen worden. Die anderen Fälle von Belastungszeugen sind anders gelagert und deshalb auch anders zu bewerten. Wir werden hierzu in einem Folgepapier Stellung nehmen.

Die Startbahn-Bewegung ist an diesem Punkt mit einer Situation konfrontiert, die die sozialen Bewegungen in der BRD bisher nicht gekannt haben. Es gab zwar hier und da immer wieder Polizei- und Verfassungsschutzspitzel, die enttarnt wurden. Hier war es aber auch ein leichtes, mit diesen Leuten umzugehen. Kronzeugen aus den eigenen Reihen haben wir nicht gekannt. Damit waren bisher nur die RAF und die Bewegung 2. Juni konfrontiert.

→

Startbahn-West

Verratsdiskussion

Die Bewegung vor der Spaltung?

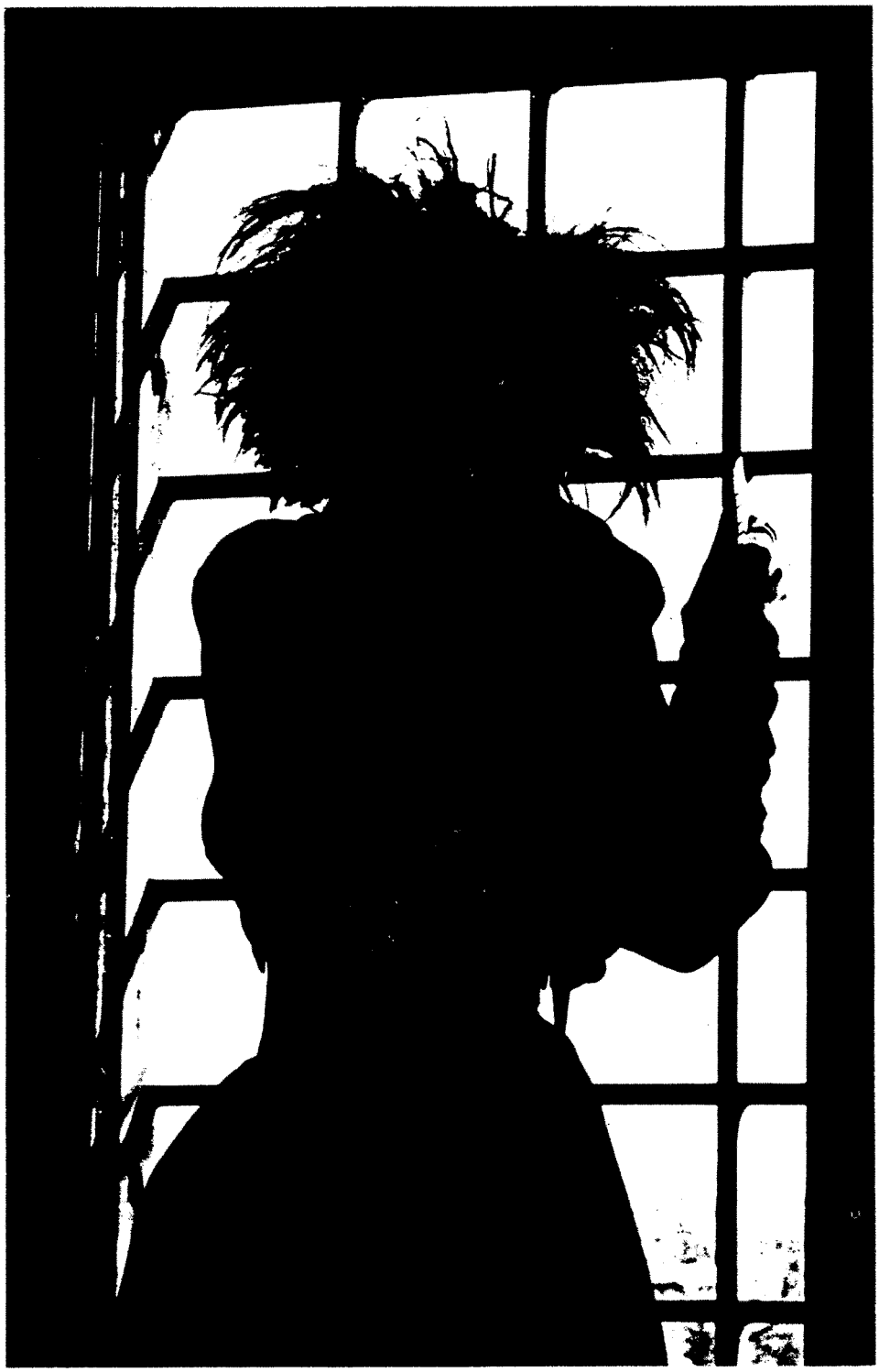
Im Verlauf der "Verratsdiskussion" wurde aber wieder deutlich, was schon vor dem 2.11.1987 Realität war. Die Bewegung im Rhein-Main-Gebiet ist keine homogene Bewegung. Unterschiedliches Politikverständnis, unterschiedliche Ideologien und persönliche Geschichte traten in dieser Diskussin immer wieder hervor. Dabei blieb es nicht nur bei einer Verdeutlichung dieser Differenzen. Im Vorfeld der Prozesse, wo es nicht nur auf die Klarheit der Positionen ankommt, sondern auch auf eine in sich gefestigte und geschlossene Bewegung, droht nun die Spaltung aus sich selbst heraus.
Flugblätter — bundesweit verschickt —, in denen aufgerufen wird, Andreas Eichler die Solidarität zu entziehen und tätliche Angriffe und Verleumdungen gegen einzelne Personen aus der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung — speziell gegen einen ihrer Sprecher, Achim Bender — sind die bisherigen Höhepunkte dieser Entwicklung. Die Spaltungslinie, betrieben vor allem aus dem "anti-imperialistischen" Spektrum, verläuft zum einen am Verhältnis zu Andreas Eichler und zum andren zu all den Leuten, die in den ersten Wochen Aussagen gemacht hatten, die dann später zur Konstruktion des 129a mit beigetragen haben. Im folgenden sollen diese zwei Aspekte näher beleuchtet werden:

Andreas Eichler

Andreas Eichler, der von Anfang an von der Bundesanwaltschaft als Haupttäter aufgebaut wurde, hatte bereits kurz nach seiner Festnahme gegenüber der Bundesanwaltschaft jegliche Beteiligung am Mord bestritten und stattdessen ausgesagt, daß ihm die Pistole bzw. der Rucksack noch in der Nacht von Frank Hoffmann zugesteckt worden sei. Daraufhin erging Haftbefehl gegen Frank Hoffmann. Im Zuge der Fahndung akm es zu etlichen Verhaftungen und Durchsuchungen (siehe auch die letzten "atom"). In einer in der taz veröffentlichten Erklärung an die Bewegung sagt Andreas Eichler dazu:
"1. Die gegen mich erhobenen Vorwürfe treffen nicht zu. Ich habe nicht mir der bei mir gefundenen Waffe auf Polizisten geschossen und bin an der Tat auch nicht beteiligt.
2. Ich verurteile die jetzt mir vorgeworfene Tat und ein derartiges Vorgehen hat und hätte nie meine Billigung gefunden."
und weiter:
"Ich konnte aus den genannten Gründen eine Einlassung zu dem konkreten Tatvorwurf des Mordes nicht aus Kameradschaft umgehen ... Alle, die mich kennen, wissen, daß ich weder ein "Verräter" bin, noch versuchen werde, einen Schuldvorwurf "unbegründet" abzuwälzen. Namen von Entlastungszeugen werde ich dann nennen, wenn diese sich selbst über die notwendige Solidarität mit mir Klarheit verschafft haben und ihre Bedenken gegen mögliche eigene Strafverfolgung zurückstellen." (taz, 15.12.-1987)
Bis zu dieser Erklärung hatte Andreas Eichler praktisch keinen Kontakt nach draußen. Direkt nach seiner Verhaftung wurde er vollständig isoliert. Seine wichtigste Bezugsperson, seine Freundin, durfte ihn drei Monate lang nicht besuchen. Während Andreas Eichler von seinem persönlichen Umfeld völlig abgeschottet war, regierte in der Szene die Gerüchteküche über tatsächliche und angebliche Aussagen. Am 26. Januar wurde er in einer physisch und psychisch miserablen Fassung erneut einem harten Verhör ausgesetzt — ohne seinen Anwalt hinzuziehen zu können. Diesem Verhör war er nicht gewachsen. Ziel des Verhörs war es, die Namen der "Entlastungszeugen" aus ihm herauszupressen. Das gelang aber nicht. Stattdessen machte Andreas Eichler Aussagen zu anderen Komplexen.
Drei Tage später unternahm er einen Selbstmordversuch, den er überlebte. Während er im Gefängniskrankenhaus Kassel lag, durchsuchten die Fahnder seine Zelle. Dabei machten sie auch keinen Halt vor den Verteidigerunterlagen, in denen die Namen der Entlastungszeugen aufgeführt waren. Diese Personen wurden nun umgehend vorgeladen. Das Mißtrauen gegen Andreas Eichler wuchs dadurch weiter. Fortan gilt Andreas zumindest in Teilen der Szene als Verräter. Daran konnte auch seine Erklärung, die Anfang Mai in der taz veröffentlicht wurde, nichts ändern. In der Erklärung beschreibt er noch einmal die Vernehmungssituation vom 26.1.1988 und zieht seine damaligen Aussagen öffentlich zurück:
"In einem Gefühl der Verlassenheit wurden von mir unrichtige Angaben gemacht. Ich will und kann derartige Aussagen nicht stehenlassen, was schlichtweg falsch ist oder wovon ich nicht hundertprozentig überzeugt bin. Auch wenn einzelne Passagen richtig sein mögen, ziehe ich meine Aussage vom 26.1.1988 insgesamt zurück und werde jenes Protokoll auch in Zukunft nicht unterschreiben. Ich bleibe bei meiner Einlassung, welche am 22.11.1987 protokolliert wurde. Darüberhinaus bin ich im Augenblick nicht bereit, weitere Aussagen zu machen."
Auch in dieser Erklärung bestreitet er noch einmal jegliche Tatbeteiligung und verurteilt erneut die Schüsse. Weiter erklärt Andreas:

"Solidarisches und offenes Verhalten tut not, auch wenn die persönliche Angst vieler Leute gerade für mich verständlich und nachvollziehbar ist. Ich tue das Meinige, einiges richtigzustellen. Doch bin ich nicht bereit für etwas, was ich nicht getan habe, und für jemenden, der ich nicht bin. Wenn von mir Solidarität erwartet wird, so darf ich das auch von Leuten erwarten, die mit Aussagen sich, mich und andere belasten. Noch ist es für jeden möglich, sich so zu verhalten, wie es die Solidarität gebietet. Ich nehme mich davon nicht aus."
Diese Erklärung wird für einige Leute zum endgültigen Grund, sich von Andreas Eichler abzuwenden und ihn als "Verräter" zu bezeichnen. Die Tatsache, daß er nicht **alle** Aussagen zurücknimmt, wird ihm jetzt doppelt angelastet:
"Nicht zuletzt hat Eichler von Anfang an durch Belastungen Franks versucht, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen ... Er hat sich klar geäußert und die Story der Herkunft und Übergabe des Rucksacks und der Gestalt des Schützen am Gundbach bestätigt."
Insgesamt gibt es drei Aussagen, die die Gestalt des Schützen beschreiben. Danach kann es Andreas Eichler nicht gewesen sein.
"Nichts im Handeln Eichlers widerspricht den Interessen der Staatsschützer, irgendeinen Täter aufzubauen und öffentlich ans Messer zu liefern. Für Eichler wurden verschiedene, für ihn vorteilhafte Wege sichtbar. Seine Sonderrolle liegt darin, nicht nur Mitbeschuldigter zu sein, sondern auch Hauptzeuge der Anklage — eine wichtige Voraussetzung für den Status 'Kronzeuge'!"
(aus einer Erklärung in: Informationsdienst Rhein-Main, Nr. 1)

Die Bunte Hilfe Darmstadt geht in einer Erklärung vom 1.8.1988 soweit:
"...Andreas Eichler hat Frank Hoffmann in seinen Aussagen mit Vorwürfen auf das schwerste belastet ... Wir als Bewegung sind gefordert. Wir müssen uns entscheiden, auf welcher Seite wir stehen. Die Seite von Andreas Eichler bedeutet Aussagen, Belastungen, Verrat und aktive Zusammenarbeit mit den Bullen. Wir fordern die Bürgerinitiative und alle anderen im Startbahnwiderstand aktiven Gruppen auf, zu dem Problem öffentlich Stellung zu beziehn ... Mark Steinbrück, Andreas Semisch, Rainer Hübner und Frank Hoffmann haben sich bis jetzt klar verhalten, d.h. keine Aussagen gemacht und sind auch in Zukunft nicht bereit, mit den Bullen zusammenzuarbeiten. Ihnen gilt unsere volle Kraft und Solidarität."
Die Bürgerinitiative hat hierzu, wie fast alle Gruppen auch, bislang noch nicht direkt Stellung bezogen — weder zur Person Andreas Eichlers noch zu der Aufspaltung der Solidarität durch die oben genannten Erklärungen. Stattdessen steht immer noch die anfängliche Erklärung, daß die Solidarität alle betroffenen gleichermaßen einbezieht mit Ausnahme der beiden Umfaller Mike Kurth und Baldur Opificius (siehe entsprechende Erklärung der BI).



Startbahn-West

Verratsdiskussion

Unverrückbare Tatsache bleibt, daß für eine notwendige klare Prozeßstrategie unbedingte Offenheit und Klarheit unter den Betroffenen uönd die sie stützende Bewegung herrschen muß. Umfaller im Prozeß sind dann nicht mehr zu verkraften. Es muß unbedingt ein Weg gefunden werden, der es möglich macht, die Leute, die belastende Aussagen gemacht haben, und die, die deswegen im Knast sitzen, gemeinsam gegen die Anklagen zu organisieren. In der Bewegung wird zur Zeit die Möglichkeit diskutiert, alle gemachten Aussagen in einem gemeinsamen Schritt kollektiv zurückzunehmen. Dies würde zumindest ein politisches Signal setzen. Betroffe wären davon nicht nur ALLE Mitangeklagten, sondern auch alle, die überhaupt ausgesagt haben — außer den beiden Umfallern (schreckliches Wort, aber mir fällt auch nichts anderes ein), die im Prozeß die Rolle der Kronzeugen einnehmen könnten.
Damit ginge die Bewegung, der auch in der vorangegangenen "Verratsdiskussion" als einzig rettender Anker formuliert wurde: kollektive Schritte statt individueller.

Spaltung an der Frage der Ideologie

Tatsächlich setzen die oben beschriebenen Spaltungstendenzen aber nicht nur an der Person Andreas Eichlers an. Hier geht es mittlerweile nicht mehr um eine notwendig klare Prozeßstrategie, sondern um die Frage der vermeintlichen revolutionären Identität. Dies wurde deutlich, als während eines Festes, auf dem sich ein Großteil der Startbahn-Bewegung traf, eine Gruppe von Personen gegen den ehemaligen BI-Sprecher Achim Bender tätlich wurde und ihn unter Gewaltanwendung hinauswarf. Sie warfen Achim nicht nur Verrat vor, sondern auch, daß er durch seine Aussage Andreas Semisch in den Knast gebracht habe — was objektiv völlig falsch ist. Später rechtfertigten diese Leute ihr Vorgehen nicht nur in einem bundesweit verschickten Papier, sondern denunzierten ihn auch noch durch einen Redebeitrag auf einer Demonstration.
Sowohl Autonome als auch die Startbahn-BI haben dieses Vorgehen der Anti-Imps zurückgewiesen und als eindeutigen Spaltungsversuch der Bewegung benannt. Im folgenden Auszüge aus entsprechenden Erklärungen:

→

Startbahn-West

Angriff auf BI-Sprecher

Erklärung der Startbahn-BI: Wenn die Vernunft schläft, erwachen die Ungeheuer

I. Am Samstag, den 4. Juni 1988, fand ein Fest in dem besetzten Haus in der Au statt; anwesend waren etwa 200 Gäste, darunter auch Achim Bender, einer der Sprecher der BI gegen die Flughafenerweiterung. Etwa 1 1/2 Stunden nach dem Betreten der Au kam eine kleine Gruppe von Leuten auf Achim zu und forderte ihn auf, das Fest zu verlassen. Ihm wurde vorgeworfen, er sei ein Verräter, er habe einen Startbahngegner mit einer Aussage belastet und diese Aussage sei eine der Grundlagen für einen Haftbefehl. Achim wurde nicht danach gefragt, ob er den Sachverhalt richtigstellen wolle oder ob er etwas zu dem Vorwurf zu sagen habe. Er wurde nach einem Disput, der in einer Form geführt wurde, die eine sachliche Entkräftung der Vorwürfe unmöglich machte, unter Gewaltanwendung aus dem haus gebracht und dabei u.a. mit einer Flasche im Gesicht getroffen. Diese Angaben beruhen auf Darstellungen mehrerer unbeteiligter Personen.

II. Dem Geschehen ging folgendes voraus: Achim ist seit vielen Jahren einer der Sprecher der BI. Er hat in der Zeit kurz nach den Schüssen vom 2.11.1987 die politische Grundlinie der BI verlassen und Auffassungen vertreten, die zu Kritik an ihm geführt haben. In dieser Zeit hat er, wie einige andere Startbahngegner/innen auch, den Fehler begangen und Aussagen bei der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung gemacht. Dabei hat er sinngemäß u.a. ausgesagt, er habe X und Y wie andere Leute auch öfters am Kuchenstand gesehen und daß sie nicht über Straftaten gesprochen hätten. Diese Aussage wird Achim als "Verrat" vorgeworfen. Von Seiten der BI ist Kritik an Achims Verhalten geübt worden; diese Kritik wurde von ihm angenommen. In einem Papier erklärt er dazu, daß er seine Vorgehensweise im nachhinein für nicht richtig halte. Achim hat daraufhin bei einem weiteren Vernehmungsversuch die Aussage verweigert. Bei aller Kritik und in Kenntnis seiner Aussage hat es für uns nie einen Zweifel daran gegeben, daß Achim auf unserer Seite steht. Das Vertrauen in Achim wurde auch darin dokumentiert, daß er am 5. März '88 bei der Demonstration gegen Atompolitik in Frankfurt den Redebeitrag der BI gehalten hat.

III. Wir gehen davon aus, daß es vor dem 4. Juni ausreichend Möglichkeiten gegeben hat, sich mit dem Sachverhalt vertraut zu machen und sich mit Achim auseinanderzusetzen. Offenkundig ist aber weder dieser Weg gewählt worden, noch hat sich jemand die Mühe gemacht, Achim sonst öffentlich zu kritisieren und die Kritik öffentlich zu vertreten. Der Mut und die Entschlossenheit einiger Leute reichte indessen soweit, die Anonymität der Gerüchteküche zu nutzen und auf der Grundlage von vagen Vermutungen über Achims Aussagen ein feindliches Klima gegen ihn zu schaffen. Vor diesem Hintergrund erscheint das Geschehen am 4. Juni als konsequente Fortsetzung des Rufmordes. Unsere Kritik greift hier zweierlei an:

1. Der Angriff auf Achim ist Ausdruck eines blinden Aktionismus. Offensichtlich hat kein/r der Angreifer/innen exakte Kenntnis von Achims Aussageinhalt gehabt, sonst hätte sich der Vorwurf, er sei ein Verräter, verboten. Ebenso offensichtlich hat diese Unkenntnis niemand zu dem Versuch veranlaßt, von Achim Aufklärung über die Aussage zu erhalten, geschweige denn von dem Angriff auf Achim abgehalten. Gerade in solchen Fällen ist die größte Sorgfalt geboten, um Fehler mit weitreichenden und schwerwiegenden Folgen auszuschließen.

2. Die Form der Auseinandersetzung hat jeden Bezug zu einer solidarischen Umgangsweise verloren. Der Angriff erinnert dagegen in seiner Qualität an eine Kneipenschlägerei. Der physische und politische Angriff auf Achim entbehrt jeder rechfertigenden Grundlage.

Dagegen denken wir, daß folgende Punkte nicht unmaßgeblich für den Angriff gewesen sind: Achim ist eine Person, die äußerlich und oberflächlich betrachtet Anlaß gibt, sich das Mißtrauen und die Ablehnung bestimmter Kreise zuzuziehen. In einer Szene, die die politische Einordnung von Menschen nach Farbe und Material der Oberbekleidung vollzieht, haben Sakko- und Krawattenträger wie Achim schon im vornherein die Beweislast für die Zugehörigkeit zur Linken. Wichtiger noch ist, daß ungenaue und entstellte Informationen als Grundlage für den Angriff dienten und nicht die politische Person Achim B. und sein Verhalten, auch nach der Aussage. Dies stimmt und sehr bedenklich. Daß dann die Situation auf dem Fest zu einer Hetzerei gegen Achim (bewußt ?) eskalierte und Dinge geschahen, die nicht entschuldbar sind, mögen einige mit der Bemerkung erklären, so etwas könne in einer turbulenten Situation passieren. Wir dagegen sehen hierin einen Schritt in die Richtung, die einem dezidiert linken politischen Grundverständnis direkt zuwiderläuft. Am Abend des 4. Juni hat, wenn auch in einem kleinen Kreis, die "Volksseele" gewütet — irrational, unwissend, von fragwürdigen Emotionen geleitet — und dabei die politische und körperliche Integrität von Achim verletzt.

IV. Wir befürchten, daß hier exemplarisch zutage getreten ist, was unterschwellig längst große Ausmaße erreicht hat; Teile der Szene zeigen sich nach den Schüssen in einer Phase großer Konfusion. Daß aber gerade über "Verräterjagd" und Ausgrenzungswahn die notwendige Geschlossenheit der Reihen erreicht werden soll, halten wir für einen Irrweg. Die BI selbst hat sich seit November 1987 um ein Klärung des Begriffs "Verräter" bemüht. Wir haben dabei nach langer Abwägung unter Namensnennung Stellung gegen Leute genommen, die in das Lager der Ermittlungsbehörden übergelaufen sind bzw. sich durch Belastungen anderer Vorteile verschaffen wollten. Wir haben dabei einerseits die Notwendigkeit solcher Schritte betont, andererseits aber immer auf die Erforderlichkeit der Differenzierungen hingewiesen.

Im Fall des Angriffs auf Achim hatten wir alle Beteiligungen zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen, um über unsere Definitionen des Verräterbegriffs zu diskutieren und den Konflikt auf der Ebene solidarischer Kritik auszutragen und beizulegen. Wir mußten dabei feststellen, daß der größte Teil der für die Aktion Verantwortlichen die Einladung ignorierte und jede Auseinandersetzung verweigerte. Auch als wir unser Gesprächsangebot am folgenden Tag wiederholten, sind wir mit unseren Anliegen zurückgewiesen worden. Einer der Verantwortlichen hat die Forderung gestellt, die Auseinandersetzung ausschließlich auf dem Plenum der BI führen zu wollen. Wir halten das im Grundsatz für richtig; es ist seit Jahren eine Tradition der BI, Konflikte auch öffentlich auszutragen. Im konkreten Fall aber sprechen Sicherheitsbedenken gegen dieses Verfahren. Die Beilegung des Konfliktes bei offener Handhabung würden zwingend dazu führen, daß Details offenbart würden, die nicht zu der Kenntnis der Ermittlungsbehörden gelangen sollten. Das Plenum aber als eine öffentliche Versammlung würde diese Gefahr in sich bergen. Diese öffentlich geführte Debatte würde also zu Gefährdungen derjenigen führen, die an der Aktion Achim beteiligt waren — dieses Risiko wollten wir im gemeinsamen Interesse dieser Leute nicht eingehen; der politische Flurschaden ist auch so groß genug. Wir sind enttäuscht von dem unsolidarischen Verhalten der Verantwortlichen auch in ihrem Verhalten nach dem 4. Juni. Die Ignoranz und die Überheblichkeit, mit der unserem Gesprächsversuch begegnet worden ist, vergiftet völlig unnötig die Atmosphäre in der Linken. Sie stellt auch das notwendig gemeinsame Verhalten im Hinblick auf die kommenden Strafprozesse in Frage; hier gefährdet das Verhalten einzelner den Ansatz einer gemeinsamen Strategie gegen die Bundesanwaltschaft.

Der Schutz von Achim vor dem politischen Rufmord hat es erfordert, diese Erklärung zu veröffentlichen. Wir hätte das lieber in Zusammenarbeit mit denen getan, die gegen Achim vorgegangen sind — das ist jetzt nicht mehr möglich.

18. Juni 1988

BI gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein/Main
Arbeitskreis Umweltschutz (AKU) Wiesbaden
Linke Liste Frankfurt
Mittwochs-Bürgerinitiative (MiBi) Offenbach

Startbahn-West

Angriff auf BI-Sprecher

Erklärung von Autonomen aus dem Startbahnwiderstand

Einen Fehler begangen zu haben — das müssen wir gleich zu Beginn gestehen. Allzu lange haben wir uns mit den Angriffen einiger Anti-Imps auf den Startbahnwiderstand nicht ernsthaft genug auseinandergesetzt. Über tätliche Attacke auf Achim haben wir einfach den Kopf geschüttelt, das folgende Rechtfertigungsgestammel entlockte uns nur ein Grinsen. Uns mit soviel Hoheit zu befassen, erschien uns als Zeitverschwendung.

Das Grinsen ist uns vergangen. Denn immer deutlicher zeichnet sich ab, daß einige Anti-Imps versuchen, ihren Konflikt mit GenossInnen aus dem Startbahnwiderstand soweit zu eskalieren, bis sich diese Bewegung spaltet. Sie nennen dies "Polarisierung" und preisen den alten RAF-Ladenhüter an, wonach wieder mal "der" Moment gekommen sei, wo sich jede/r entscheiden müsse - für oder gegen das Gute, die Revolution, sprich: die allein seelig machende westeuropäische Front. Trotz angeblich genauer Beschäftigung mit den Strategien von Aufstandsbekämpfung fällt ihnen dabei nicht auf, daß sie genau die Staatsschutzlinie fahren: die Strömungen des Widerstandes voneinander zu isolieren, in Selbstzerfleischungsorgien zu treiben und über Kleinstgruppen hinausgehende kollektive Prozesse zu zerschlagen. Faktisch machen sich diese angeblichen RevolutionärInnen zu Werkzeugen von Rebmann & Co. KG.

In ihrem Verhalten erkennen wir all das wieder, was die Entwicklung des autonomen und antiimperialistischen Widerstandes in den letzten Jahren gebremst hat: den blinden Aktionismus von Minigruppen ohne Verantworungsbewußtsein gegenüber der Bewegung und einen schrankenlosen Sujektivismus, der revolutionäre Identität blockiert, nicht fördert. Über den Kleinstgruppenaktionismus wurde in der Militanzdebatte schon genug Papier beschrieben, daher wollen wir hierzu schweigen. Unsere zentrale Kritik gilt dem im Kern bürgerlichen Subjektivismus, der im Angriff auf Achim und den folgenden "Rechtfertigungen" zum Ausdruck kommt. Wir halten ihn für einen schweren ideologischen Fehler und in seiner Wirkung für objektiv konterrevolutionär. Um nicht mißverstanden zu werden: wir erklären nicht die intensive Beschäftigung von RevolutionärInnen mit ihrer Identität für belanglos oder falsch. RevolutionärInnen in den Metropolen haben allen Grund, sich mit ihrem eigenen Bewußtsein immer wieder selbstkritisch auseinanderzusetzen, zu überprüfen: welche Täuschungen und Bestechungsangebote des Systems verfangen noch, welche Vorstellungen des Sexismus, das Rassismus, der Konkurrenz u.a. stecken noch in uns drin. Befreiung heißt immer auch Kampf gegen seelische Fremdbestimmung, oder wie es die RZ sagen: *"Wenn wir sagen, daß Freiheit nur möglich ist in der Entscheidung gegen das herrschende System, so schließt das auch Kompromißlosigkeit gegenüber den verinnerlichten Gewaltverhältnissen ein. Befreiung ist immer auch Kampf gegen die Unterwerfung des Subjekts durch die Macht, die den Menschen bis ins Innerste seiner physischen und psychischen Strukturen geformt und deformiert hat."*

Wenn die VerfasserInnen des 3 1/2-Seiten-Papiers zur Rechtfertigung ihrer Attacke auf Achim von ihrem Bestreben sprechen, wieder "ganzer Mensch" zu werden, eine eigene "revolutionäre Identität" zu entwickeln, so können wir das also im Ansatz verstehen. Doch der Weg, den sie dazu einschlagen, führt in die Sackgasse des bürgerlichen Individualismus. Die RZ haben diese Gefahr in anderem Zusammenhang be-

Startbahn-West

Angriff auf BI-Sprecher

nannt: *"Es sollte klar sein, daß mit so verstandener Befreiung weder individuelle 'Kraftmeierei' noch ein gruppeninterner, quasi therapeutischer Akt gemeint sein kann."*

"Kraftmeierei": Da greifen Leute nicht Bullen sondern einen Genossen tätlich an, um hinterher von einem "revolutionären Schritt" zu schwätzen. Gleichzeitig beweihräuchern sie ihre eigene angebliche Entscheidung, "mit jeder Faser, jedem Millimeter" gegen den Imperialismus kämpfen zu wollen und wollen so vom Tisch wischen, daß nicht der individuelle Wunsch sondern nur das konkrete Verhalten in und zu einem Kollektiv RevolutionärInnen auszeichnet.

"Therapeutischer Akt": Als seien sie Psychiater oder Pfaffen lügen sie kollektive Probleme in individuelle um, erklären Aussagebereitschaft und Verrat nicht als *auch* strukturbedingte Erscheinungen, sondern predigen über "Verdrängung" und persönliche "Unehrlichkeit". Sie heben den Therapeutenfinger und warnen: "Sonst verdrängst Du das und es dreht sich immer wieder gegen Dich" (3 1/2-Seiten-Papier). Da sagen wir lieber mit den GenossInnen der Bewegung 2. Juni: *"Die Antwort, daß der Verräter schon immer ein dummes Schwein war, entsringt eher der hilflosen Wut als der kühlen Analyse. (...) Wer unfähig ist, Verrat geistig zu verarbeiten, wird leicht zum gehetzten, überall Verrat witternden Durchdreher."*

Aus der thearapeutischen Perspektive wird selbst eine politisch völlig richtige Aktion wie die Demo vor dem Wiesbadener Bullenstall zur Sitzung einer Selbsterfahrungsgruppe. Nicht die notwendige praktische Solidarität für einen gefangenen Genossen zählt wirklich für die VerfasserInnen eines Flugblattes hierzu, sondern "eine gute Erfahrung für uns. Es war wichtig, uns in einem praktischen Moment mitzubekommen". Ein Satz wie "Es kamen dabei auch Leute zusammen, die schon seit längerem nicht mehr viel miteinander zu tun hatten" kann nur bei PilgerInnen auf der Suche nach einem Erweckungserlebnis ein "starkes Gefühl" auslösen. RevolutionärInnen dürfte es eher nachdenklich stimmen, daß wir nur noch bei Anlässen zusammenkommen, die der Staatsschutzapparat vorgibt.

Ein/e RevolutionärIn sollte im Gegensatz zu Sanyassins oder Psycho-Esoterikern nicht nach einem mystischen Erlösungserlebnis in der Gemeinschaft Gläubiger suchen, und sie/er wird die Konzentration auf die Reinigung des individuellen Seelenlebens auch nicht mit revolutionärem Handeln verwechseln. In seinen Zentren lebt der Imperialismus von der Spaltung der Unterdrückten, von ihrer Isolierung voneinander im individuellen Kampf ums materielle und seelische Überleben. Er lebt davon, daß die Unterdrückten den bürgerlichen Individualismus verinnerlichen. Deshalb kann "revolutionäre Identität" in der Metropole nur heißen: die Schranken zwischen den Unterdrückten überwinden zu wollen, sich aus der fremdbestimmten Isolierung in einem kollektiven Kampf aller Strömungen des Widerstandes zu befreien. Revolutionäre Kollektivität — damit kann in einem Land mit 60 Millionen Menschen nicht die interne Gemeinsamkeit der Kleingruppe gemeint sein. Das Kollektiv, um das RevolutionärInnen in der BRD kämpfen müssen, muß möglichst viele Menschen des linksradikalen Spektrums umfassen — und: es muß offen bleiben. In den vergangenen Jahren waren auch wir Autonome da erfolgreich, wo wir uns auf gemeinsame Prozesse mit anderen einließen: das war die Stärke des Kampfes um die Hafenstraße, ermöglichte die Durchführung der politsch militanten und doch breit getragenen Hanau-Demo '86. Auch der Erfolg der IWF-Kampagne hängt stark von unserer Fähigkeit ab, zu Gemeinsamkeiten mit nichtautonomen Linken zu kommen, ohne unsere radikalen Positionen aufzugeben. Nur so kann derzeit das revolutionäre Spektrum wachsen. Militante Propaganda und solidarischer Streit gehören zu solchen Auseinandersetzungen — auf keinen Fall aber körperliche Gewalt gegen einen Genossen.

Natürlich, das Wort "Kollektivität" ist gerade auch denen teuer, die Achim angegriffen haben. Aber nur als Phrase, nicht als Aufgabe. Nehmen wir einige Beispiele. Ein Vorwurf gegen Achim lautet: *"Achim Bender hat Andi weder in den Knast geschrieben, noch hielt er es nach seiner Freilassung für nötig, auf ihn zuzugehen und sich mit ihm über die Sache auseinanderzusetzen" (Flugblatt zur Wiesbadener Demo).*

Achim Benders politischer Fehler, überhaupt eine Aussage zu machen (auch wenn sie Andreas faktisch nicht belastet hat), soll also nicht primär kollektiv im Startbahnwiderstand diskutiert werden. Achim soll sich nicht einer öffentlichen Kritik stellen und Selbstkritik üben (genau dies hat er ja getan — selbst den VerfasserInnen des 3 1/2-Seiten-Papiers bekannt ist). Achim soll vielmehr dieses angeblich individuelle/private Problem zwischen ihm und Andreas durch ein privates/individuelles Verhalten — quasi von Mann zu Mann — lösen.

Dies mag dem Ehrenkodex preußischer Junker entsprechen, nicht aber den Notwendigkeiten einer Debatte unter radikalen Linken. Aussagen kommen zustande als isolierte, individuelle Verhaltensweisen. Gerade deshalb können sie nur kollektiv diskutiert, der Fehler nur gemeinsam korrigiert werden. Wer sich wie Achim Bender der Diskussion seines Fehlverhaltens auf der Vollversammlung der Bewegung stellt und an diesem Ort Selbstkritik übt (statt Briefchen zu schreiben), handelt korrekt. Angebliche RevolutionärInnen, die ihn deswegen kritisieren, zeigen nur, daß ihnen individuelle Eitelkeit alles, der Startbahnwiderstand als Kollektiv aber nichts bedeutet.

Ähnlich verhält es sich mit der penetranten Quengelei, Achim solle seine Aussage individuell zurückziehen. Er hat mehrmals, zuletzt auf der Veranstaltung der BI am 8. Juli, seine Bereitschaft erklärt, seine Aussage gemeinsam mit anderen, die Aussagen gemacht haben, in einem kollektiven Schritt zurückzunehmen. Er hat damit gezeigt, daß er im Gegensatz zu seinen KritikerInnen aus seinem Fehler gelernt und die Bedeutung von Kollektivität und Solidarität verstanden hat. Nach dem 2.11. hat eine beträchtliche Zahl von Leuten Aussagen gemacht. Es entspringt daher völlig willkürlichen und individualistischen Gründen (weil einige die freche Schnauze und die feine Oberbekleidung Achims hassen) von Achim einen isolierten Schritt zu fordern, statt im Klima der Solidarität mitzuwirken, in dem möglichst viele StartbahngegnerInnen ihre Fehler revidieren.

Die mangelnde Fähigkeit angeblicher RevolutionärInnen zur Kollektivität wird auch in ihrem arroganten Umgang mit dem Startbahnwiderstand deutlich. Sie verweigern die Diskussion, um stattdessen auf dem bekanntlich geduldigen Papier mit Oberflächlichkeiten und Lügen zu operieren. Auf jeweils gut besuchten Treffen der Startbahnbewegung am 12. Juni und 8. Juli wurden sie aufgefordert, ihre Positionen darzulegen. Ob sie nun zu mutlos waren oder einfach nicht interessiert, wissen wir nicht. Jedenfalls gab es ihrerseits nur Schweigen, der Widerstand versuchte mit einem stummen Phantom zu diskutieren. Zu einer dreisten Provokation wird dieses Verhalten durch die Sebstbeweihräucherung dieser "RevolutionärInnen" in ihrem 3 1/2-Seiten-Papier. Dort heißt es wie zum Hohn, "daß es keinen Ort und keinen Zeitpunkt gibt, wo für uns die Auseinandersetzung aufhört". Am 19. Juni beschuldigen dann ausgerechnet diese StummfilmschauspielerInnen in einem Redebeitrag auf der Frankfurter Nicaragua-Demo vor 120 Linken und 400 Bullen die "Sprachrohre" des Widerstandes, sich "taktisch aus Diskussionen herauszuwinden", um den "eigenen Dreck" nicht diskutieren zu müssen. Wer im Glashaus sitzt...

Ihre Diskussionsfeigheit bemänteln diese angeblichen RevolutionärInnen mit haltlosen Angriffen auf Achim. So fordern sie, er solle seinen "Offenen Brief" zurückziehen, weil dieser ein "Rädelsführerkonstrukt gegen Andreas" ermögliche. Abgesehen davon, daß von einem solchen Konstrukt bislang nichts bekannt ist und AnwältInnen sie für ausgemachten Blödsinn halten, findet diese Behauptung auch im Text des Briefes keine Stütze. Daher konstruieren die VerfasserInnen des Flugblattes zur Wiesbadener Demo einen zeitlichen Zusammenhang: *"Das ganze spielte sich ca. 2 Wochen vor der erneuten Festnahme Andis ab. Es scheint, daß ein BI-Funktionär wie Bender zu einigem bereit ist, bevor er sich ernsthaft mit Kritik auseinandersetzt."* Diese Version beruht auf einer recht eigenwilligen Interpretation des Kalenders. Achims Brief stammt vom 5. Juni, Andreas Verhaftung erfolgte am 7. Juli, ziemlich lange 2 Wochen und keinerlei Zusammenhang. Diese falsche Anschuldigung dient denn wohl auch vor allem dazu, Achim das Maul zu verbieten, also konkret: Achim wird auf einem Fest attackiert, an dem ca. 200 Linke und (wir wollen nicht naiv sein) sicher auch Spitzel teilnahmen, d.h.: in größter Öffentlichkeit. Trotzdem soll er sich nicht öffentlich dazu äußern dürfen. Wessen Verhalten ist da entsolidarisierend und liefert Stoff für Kriminalisierungen?

Der Hauptvorwurf gegen Achim galt ursprünglich seiner Aussage vom November '87, die angeblich Andreas belastet habe. Nun wird wohl kein Thema in autonomen und anti-imperialistischen Kreisen so ausgiebig erortert wie die Taktiken des Staatsschutzes. Selbst die VerfasserInnen des 3 1/2-Seiten-Papiers bleiben davon nicht unberührt. Sie belehren uns vielmehr, daß die Bullen *"immer wieder behaupten, daß Leute ausgesagt hätten. Damit wollen sie dem/der weismachen, leugnen wäre zwecklos, sie wüßten eh schon alles"*. Wer auf diesen, tatsächlich allgemein bekannten Trick hereinfalle, *"tut dies, weil es auch zu sich selbst die Einschätzung gibt, daß mensch reden würde"*. Leider ist diese Erkenntnis nur eine oberflächliche, im konkreten Fall vergessen die AutorInnen sie sofort wieder. Denn: genau jener oben beschriebene Kniff wurde von den Bullen gegenüber Andreas angewendet. Sie behaupteten, Achim habe ihn belastet, obwohl dies schlicht falsch ist. Nun könnte mensch erwarten, daß verantwortungsbewußte und kenntnisreiche RevolutionärInnen sich für den tatsächlichen Inhalt von Achims Aussage interessieren. Dies taten aber die AngreiferInnen am 4. Juni nicht und das tun ihre RechtfertigerInnen bis heute nicht. Sie übernehmen vielmehr willig die Bullenversion, um ihre falsche Anschuldigung (und damit die scheinbare Begründung ihres Handelns) aufrecht erhalten zu können. Oberflächlichkeit oder böser Wille? Würden wir jedenfalls die etwas simplen Psychoanalysen dieser MenschenkennerInnen (siehe oben) übernehmen, so scheinen sie von sich selbst auch zu glauben, munter drauflos verraten zu werden. An solchen Analysenschwindel liegt uns aber nichts. Wir stellen dagegen fest: all diese Ungenauigkeiten, Lügen und Diskussionsverweigerungen haben eine einzige Ursache: die Unmöglichkeit, subjektivistische Ideologie und Wirklichkeit in Deckung zu bringen.

Der übersteigerte Subjektivismus, die Unfähigkeit zu kollektivem Handeln oder auch nur revolutionärer Analyse entspringen nicht dem persönlichen Knall einiger AmokläuferInnen. Dies anzunehmen wäre seinerseits subjektivistisch. Sicherlich gibt es Gründe in der Entwicklung von Teilen des Widerstandes oder auch in der Lebenswirklichkeit derer, die solche Positionen einnehmen. Da wir aber nur grob wissen, wer zu diesem Lager zählt, wäre es Spekulation sich hierüber weiter auszulassen. Wir warnen an dieser Stelle lediglich davor, sich wechselseitig einfach für bekloppt zu erklären.

Die revoluzzen BürgerInnen, die Achim am 4. Juni tätlich angriffen, meinen, damit "eine praktische Grenze gesetzt" und gleichzeitig eine Diskussion in Gang gebracht zu haben. Dem erstern stimmen wir zu, an weiteren gegenseitigen Monologen haben wir dagegen kein Interesse. Das Verhalten dieser angeblichen RevolutionärInnen soll den

Startbahn-West

Angriff auf BI-Sprecher

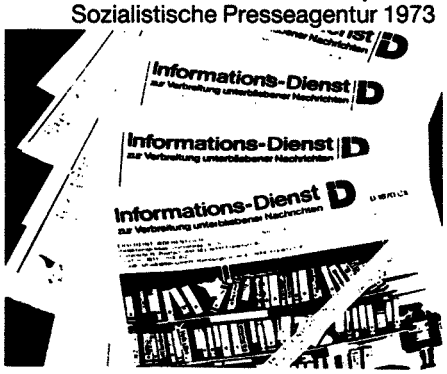
Startbahnwiderstand wenige Monate vor den Prozessen zum 2.11. spalten. Ideologisch entspringt dieses Verhalten dem individualistischen Denken der bürgerlichen Gesellschaft.

Wer so denkt und handelt, zieht tatsächlich eine Grenze zwischen sich und einer revolutionären Linken. Bis diese Personen zu einer Selbstkritik bereit sind, muß die autonome Bewegung des Rhein-Main-Gebietes den klaren Trennungsstrich zwischen sich und diesen unfreiwilligen Schergen Rebmanns deutlich ziehen.

Verteidigen wir den Startbahnwiderstand gegen Kriminalisierung, Verrat und Spaltungsversuche! *August 1988*

Autonome aus dem Startbahnwiderstand

Wir können davon ausgehen, daß das System nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse seiner Sklaven zu erfüllen«
Sozialistische Presseagentur 1973



PROJEKT GEDÄCHTNIS

ID-Artikel zum Thema Gegenöffentlichkeit 1973 - 1981

Von Oktober 1973 bis Februar 1981 erschien der INFORMATIONSDIENST ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN (ID) wöchentlich mit 371 Ausgaben; der ID war ein zentrales Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit und Keimzelle vieler regionaler Zeitungen.
PROJEKT GEDÄCHTNIS dokumentiert nicht nur Ausschnitte jüngerer Geschichte linker Gegenöffentlichkeit, sondern hat durchaus auch Gebrauchswert für heutige Diskussionen.
Inhalt u.a.: Entwicklung des Projekts ID, Auseinandersetzungen zur Gründung der taz, die ersten 88a Prozesse, Buback und Schleyer Nachrufe, Zensur im Knast, Repression gegen agit- und fantasia-DruckerInnen, Aktionen gegen die Zensurparagraphen, Buchläden und Verlags-Kontroversen.

120 Seiten (A4), 10.– DM

VERZEICHNIS DER ALTERNATIV-MEDIEN

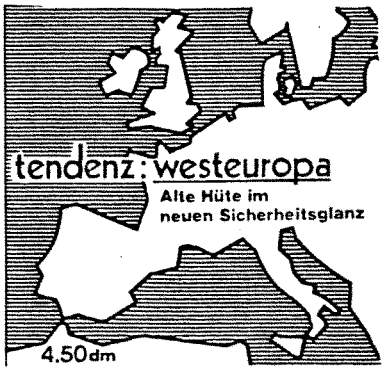
Ca. 1000 Adressen von Alternativ-Zeitungen, nach Postleitzahlen und Themengebieten geordnet, Adressen von freien Radios und Video-Werkstätten, Bibliographie der Alternativ-Presse...
Mit Beiträgen zu den Themen: Zensur und der §129a, 4 Jahrzehnte Gegenöffentlichkeit, linke Medientradition, Literaturzeitschriften heute, Punk-Fanzines, Videofronten, Alternativ-Presse zwischen Opposition und Integration...

ca. 200 Seiten, ca. 25.– DM

Herausgegeben vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/ Amsterdam
Kabelweg 51
NL-1014 BA Amsterdam

Bestellungen von ID-Publikationen nur bei:
AURORA VERLAGSAUSLIEFERUNG
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19 (030/3227117)

antimilitarismus information



DAS AMI-THEMENHEFT ZUR AKTUELLEN DISKUSSION UM DIE WESTEUROPÄISIERUNG DER NATO!

Aus dem Inhalt:

THOMAS HORLOHE: zur Suche der USA nach neuen Wegen in der Militärpolitik, **TORDIS BATSCHEIDER:** zu den Schwierigkeiten der NATO ihre "Gemeinsame Sicherheit" zu definieren, **HARALD BAUER:** zu Folgen und Problemen der Westeuropäisierung, **FRIEDER SCHLUPP:** zum Diskussionsstand der Parteien über die Außenpolitik der BRD, **MARTIN KÖHLER:** zu den südlichen Flankenstaaten der NATO, **VOLKER BÖGE:** zu SPD und NATO aus "Grüner" Sicht

Das Themenheft hat 60 Seiten und kostet 4.50 DM (plus Porto)

Ich bestelle:
° *Ex. Themenheft: tendenz westeuropa*
° *ein Abonnement der 'antimilitarismus information', (d.h. pro Jahr 12 Hefte, davon drei Themenhefte) zum Preis von 32,25 (incl. Porto) jährlich*
° *ein kostenloses Probeheft*

An: ami (Redaktion und Vertrieb), Eißholzstr. 11, 1000 Berlin 30, Tel: 030/ 215 10 35 (Mo 10-15 + Do 15-19 Uhr)

Juli 1988 5,– DM

ATOMTRANSPORTE

ATOMTRANSPORTE

84 Seiten Information zu einem aktuellen Thema:

- **Atommüllmengen**
- **Brennstoffspirale**
- **Uranabbau**
- **Transportbehälter**
- **Transportunfälle**
- **Unfallfreier Transport**
- **Politische Einschätzung**
- **Physik & Medizin**

Bestelladresse:

Nürnberger BI gegen die WAA
c/o Bernhard Horn
Gerhart - Hauptmann - Str. 15/4
8520 Erlangen

Einzelpreis: 5 DM + Versand
Ab 20 Stück: 3,50 DM

ORGAN DER FREIEN ARBEITERINNEN- UNION - Anarchosyndikalistinnen -

direkte aktion

Internationale Arbeiter- Association IAA

In dieser Ausgabe:
P & O-Streik
Rheinhausen-Nachlese
Streik bei Lunafil - Guatemala
Arbeiterbewegung & Gegenkultur
IWF & Weltbank

Nr. 70 - Juli/August 1988 DM 2,–

PROBEHEFT GEGEN DM 2,- IN BRIEFMARKEN. ANSCHRIFT:
DIREKTE AKTION
LAGERSTRASSE 27, 2000 HAMBURG 6

Dokumentation zu Friedensacker gegen Militarismus

Diese Broschüre vermittelt praktische Tips, wie kommt mensch zu seinem Friedensacker. In Glimbach und auch anderswo.

Aus dem Inhalt: u.a.

- Das Projekt
- Kommandozentralen in Europa
- Friedensacker
- Protest und Widerstand
- Militarisierung bedroht die Demokratie

Preis 4,- +0.70 DM Porto
ab 5 Exp. 3.50,- + "
ab 10 Exp. 3.00,- + "

Bestellung über "Friedensacker" Postfach 1903 in 5170 Jülich

Anzeige

Selbstschutz und Erste Hilfe
Bei Demonstrationen und Blockaden
mit Rechtshilfetips

Hrsg.: Straßenmedizin
Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen

8. vollst. überarbeitete Auflage
64 Seiten, 38 Abb., 10 Fotos

DM 6.- zuzügl. 1.50 DM P&V
b. Abnahme ab 5 Expl. 35% Rabatt (+ P&V)

Vertrieb: Straßenmedizin, c/o FUU
Hohenesch 63, 2 Hamburg 50

pogrom
Zeitschriften + Bücher

- berichtet über die Situation bedrohter Stammesvölker/Minderheiten/Nationalitäten/ Flüchtlinge/ in aller Welt
- dokumentiert Menschenrechtsverletzungen
- bietet ethnisch, religiös oder rassisch Verfolgten ein Forum
- erscheint als Magazin-, Sonderheft oder Taschenbuch (im Abo acht Nummern für DM 40,—)

NEUERSCHEINUNG: Sonderheft

Der lange Weg zur Selbstbestimmung — Nordamerikas Ureinwohner '88:

Zur Situation der Hopi, Navajo, Lakota, Pueblo Cree, Lubicon, Nishga, Haida. Berichte über die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage und ihren Widerstand dagegen.

64 Seiten, zahlreiche Karten und Fotos, Literaturliste, DM 6,—

Weitere Informationen, Verlagsprospekt, Bestellungen, Abobedingungen:
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024 — 3400 Göttingen
☎ 0551/55822 — 23

Brennpunkt der Diskussion:

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Heft 1: "Symbolik und Habitus" (vergriffen)
Heft 2: "Soziale Kontrolle"
Neu! Die aktuelle Juliausgabe:
Heft 3: "Geschlechterverhältnis in den NSB"
Heft 4: "NSB und politische Parteien"
(erscheint im Oktober)

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie und Infomarkt (Termine, Material, Aktionen und Konferenzen). Viermal pro Jahr auf 72 Seiten.

Probehefte (Scheck oder DM 6,- in Briefmarken) und Abo-Bestellung (DM 20,-) bei

Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

Ein unvermeidlicher Streit:
Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina

Mit kaum einem Thema tun sich deutsche Linke so schwer wie mit dem Konflikt Israel/Palästina. Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke, einen eindeutigen, parteilichen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden.

Auf der anderen Seite gibt es „linksradikale" Positionen, die weder die realen Bedingungen des Konflikts noch die spezifische Belastung jeder Solidaritätsarbeit zum Thema in diesem Land berücksichtigen.

Wir dokumentieren Auseinandersetzungen in Hamburg, Freiburg und Bremen. Gestritten wird um das israelische Selbstbestimmungsrecht und das Existenzrecht des Staates Israel, um das Verhältnis Palästinenser-Israelis, um Kritik am Zionismus und um den Vorwurf des linken Antisemitismus.

128 Seiten DIN A 5, Preis: 8,- DM (+ 0,70 DM Porto)

Hrsg.: Kommunistischer Bund
Bezug über:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 43 53 20

VIDEOFILM

Schatila ist ein Flüchtlingsplanet unter Dauerfeuer. Eingegraben unter der Erde, in Bunkern, Kellern, verbunden durch ein System von Gängen, widerstanden hier 4000 Menschen dauernder Belagerung.
Einer von ihnen filmte monatelang von innen das Leben unter den Trümmern: Palästina vor Augen. Die bisher nie gezeigten Bilder des auf 45 Minuten geschnittenen Films dulden kein Vergessen. Es geht um die Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser und um deren Widerstand.

VERLEIH + VERTRIEB
●Medico International
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 / 499 00 41

Spendenkonto:
1800 Stadtsparkasse Fm
oder **Postgiro Köln**
6999 - 508, Köln.

(Verleih nur für Solidaritätsveranstaltungen, deren Reinerlös der Palästinaarbeit von medico zugute kommt!)
-Aktionsplakate & Flugblätter über medizinische Hilfe in der Westbank und im Gaza-Streifen kostenlos

●Medienwerkstatt
Konradstraße 20
78 Freiburg
Tel. 07 61 / 70 97 57

PEINLICH

An alle Haushaltungen!

Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Katastrophenschutzplanung in der Umgebung des Kernkraftwerks Emsland

LANDKREIS EMSLAND
DER OBERKREISDIREKTOR
– Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung –

BASIS INFORMATION 1988

Der Landkreis Emsland ist für den Standort des Kernkraftwerks Emsland zuständige Katastrophenschutz-Behörde und gesetzlich verpflichtet, Schutzmaßnahmen für einen „Störfall mit Auswirkung auf die Umgebung" vorzubereiten.

Den Informationstext hat der Niedersächsische Minister des Innern nach Leitlinien erstellt, die von den Bundesländern gemeinsam erarbeitet worden sind.

Die auf den Bereich des Kernkraftwerkes Emsland bezogenen Informationen unterrichten über vorsorglich getroffene Schutzmaßnahmen und geben Hinweise für das Verhalten bei einem Störfall in der kerntechnischen Anlage für den Fall, daß eine gefahrbringende Freisetzung radioaktiver Stoffe nicht ausgeschlossen werden kann.

Brummer
Oberkreisdirektor

Verhaltensmaßregeln und persönliche Schutzmaßnahmen

Die behördlichen Schutzmaßnahmen erreichen nur dann ihre volle Wirkung, wenn sie durch eigene Schutzmaßnahmen der Bürger und sorgfältiges Beachten der Anweisungen unterstützt werden. Nachstehende Verhaltensmaßregeln sind besonders wichtig:
Falls Sie von einem Unfall im Kernkraftwerk mit Auswirkungen auf die Umgebung verständigt werden, beachten Sie bitte die folgenden Hinweise. Sie können damit zu Ihrem persönlichen Schutz und zur besten und schnellstmöglichen Hilfe für alle erheblich beitragen.

- **Schalten Sie Radio oder Fernsehen ein – insbesondere, wenn das Sirenensignal (eine Minute Heulton) ertönt – und befolgen Sie die von der Katastropheneinsatzleitung veranlaßten Durchsagen**
- **achten Sie auch auf Lautsprecherdurchsagen der Einsatzkräfte**
- **verständigen Sie Ihre Nachbarn**
- **halten Sie sich nicht im Freien auf**
- **schließen Sie Fenster und Türen**
- **schalten Sie Lüftungs- und Klimaanlagen aus**
- **suchen Sie im Haus möglichst Keller oder innenliegende Räume auf**
- **nehmen Sie kein Wasser aus offenen Brunnen oder Oberflächengewässern**
- **bringen Sie Vieh und andere Haustiere in geschlossene Räume, wenn Sie dazu aufgefordert werden.**
- **geben Sie Tieren kein Futter, das offen im Freien gelagert war**
- **bleiben Sie dem Unfallort fern und halten Sie Straßen und Wege für die Einsatzkräfte frei**
- **leisten Sie den Weisungen der Polizei und der Einsatzkräfte Folge, wenn Sie zur Evakuierung aufgefordert werden; schließen Sie die Wohnungen ab. Evakuierte Wohngebiete werden in die polizeiliche Absperrung einbezogen**
- **rufen Sie nicht unnötig bei den Katastrophenschutzbehörden, der Polizei, dem Rettungsdienst oder der Feuerwehr an: Sie blockieren vielleicht die Telefonverbindung für lebenswichtige Mitteilungen.**

Schutzmaßnahmen der Behörden

Die sofort zu ergreifenden Maßnahmen bestehen zunächst dann, durch stationäre und mobile Meßeinrichtungen die Radioaktivität in der Umgebung und das daraus resultierende Strahlenleid festzustellen. Aufgrund dieser Ergebnisse wird der gefährdete Bereich eingegrenzt und durch polizeiliche Verkehrsregelungs- und Verkehrslenkungsmaßnahmen sichergestellt, daß in diesen Bereich nur noch Personen und Fahrzeuge zur Hilfeleistung hineingelangen. Gleichzeitig wird die betroffene Bevölkerung durch Lautsprecherwagen, Radio und ggfl. Fernsehen unterrichtet. Ein bundeseinheitliches Sirenensignal (eine Minute Heulton) fordert die Bevölkerung dazu auf, Rundfunkgeräte einzuschalten und auf Durchsagen zu achten.

Als konkrete Schutzmaßnahmen sind u.a. vorgesehen:

☐ **Aufforderung an die Bevölkerung, sofort die Häuser aufzusuchen;**
Da bei kerntechnischen Anlagen – so auch beim Kernkraftwerk Emsland – die Gefährdung für die Umgebung insbesondere durch die radioaktiven Stoffe besteht, die mit der Luft transportiert werden, bietet der Verbleib in Häusern gegen die Strahlung einen beträchtlichen Schutz. Die Belastung innerhalb eines normalen Wohnhauses liegt ganz erheblich unter der Strahlenbelastung im Freien.

☐ **Ausgabe von Jodtabletten**
Radioaktives Jod, das bei einem kerntechnischen Unfall freigesetzt werden kann, sammelt sich nach dem Einatmen fast vollständig in der Schilddrüse. Man kann dies dadurch verhindern, daß man kurz vorher nicht radioaktives Jod in unschädlicher Menge einnimmt und damit praktisch die Schilddrüse für die Aufnahme von radioaktivem Jod sperrt. Eine solche vorbeugende Schutzmaßnahme verringert die Strahlenbelastung der Schilddrüse auf 1 %. Hierfür stellt die Katastrophenschutzbehörde Jodtabletten bereit. Im Bedarfsfall wird die betroffene Bevölkerung aufgefordert, die Jodtabletten in den bekannten Wahllokalen abzuholen.

☐ **Evakuierung**
Ergibt die Lagebeurteilung, daß die Bewohner bedrohter Gemeinden in der unmittelbaren Umgebung der kerntechnischen Anlage bei Verbleiben in ihren Wohnungen einer zu hohen Strahlenbelastung ausgesetzt sein würden, kann als äußerste Schutzmaßnahme ihre vorübergehende Evakuierung in ungefährdete Aufnahmegebiete notwendig werden. Der erforderliche Transportraum und die Betreuung der betroffenen Bevölkerung sind in die Katastrophenschutzplanung aufgenommen. Einzelheiten der Evakuierung werden vom Katastrophenschutz-Stab lagegemäß festgelegt und bekanntgegeben. Die evakuierten Ortschaften werden in die polizeiliche Absperrung einbezogen.

☐ **Dekontamination;**
Daneben werden Kontrollstellen eingerichtet, die feststellen, ob und inwieweit Personen und Sachen durch radioaktive Stoffe belastet sind. Entsprechende Einrichtungen zur Reinigung (Dekontamination) werden bereitgestellt.

☐ **Medizinische Betreuung:**
In dem Katastrophenschutzplan sind die zur Strahlenschutzhilfeleistung vorgesehenen Ärzte benannt, die bei der Durchführung der Strahlenschutzverordnung als ermächtigte Ärzte mitwirken. Diese Ärzte haben im Rahmen ihrer Qualifikation u.a. auch Kenntnisse über ärztliche Hilfe bei Strahlenunfällen erworben und bei der Ermächtigung nachgewiesen. Für besondere medizinische Maßnahmen sind u.a. in Hamburg, Münster, Hannover, Bremen und Göttingen Krankenhäuser mit Spezialabteilungen für Strahlengeschädigte eingerichtet.

☐ **Einsatz des Katastrophenschutzes;**
Zur Durchführung der Schutzmaßnahmen im einzelnen stehen Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes zur Verfügung. Das sind spezielle für Meßaufgaben vorgesehene und ausgerüstete Einheiten und ferner die Einheiten und Einrichtungen der öffentlichen und privaten Hilfsorganisationen. Daneben ist die Anforderung von Nachbarschaftshilfe, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zur Hilfeleistung eingeplant.

Vom Staat wird gegen Gefahren aller Art Vorsorge getroffen, insbesondere auch gegen Gefahren der Zivilisation und der Technik. Solche Gefahren können von fast allen technischen Einrichtungen ausgehen. Dies gilt für Industrieanlagen, für Staudämme, Verkehrsanlagen ebenso wie für kerntechnische Anlagen.

Die gebotene Vorsorge gegen solche Gefahren muß durch technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen **in den Anlagen** selbst getroffen werden. In diesen Sicherheitsvorkehrungen liegt der entscheidende Schutz des Einzelnen wie der Allgemeinheit gegen die Gefahren der Technik. Nach den geltenden Gesetzen und den anzuwendenden Regeln der Technik darf deshalb eine Anlage nur genehmigt und betrieben werden, wenn die erforderliche Vorsorge gegen Schäden getroffen ist. Die Einhaltung dieser Gesetze und Regeln wird durch strenge Genehmigungsverfahren für Errichtung und Betrieb technischer Anlagen sichergestellt und während der Errichtung und des Betriebes der Anlagen durch staatliche Aufsicht laufend überwacht.

Bei der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie war sich die Fachwelt von Anfang an der möglichen Gefahren bewußt. Deshalb unterliegen kerntechnische Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch im benachbarten Ausland besonders hohen Anforderungen an die Sicherheit und den Gefahrenschutz für die umwohnende Bevölkerung. Nie zuvor hatten Sicherheitsbelange in der Technik einen solchen Vorrang.

Zusätzlich zu dieser umfassenden sicherheitstechnischen Konzeption einer kerntechnischen Anlage ist die **Katastrophenschutzplanung eine weitere unabhängige Maßnahme** im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr. Sie soll Vorsorge für den Fall treffen, daß Radioaktivität über das zulässige und schädliche Maß hinaus aus der Anlage in die Umgebung freigesetzt wird. Wegen der innerhalb der Anlage gewährleisteten Sicherheitsvorkehrungen ist jedoch ein solcher Fall derart unwahrscheinlich, daß er so gut wie ausgeschlossen werden kann. Diese Katastrophenschutzplanung hat also den Charakter einer Über-Sicherung.

Die für die Umgebung jeder in Betrieb befindlichen kerntechnischen Anlage von der zuständigen Katastrophenschutzbehörde vorbereiteten Maßnahmen sind in einem besonderen Plan zusammengefaßt, der laufend fortgeschrieben, d.h. den neuesten Gegebenheiten und Erkenntnissen angepaßt wird.

Notfallschutzplanung des Kreises

Für das Kernkraftwerk Emsland ist der Katastrophenschutzplan im Zusammenwirken mit den zum Plangebiet (s. nächstehende Zoneneinteilung) gehörenden Landkreisen erstellt worden.

Er regelt im einzelnen:

☐ die Zusammensetzung des Katastrophenschutzstabes:
das ist der Oberkreisdirektor des Landkreises Emsland mit einem Beraterstab, dem von Anfang an u.a. ein sachkundiger Verbindungsmann der kerntechnischen Anlage und ein Strahlenschutzsachverständiger angehören. Daneben werden bei Bedarf die Katastrophenschutz-Stäbe der zum Plangebiet gehörenden Landkreise tätig. Enge Kooperation der beteiligten Stäbe ist insbesondere durch den Austausch von Verbindungsleuten sichergestellt.

☐ Die Einteilung der Umgebung kerntechnischer Anlagen zur Abgrenzung vorbereitender Maßnahmen in Zentralzone, Mittelzone und Außenzone:

Die Zentralzone umschließt die kerntechnische Anlage in einem Umkreis von 2 km unmittelbar.

Die Mittelzone umschließt die Zentralzone. Ihre äußere Begrenzung ist durch einen Kreis mit einem Radius bis zu etwa 10 km um das Kernkraftwerk festgelegt.

Die Außenzone umschließt die Mittelzone. Ihre äußere Begrenzung ist durch einen Kreis mit einem Radius bis zu etwa 25 km um das Kernkraftwerk festgelegt.

Die Mittel- und Außenzone sind in Sektoren von 30° unterteilt.

Für jede Zone sind die erforderlichen Alarmmaßnahmen vorbereitet. In der Außenzone sind lediglich die Festlegung der Meß- und Probenahmeorte und die Vorbereitung u.v. Alarmierung erforderlich.

Außerhalb dieser Zonen sind vorbereitende Maßnahmen – außer der Unterbringung von Evakuierten – nicht erforderlich.

☐ Als Alarmstufen sind vorgesehen: Katastrophenvoralarm und Katastrophenalarm.

Katastrophenvoralarm wird bei einer Betriebsstörung in der kerntechnischen Anlage ausgelöst, bei der bisher noch keine oder nur geringe Auswirkungen auf die Umgebung eingetreten sind, die unter den für Katastrophenalarm festgelegten Kriterien liegen, jedoch die Möglichkeit derartiger Auswirkungen nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann.

Katastrophenalarm wird ausgelöst, wenn durch einen Unfall oder Störfall in der kerntechnischen Anlage eine gefahrbringende Freisetzung radioaktiver Stoffe in der Luft festgestellt oder unmittelbar zu befürchten ist.

Mit den einzelnen Alarmstufen sind eine Reihe von Maßnahmen zu treffen.

☐ Nach dem Katastrophenalarm erfolgen:

Warnung und Unterrichtung der Bevölkerung.
Einsatz der Meßdienste.

Collection Lake Information
www.laka.org
Digitized 2016